

Beifall angenommen. Der Vorsitzende spricht dabei die Hoffnung aus, daß dieser Beschluß bei der Arbeiterklasse der Entente-Länder ein Echo finden möge), 352, 355 und der Antrag der Kontrollkommission auf Entlastung des Vorstandes.

Abgelehnt werden die Anträge: 23, 30, 68, 72, 354.

Dem Parteivorstand überwiesen werden die Anträge: 13 bis 17, 19, 21, 22, 25 bis 29, 31 bis 34, 62, 67, 71, 73, 86, 138 Abj. 2, 173, 335, 343, 344, 353.

Antrag 33 wird der preussischen Landtagsfraktion, Antrag 162 der Reichstagsfraktion überwiesen.

Die zur Frage des Eintritts in die Regierung vorliegenden Anträge werden durch Annahme der Anträge 324 und 338 für erledigt erklärt.

Die zur Beitragsfrage vorliegenden Anträge werden durch Annahme des Antrages 322 für erledigt erklärt.

Die zur Jugend- und Bildungsfrage vorliegenden Anträge werden durch Annahme der Anträge 321, 352 und 355 für erledigt erklärt. (352 und 355 wurden einstimmig angenommen.)

Damit sind die Punkte 1 und 2 der Tagesordnung erledigt. Es folgt Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht der Reichstagsfraktion.

Als Berichterstatter erhält das Wort

Hilfenbrand: Ich habe die Ehre, über die bedeutungsvollste und ereignisreichste Periode zu berichten, die je die sozialdemokratische Fraktion durchzumachen hatte. Die Fraktion hat dem Parteitag über zwei Abschnitte, in die unsere Tätigkeit zerfällt, nämlich über die Tätigkeit in der Nationalversammlung und im Reichstag, einen besonderen jährlichen Bericht erstattet, in dem alle Einzelheiten enthalten sind. Ich werde mich daher darauf beschränken, in einem allgemeinen Umriss über die Tätigkeit der Partei zu berichten.

Wir sind mit 166 Mandaten in der Nationalversammlung tätig gewesen. 11½ Millionen Wähler haben uns zur Nationalversammlung delegiert, sicher in der Erwartung, daß wir alles daran setzen würden, nützliche und praktische Arbeit für die Arbeiterklasse zu leisten. (Sehr richtig!)

Die Aufgabe, die der Nationalversammlung gestellt war, war nach dem fürchterlichen Zusammenbruch riesengroß. Es galt, den Krieg zu liquidieren, den Frieden herbeizuführen und für die Opfer des Krieges zu sorgen, das durch den militärischen Zusammenbruch und seine Folgen zerstörte Staats- und Verfassungsrecht neu zu gestalten und der durch den Krieg vollständig verrotteten Finanzwirtschaft eine neue Grundlage zu geben. Für uns gerade galt es, neben der politischen Gleichberechtigung der Arbeiterklasse im freien Volksstaat auch die Herrschaft der im Staat organisierten Volksgewalt über die gesamte Wirtschaft zu sichern und weiter der Umgestaltung der kapitalistischen Privatwirtschaft in die sozialisierte Gemeinwirtschaft die Wege zu ebnen. Wahrlich eine ebenso große und schwierige wie schöne und wichtige Aufgabe. Die Ueberführung unserer hohen Ideale in die Wirklichkeit! Die Erfüllung unseres Programms, für das die deutsche Arbeiterklasse seit mehr als einem halben Jahrhundert die heißesten Kämpfe geführt und die größten Opfer gebracht hat. In der Nationalversammlung war die Stellung der Fraktion gestärkt durch die in der Regierung tätigen sozialdemokratischen Minister. Unsere Genossen in der Regierung waren bestrebt, die notwendigen Gesetzesvorlagen der Nationalversammlung so rasch wie möglich zu unterbreiten und zu fördern, so daß das ganze oben bezeichnete Programm während der kurzen

Zeit der Nationalversammlung, die im ganzen nur 15 Monate arbeitete, in Angriff genommen und in wichtigen Teilen erfüllt werden konnte.

Wenn die Erfüllung uns nicht restlos befriedigen kann, wenn sie nicht allen unseren Wünschen entspricht, dann bitte ich Sie, nicht zu vergessen, daß die Partei keine Mehrheit im Parlament hat (Sehr wahr!), daß sie die bürgerlichen Parteien zur Durchführung braucht, weil die in der Kritik und im Fördern so starke Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie nicht den Mut aufbrachte, eine sozialdemokratische Politik zu betreiben — aus Angst vor ihren kommunistischen Diktatoren.

Wir haben den Friedensvertrag unterschreiben müssen, obgleich er die von uns angenommenen 14 Wilsonschen Punkte nicht berücksichtigt hatte und obgleich wir noch heute überzeugt sind, daß viele seiner harten Bedingungen unerträglich und unerfüllbar sind. Wir haben den Friedensvertrag unterschrieben mit der ehrlichen Absicht, alle seine Bedingungen zu erfüllen, soweit es unter Anstrengung aller unserer Kräfte möglich ist; wir haben ihn unterschrieben unter dem Zwang der Gewalttätigkeit der Sieger und unter dem Zwang der Not des Vaterlandes. Um den angekündigten Einmarsch feindlicher Truppen ins Land und damit die Fortsetzung des 4½-jährigen Krieges zu verhindern, um den 800 000 Kriegsgefangenen die Fortsetzung ihrer Gefangenschaft zu ersparen und sie der Pein, ihren Angehörigen wiederzugeben und der Hungerblase und der körperlichen Verelendung unseres Volkes ein Ende zu machen, deshalb haben wir den Gewaltfrieden unterschrieben, nachdem die deutschnationalen Friedensgegner während des Krieges den von uns angebotenen Verständigungsfrieden verhindert haben. Daß wir damit den Wünschen des Volkes, zum mindesten der Mehrheit des Volkes entsprochen haben und, wie ich überzeugt bin, auch unsere Parteigenossen in der Mehrheit befriedigt haben, zeigt das Wahlergebnis vom 6. Juni 1920, wo das Volk in seiner großen Mehrheit die Parteien unterstützt hat, die den Frieden unterschrieben haben. Ich bin deshalb überzeugt, daß der Parteitag diesen wichtigen Beschluß der Fraktion billigen wird. (Sehr richtig!) Ich bin weiter überzeugt, daß ich die Meinung des ganzen Parteitags ausspreche, wenn ich sage: heute schon ist es der Mehrheit aller Völker und auch unseren Gegnern zum Bewußtsein gekommen, daß in der Tat ein großer Teil der uns auferlegten Bedingungen nicht restlos zu erfüllen ist. Daß alles geschieht, um diese unsere Pflicht nicht zu bestreiten, das müssen wir immer wieder denen zur Pflicht machen, die heute den Feinden ihrer Gewalttätigkeit wegen fluchen, trotzdem sie während des Kriegs in ihren Zielen und Forderungen nicht weniger gewalttätig waren und den Feinden das Konzept für ihren Gewaltfrieden geliefert haben.

Wir haben den Frieden unterschrieben. Das verpflichtet uns auch, die Konsequenzen zu tragen, berechtigt aber auch uns, alles mit Entschiedenheit abzulehnen, was über den Vertrag hinausgeht und uns unfähig macht, ihn zu erfüllen.

Allen Zweifeln zum Trost müssen wir sagen: es ist unsere Pflicht, die Befreiung des Rheinlandes und der Pfalz zu dulden. Wir müssen die Kosten der Befreiung tragen. Aber wir sind außerstande, die maßlosen Liebhabereien einer größenwahnsinnigen Miltärkaste zu tragen. (Sehr richtig!) Exzerzierplätze, Flugplätze und andere Anlagen für Millionenheere, die Milliarden kosten, sind Maßnahmen, die weit über den Friedensvertrag hinausgehen. (Sehr richtig!), die wir scharf zurückweisen müssen. Ich erhebe dagegen im Namen des Parteitags im Namen unseres ausgeemagelten Volkes den entschiedensten Protest.

Ich rufe den Parteigenossen aller Länder, besonders laut und vernehmlich den Franzosen zu: Der von uns stets bekämpfte deutsche Militarismus ist geschnitten! Habt Acht, daß der Ententemilitarismus nicht größeres Unheil über euch und über die Welt bringe!

Wenn Deutschland neben allen anderen finanziellen Lasten des Friedensvertrages auf 15 Jahre hinaus noch jährlich 27 Milliarden Goldmark für das Besatzungsheer aufbringen sollte, hieße das, das ganze deutsche Volk zu Sklaven der Entente, zu Kributpflichtigen Frankreichs zu machen! Das wollen wir nicht, und das können die Arbeiter der Ententeländer auch nicht wollen, deren Schicksal mit dem unserigen auf das engste verknüpft ist. Wer die Zukunft Europas sichern will, muß mithelfen an der Versöhnung und Vereinigung aller Völker.

Im neuen Etat für 1920 werden 40 Milliarden angefordert für die Erfüllung des Friedensvertrages. Wenn daneben noch so unerhörte Summen für den Besatzungsmilitarismus von uns verlangt werden, wie soll das noch etwas bleiben für die Wiedergutmachung in Frankreich? Und wir wollen wiedergutmachen, das haben wir unterschrieben. Das ist der Standpunkt der Fraktion, und ich bin überzeugt, auch des Parteitags. Um so mehr haben wir das Recht, zu verlangen, daß man es im französischen Volke hört, mit dem uns zu gemeinsamer Kulturarbeit zu verständigen wir in Bern 1911 unter Jaures' und Debels Führung schon vor dem Kriege mit ganzem Herzen bestrbt waren. Möchte man es hören in Frankreich, daß wir eine baldige und ehrliche Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland als die einzige Garantie für die Erfüllung des Friedensvertrages und die Sicherung eines europäischen Friedens betrachten, der allein eine Wiedergutmachung der Verstärkungen des wahnsinnigen Krieges ermöglicht und der Arbeiterklasse den Weg frei macht für ihre politische und wirtschaftliche Befreiung!

Es war eine Riesenaufgabe, den Krieg zu liquidieren und für seine Opfer zu sorgen. Sie alle waren Zeugen der Demobilisierung des Zehnmillionenheeres. Sie alle waren Zeugen des fürchterlichen Durcheinanders, das ganz naturgemäß finanziell von entscheidender Bedeutung für das Deutsche Reich war. Was in unjeren Kräften stand, diese Demobilisierung durchzuführen, um den dabei Beteiligten möglichst die Rückkehr in das Erwerbsleben zu sichern, das haben wir, soweit wir als Fraktion tätig sein konnten, getan. Wir haben auch nach der Demobilisierung das Los der Heimgekehrten dadurch erleichtert, daß wir trotz der großen finanziellen Lasten die Erwerbslosenfürsorge von Reichs wegen eingeführt haben, eine Maßnahme, die man noch Jahre vorher sicher nicht für durchführbar beigechnet hätte. Der schriftliche Bericht über die Nationalversammlung zeigt eingehend die Bemühungen der Fraktion, um das Los der Kriegsbeschädigten und der Kriegshinterbliebenen nach Möglichkeit zu erleichtern. Die Verhältnisse zwangen uns, auf diesem Gebiet viel weiter zu gehen, als es früher irgend jemand für möglich gehalten hätte. Es ist in den zu erlassenden Gesetzen das gleiche Recht für alle Kriegsbeteiligten durchgeführt worden, es sind die Unterschiede zwischen Offizieren und Mannschaften aufgehoben worden, ein Beschluß — das können Sie sich wohl vorstellen —, der in diesem Parlament sicher schwer durchzusetzen gewesen ist. Wir haben rund 1 350 000 Kriegsbeschädigte, 320 000 Witwen und 1 130 000 Waisen zu entschädigen. Nach den jetzt beschlossenen Gesetzen sind für diese Versorgung ohne die in der letzten Zeit erst beschlossenen Aufbesserungen jährlich 4% Milliarden Mark aufzuwenden, nicht etwa für Entschädigungen, die zu erbitten sind, sondern die als Rechtsanspruch den Betroffenen zustehen.

Ohne Zweifel ist zuzugeben, daß auch hier zahlreiche Wünsche unerfüllt geblieben sind. Die Fraktion betrachtet dieses Gebiet noch nicht als abgeschlossen und ist willens, die gerechte Sachwalterin der Opfer des Krieges zu sein und zu bleiben. Hervorheben will ich, daß ein besonderes Gesetz die Fürsorge für die Beschädigten der Schwerbeschädigten regelt und daß dieses Gesetz nicht nur auf die Kriegsbeschädigten beschränkt wurde, sondern auch ausgedehnt auf die schwer Unfallbeschädigten, ein Beschluß, der gemessen an dem, was früher als erreichbar erschien, zweifellos von großer Bedeutung ist. Manche Kritik an den Leistungen des Reiches für die Kriegsbeschädigten erfolgt sicher ohne Kenntnis der Wirkung der Gesetze. Wenn man diese Kriegsbeschädigten genau kennt und weiß, daß neben der zu gewährenden Grundrente eine Ausgleichszulage, ein Ortszuschlag, um die verschiedenen Ortsverhältnisse auszugleichen, Teuerungszulagen und Kinderzulagen einzurechnen sind, und sich einigermaßen vorstellt, wie die Finanzkraft des Reiches dadurch angestrengt wird, dann wird man nicht bestreiten können, daß die Versorgung der Kriegsbeschädigten nach diesem Kriege in dieser Weise nur möglich war, weil die Sozialdemokratische Fraktion in der Lage war, diesen ausschlaggebenden Einfluß auszuüben. (Sehr richtig!) Denn wie die Auffassung der bürgerlichen Parteien über diese Pflicht zur Versorgung aussieht, wird dadurch deutlich illustriert, daß die durch das Gesetz geschaffene Beschäftigungspflicht der Unternehmer für die Schwerbeschädigten von vielen Unternehmern nur mit Widerwillen aufgenommen, ja geradezu sabotiert wird.

Der Neuaufbau unseres durch den militärischen Zusammenbruch und seine Folgen zerstörten Staats- und Verfassungsgerechts war das wichtigste Werk der Nationalversammlung, das ihr den Namen gegeben hat. Es brachte die neue Reichsverfassung, die am 1. August 1919 abgeschlossen und am 11. August publiziert wurde. Sie wurde unter eifriger und zielbewusster Mitarbeit der Sozialdemokratie von den Koalitionsparteien gegen Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und die Unabhängige Sozialdemokratie beschlossenen. Sie hat das Resultat der Revolution legalisiert, denn das Deutsche Reich ist eine Republik und alle Staatsgewalt liegt beim Volke. Das Volk wählt den Reichstag und den Reichspräsidenten. Es wählt dazu alle deutschen Männer und Frauen vom 20. Lebensjahre an auf dem Wege der Verhältniswahl. Die Verfassung ist gestaltet, wie es unser Erfurter Programm forderte und wie es die sozialdemokratischen und unabhängigen Volkskommittare unmittelbar nach der Revolution proklamierten. Der Reichstag allein bestimmt die Reichsregierung, die ohne sein Vertrauen keinen Tag regieren kann. Die parlamentarische demokratische Regierungsform ist damit Recht geworden. Dazu fügt der Artikel 73 der Verfassung den Volksentscheid, den der Reichspräsident und ein Zehntel der stimmberechtigten Wähler herbeiführen können. Keine Verfassung der Welt ist demokratischer, keine gibt dem Volk größere Rechte. Diese Tatsache wird leider von vielen Arbeitern fast gar nicht mehr in ihrem Wert erkannt. (Sehr richtig!) Die Jugend hat vergessen, wie ungeheuer der Kampf war, der seit Jahrhunderten um dieses Recht geführt worden ist, sie hat vergessen, daß unsere Großväter und Urgroßväter ihr Leben dafür eingesetzt haben, daß die Sozialdemokratie ihre ganze Propaganda eingesetzt hat zur Erreichung dieses Zieles. Wir sollten uns freuen, daß es durch die Revolution gelungen ist, dies zum Recht zu machen. Die Arbeiterklasse Deutschlands ist damit im Besitz der politischen Macht, wenn sie im Volke die Mehrheit hat, wenn sie sich auf dem Boden der Demokratie vereinigt. Nur in vereinigter Macht wird sie ihre historische Aufgabe erfüllen können.

Die Verfassung ermöglicht auch die Macht des Volksstaates über die Wirtschaft im Artikel 156, der die Bergesellschaftung geeigneter privater wirtschaftlicher Unternehmungen in Gemeineigentum regelt. Einen weiteren Schritt zum Sozialismus macht der Artikel 163, wonach jedem Deutschen die Möglichkeit gegeben werden soll, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Lebensunterhalt zu erwerben und wenn ihm solche nicht nachgewiesen werden kann, für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt wird. Auch für die Durchführung dieser Bestimmung zu sorgen ist Aufgabe der Arbeiter. Dazu ist notwendig, daß das arbeitende Volk außerhalb der Parlamente zusammensteht, die Kraft seiner Vertretung nicht schwächt, damit diese Vertretung in der Lage ist, die in der Verfassung stehenden Bestimmungen zur Wirklichkeit zu machen.

Die Bildung von Arbeiterräten und Wirtschaftsräten mit Befugnissen, die über unsere früheren Forderungen noch hinausgehen, regelt der § 165 der Verfassung, der besagt: „Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesellschaftliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten, Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat. Diese treten zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretern der Unternehmer und sonstigen beteiligten Volkstreu zu Bezirkswirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammen.“

Die parlamentarische Geschichte zeigt, daß die Sozialdemokratie seit dem Jahre 1877 eine beratende wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterklasse gefordert hat. Wir haben später Arbeiterkammern verlangt. Alle diese Forderungen, die dann der Nürnberger Gewerkschaftskongreß zusammengefaßt und der heutigen Zeit angepaßt hat, sind in der Verfassung festgelegt worden, und ich glaube, auch auf diesem Gebiet ist unsere Tätigkeit von der Arbeiterklasse nur zu begrüßen. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat ist schon tätig. — Die Fraktion muß dafür wirken, daß bald der definitive Reichswirtschaftsrat gebildet wird in einer Form, daß darin die Arbeiter und die Verbraucher den ihnen zukommenden Einfluß ausüben können. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat ist nur ein Notbehelf gewesen, aber die Zusammenfassung des endgültigen Reichswirtschaftsrates muß genau abgewogen werden, damit dort nicht einseitige Interessen vertreten werden.

Nach heißen und langen Kämpfen ist am 18. Januar 1919 das Betriebsrätegesetz zustande gekommen. — Nicht nur gegen die äußeren Rechte und viele Unternehmer in den bürgerlichen Koalitionsparteien mußten unsere Genossen in der Kommission den Entwurf verteidigen — auch die Unabhängige Sozialdemokratie bekämpfte ihn in gefährlicher Weise. Am Tage der dritten Lesung sollte ein führerloses Massenaufgebot vor dem Reichstag das Gesetz und den Reichstag stützen! Es half nichts. Das Gesetz erhielt eine Mehrheit; es ist der erste große Schritt zur Demokratisierung des Betriebs und der Wirtschaft (sehr richtig!), die notwendigste Vorbedingung zur Sozialisierung der Produktion. Der in der vorigen Woche abgehaltene Betriebsrätekongreß hat sich mit dem Gesetz abgefunden, die Gewerkschaften werden die Schulung der Betriebsräte auf sozialem, wirtschaftlichem und technischem Gebiete fördern und sie in den Stand setzen, mit den weiter zu erlassenden Gesetzen die praktische Sozialisierung der Produktion einzuleiten.

Während des ganzen Kampfes um das Betriebsrätegesetz haben die Unabhängigen darauf verzichtet, das Gesetz nach ihren Wünschen zu ver-

bessern. Sie haben das gar nicht versucht, sondern es uns überlassen, das Gesetz brauchbar zu machen. Sie haben uns während der ganzen Zeit in gefährlichster Weise bekämpft, um am Tage nach der Annahme des Gesetzes alle ihre Kräfte einzusetzen, möglichst viel Betriebsräteposten von sich aus bezeugen zu können. Wenn das Gesetz unbrauchbar war, dann war es doch erstaunlich, daß die Unabhängigen nun auf einmal, als es wirklich Gesetz geworden war, dieses große Interesse der Arbeiterklasse daran entdeckten, offenbar in der Hoffnung, die Betriebsräte für ihre Zwecke auszunutzen zu können. Die Arbeiter, denen es ernst ist mit wirklichem tatkräftigem Einfluß der Arbeiter in Betrieb und Wirtschaft, werden das Betriebsrätegesetz als ein Mittel zur Vertretung ihrer Interessen auf wirtschaftlichem Gebiet benutzen, sie werden darauf verzichten, die Betriebsräte zu einem politischen Werkzeug zu machen. (Sehr richtig!) Sie können das, denn die Arbeiter wissen, daß ihre politischen Interessen im Parlament und außerhalb des Parlaments ihre richtige und tatkräftige Vertretung in der sozialdemokratischen Partei haben.

Es ist natürlich, daß wie die Verfassung, so auch diese wirtschaftlichen Gesetze dank der Abstinenz der Unabhängigen nur durch Kompromisse in der Koalition zustandegebracht werden konnten. Nicht anders war es bei den Sozialisierungsgesetzen, bei den Gesetzen, die direkt als Vorbereitung für die Sozialisierung der Produktion angesehen werden müssen, dem Sozialisierungsgesetz, einem Rahmengesetz, in welchem Reich und Staat die Möglichkeit eingeräumt wird, zur Sozialisierung reife Betriebe in gemeinwirtschaftlichen Betrieb zu übernehmen, dem Gesetz, in welchem die Sozialisierung der Bodenschätze — Kohle und Kali — von vornherein als selbstverständlich benannt ist, also ein Gesetz, das wir keine Ursache haben, als selbstverständlich anzusehen, auch wenn es nicht von heute auf morgen die Produktion sozialisiert. In weiten Kreisen unserer Partei wird anerkannt, daß die Sozialisierung nicht von heute auf morgen durch einen Mehrheitsbeschluß im Parlament durchgeführt werden kann, sondern daß die Sozialisierung auch ein Werk der Entwicklung sein wird und daß wir dort beginnen müssen, wo die Verhältnisse so weit gediehen sind, daß wir auch Erfolg haben. Aus den Berichten der Sozialisierungskommission, an denen Parteigenossen von uns beteiligt waren, ist zu erkennen, wie wenig man in diesen Dingen durch rasche und übereilte Experimente auf die Dauer erreichen kann. (Zurufe: Nichts!) Nichts wäre schlimmer, als wenn durch unüberlegte ungeprüfte Experimente der sozialisierte Betrieb in Mißkredit gebracht würde. Aus diesem Grunde bin ich der Meinung, daß die Tätigkeit der Fraktion sich nur auf die Vorbereitung zu diesen wirtschaftlichen Umgestaltungen beschränken mußte, daß die Fraktion aber für die Sozialisierung das Nützliche und Notwendige getan hat. Wir haben neben dem Sozialisierungsgesetz ein Gesetz zur Regelung der Kohlen- und Kaliumwirtschaft und ein Elektrizitätswirtschaftsgesetz bereits durchsetzen können. Es wird sich in den nächsten Monaten zeigen müssen, ob diese vorbereitenden Gesetze schon soweit Wirkung gehabt haben, daß aus ihnen die Konsequenz zur vollständigen Ueberführung auch der Besitzrechte durchgeführt werden kann. Nach dem, was ich aus den Berichten der Sozialisierungskommission und aus der Tätigkeit des Kohlenrats usw. beobachten konnte, bin ich überzeugt, daß es möglich ist, das Stadium der Sozialisierung des Produkts zu verlassen durch das weitere Stadium der Sozialisierung des Eigentums. Es ist ja bekannt, daß sogar das heutige Kabinett bereits beschlossen hat, eine Gesetzesvorlage über die Sozialisierung des Bergbaues einzubringen. (Hoch: Die wird auch danach sein.) Dann bedarf es eben aller Aufmerksamkeit, um die Vorlage, wenn sie so

gedacht sein sollte, wie sie Herr v. Raumer auffaßt, so zu gestalten, wie wir sie auffassen, und es wird eine der wichtigsten Aufgaben der Fraktion sein, auf diesem Gebiet endlich durchzuführen, was seit 30 Jahren Allgemeingut der weitesten Schichten des deutschen Volkes gewesen ist, daß die Bodenschätze Gemeingut des deutschen Volkes werden. Kommt der Parteitag zu dieser Ueberzeugung, so muß er sich mit aller Entschiedenheit für den ersten Vorschlag der Sozialisierungskommission aussprechen, und die Partei muß alles daransetzen, bei dem zu erwartenden Kompromiß den ersten Vorschlag möglichst weitgehend zu verbessern.

Die vorbereitenden Gesetze bilden eine geeignete Grundlage für die Weiterführung der Sozialisierung. Aber allein von der Geschlossenheit der deutschen Arbeiter wird es abhängen, ob wir auf diesem Gebiete weiter als Pioniere der Sozialisten der ganzen Welt wirken können. Wir erwarten, daß die Sozialisten der übrigen Welt unsere Arbeit ohne Voreingenommenheit verfolgen und unterstützen.

Neben diesen wirtschaftlichen vorbereitenden Gesetzen war die Frage der Schulgesetzgebung die umfrittenste Frage der Verfassung. Die Beschlußfassung über die Schulgesetzgebung hat uns nicht zugejagt, aber wir waren zu einem Kompromiß gezwungen. Wir haben diesem Kompromiß zugestimmt, weil wir die Verfassung als Ganzes wollten und in der Schulgesetzgebung gegenüber den Anhängern der anderen Weltanschauung mehr nicht durchsetzen konnten. Auf dem Gebiete der Schule wird den Eltern und den Volksgenossen die Entscheidung über den Charakter der Schule eingeräumt. Das ist in der ganzen Kritik viel zu viel vergessen worden. (Sehr richtig!) Von der Energie und der Intelligenz der Arbeiterschaft wird es abhängen, ob die Schule zu einer weltlichen oder zu einer konfessionellen gestaltet wird. Wir bedauern, daß es in den weitesten Arbeiterschichten an dieser Aufklärung fehlt, um das minimale Recht, das uns die Verfassung gibt, überall auszunutzen. (Sehr richtig!)

Niemand kann mehr als wir bedauern, daß die Entente es uns auf dem Gebiete des Heerwesens unmöglich gemacht hat, unser Programm der Allgemeinen Volkswehr durchzuführen. (Sehr richtig!) Die Einführung des Milizsystems wäre nach dem militärischen Zusammenbruch eine Leichtigkeit gewesen. Das Volkshcer hätte eine Verteidigungsmacht für die Republik werden können. Durch den wahnsinnigen Friedensvertrag zwingt uns die Entente ein Söldnerheer auf, in dem diejenigen zunächst Unterkunft gesucht haben, die das Militärwesen als Handwerk und als Lebenserzählung betrachten. Es wird dauernd eine Aufgabe der Fraktion sein, die Entente zu überzeugen, daß das Söldnerheer, das teurer als das größte Volkshcer ist, eine Gefahr für unsere Finanzen ist, da es große Geldmittel aufbraucht, die wir für wirkliche Kultur- und Wiedergutmachungszwecke verwenden könnten. Die Reichswehr ist keine Einrichtung, die den Wünschen der Sozialdemokratie entspricht, sondern eine Institution, die wir leider in jenen Zeiten bilden mußten, wo ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft vergessen hatte, daß die Revolution von ihr zu verteidigen war. (Sehr richtig!)

Ein großer Teil unserer Tätigkeit wurde absorbiert durch die Sorgen für Verbesserung der Rechte der Frauen, der Mütter und der Unselbstigen. Nach dem Verlauf der Frauenkonferenz kann ich verzichten, in meiner Berichterstattung hierauf näher einzugehen. Ich will nur erwähnen, daß die Fraktion in der Nationalversammlung, wo sie zum ersten Male Frauen in ihrer Mitte hatte, durch die Mitarbeit der Frauen eine wesentliche Bereicherung ihrer Arbeitskräfte und eine wesentliche Förderung gerade auf den Gebieten gefunden hat, die für die Frauenwelt von Wichtigkeit sind.

Die größten Beschwerden haben wir auf dem Gebiete der Rechtspflege. Im Interesse der Republik wäre es vielleicht besser gewesen, mit den Dynastien zugleich auch die bürgerliche und kapitalistische Rechtspflege zu beseitigen. (Sehrhafte Zustimmung.) Ein großer Teil der Richter hat noch nicht begriffen, daß die staatlichen Verhältnisse sich geändert haben, und daß sie die Aufgabe haben, Recht zu sprechen, daß sie das Recht zu beobachten haben, das mit uns geboren ist, nicht das Recht der Vergangenheit. (Sehr wahr!) Wenn das Reichsgericht es fertiggebracht hat, das Unrechtgesetz so auszulegen, daß die Hauptverbrecher am Rapp-Butsch außer Verfolgung gesetzt sind, so ist das der Gipfel von Unrecht und ein bedauerliches Zeichen der Rechtsverirrung der Richter an höchster Stelle. Ich bitte, den Antrag Nr. 342, der sich mit dieser Angelegenheit befaßt, anzunehmen.

Längere Diskussionen mehr außerhalb als innerhalb der Fraktion sind über die Wirtschaftspolitik gepflogen worden. Die Fraktion hat sich über die Wirtschaftspolitik deshalb nicht mehr unterhalten, weil sie wohl mußte, daß in Zeiten, wie wir sie in den letzten zwei Jahren durchlebt haben, wo jeder Tag neue wirtschaftliche Erscheinungen bringt, kein wirtschaftspolitisches Schema aufgestellt werden kann. Hätte sich die Fraktion in wirtschaftspolitischen Dingen festlegen wollen, so hätte die Praxis die Unmöglichkeit der Durchführung gezeigt. (Sehr richtig!)

Die ganze trostlose Lage unseres Landes zeigt sich in der vollständig zerrütteten Finanzwirtschaft. Der Etat für 1920 bringt eine Ausgabe von 91,5 Milliarden Mark. Die Ausgaben im Jahre 1914 betragen nur 3,4 Milliarden Mark. Von den 91 Milliarden sind 49 Milliarden ungedeckt. Dazu kommen noch die Fehlbeträge der Eisenbahn mit 16 Milliarden und der Post mit 2 Milliarden, so daß im ganzen ein Fehlbetrag von 67 Milliarden im Etat erscheinen wird. Dabei kennen wir noch nicht die Summen für die Wiedergutmachung. Jetzt rächt sich die leichtsinnige Finanzpolitik während des Krieges (Sehr richtig!), die alles auf Schulden nahm, das Geld milliardenweis verschleuderte, ohne Steuern zu erheben. Die vielen Steuern, die die Nationalversammlung beschlossen hat, werden nicht ausreichen, um auch nur einigermaßen gesunde Finanzen zu schaffen.

Bei den Beratungen über die Steuergesetze waren wir bestrebt, den Besitz in allen seinen Formen zur Deckung der Lasten heranzuziehen unter möglichster Schonung der kleinen Leute. Es gelang, die Steuerhöhe des Reiches festzustellen, eine Reichseinkommensteuer mit starker Progression durchzuführen. Bei der Reichseinkommensteuer wurde beschlossen, daß allen Lohnempfängern der Steuerbetrag abgezogen wird. Da die Veranlagung von den neu zu bildenden Finanzämtern nicht rechtzeitig fertigzustellen war, wurde dieser Steuerabzug provisorisch mit 10 Proz. eingeführt. Das wurde an verschiedenen Orten als Anlaß zu Streiks genommen.

Soweit Klagen über diesen Beschluß berechtigt waren, wurde ihnen am 6. Juli beim Zusammentritt des neuen Reichstages durch Aenderung des Gesetzes entsprochen, und es besteht begründete Aussicht, daß in einer weiteren Novelle das steuerfreie Minimum noch erhöht wird.

Neben der nicht zu umgehenden Erhöhung der indirekten Steuer auf Bündwaren, die im Jahre 1921 monopolisiert werden, auf Tabak, Spielfarten und den Umsatz wurden als direkte Steuern beschlossen: eine außerordentliche Kriegsabgabe für 1919, Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, das Erbschaftsteuergesetz, das Reichsnotopfer, das Kapitalertragssteuergesetz und die Reichseinkommensteuer.

Um die ganze Steuergesetzgebung aus der Zersplitterung zwischen Reich, Staat und Gemeinden herauszunehmen, wurde das Landessteuergesetz und die

Reichsabgabenordnung geschaffen, wodurch das gesamte Steuerrecht und die ganze Steuerverwaltung auf eine neue Grundlage gestellt wurden.

Bei diesen schwierigen Arbeiten haben unsere Vertreter in der Kommission großes geleistet. Wir hatten große Widerstände zu überwinden, haben aber die Genugtuung, auch auf diesem Gebiete treu unserem Programm gearbeitet zu haben.

Zu beklagen ist, daß die Eintreibung der Besitzsteuern so langsam vor sich geht. (Sehr richtig!) Hier muß kräftig nachgeholfen werden.

War schon mit der Steuererhebung ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Reichsgewalt und der Reichseinheit getan, so wurde dies noch verstärkt durch den in der Verfassung ausgesprochenen Zwang zur Uebernahme der Staatsbahnen, der Landesposten von Bayern und Württemberg und der Wasserstraßen auf das Reich.

Die schlechte finanzielle Lage der durch den Krieg zerrütteten Eisenbahnen beschleunigte den Gang der Dinge derart, daß der Verfassungswunsch heute schon erfüllt ist. Durch Staatsverträge, an denen auch wir viel auszusetzen hatten, übernahm das Reich die Eisenbahnen, die jetzt von einem Reichsverkehrsminister einseitlich betrieben werden. Damit ist ein weiteres von uns schon lange propagiertes Ziel erreicht. Damit ist angebahnt, was bei der Verfassungsberatung manche Parteigenossen sofort erzwingen wollten: die Unitarisierung, d. h. die Beseitigung der Einzelstaaten. Wir glauben, auf dem Wege der natürlichen Entwicklung rascher zum Ziele zu kommen, weil der zwangsweise Weg die größten Schwierigkeiten geboten hätte. Wenn erst die einzelstaatlichen Landtage empfinden, daß ihnen mit der Steuererhebung und mit den Eisenbahnen die wichtigsten Tätigkeitsgebiete entzogen sind, und wenn sie erst finden, wie schwierig ihre Finanzlage werden wird, dann wird sich die Notwendigkeit der Vereinheitlichung immer mehr durchsetzen. Wie recht ich damit habe, beweist, daß dieser Tage in Karlsruhe bürgerliche Parlamentarier von Hessen, Baden und Württemberg ausgesprochen haben, daß in kurzer Zeit eine Vereinheitlichung und Vereinigung der Verwaltung durchgeführt werden müsse. Auch hier werden wir rascher, als anzunehmen war, zu dem von uns erwünschten Ziele gelangen.

Alle diese großen und wichtigen Materien konnten schon von der Nationalversammlung erledigt werden, — nicht zuletzt durch die tätige und wirksame Vorbereitung unserer Genossen in der Regierung. Kein Wunder, daß die Gegner der Republik alles daran setzen, die Regierung und die Sozialdemokratie mit allen Mitteln zu diskreditieren. Sie fanden Helfer bei den Offizieren, die sich aus ihrer glänzenden Laufbahn verdrängt sahen.

Der Kapp-Putsch war eine militärische reaktionäre Gegenrevolution zum Sturz der Republik und ihrer Träger. Daß er mißlang, daß die Republik gerettet, das Reich vor dem Bürgerkrieg und vor der Verwaltung durch die Entente bewahrt wurde, ist das Verdienst der wahren Republikaner unter Führung der Sozialdemokratie.

Leider hat bei der nachfolgenden Reichstagswahl das Volk die Arbeit der Nationalversammlung schlecht gewürdigt und die Reaktionen so gestärkt, daß die alte Koalition nicht zu halten war.

Die Mandatszahl der beiden sozialistischen Parteien stieg zwar von 188 auf 194 Mandate. Da aber die Demokraten von 75 auf 45 Mandate zurückgegangen waren und die Unabhängigen — mit denen allein wir keine Mehrheit bilden konnten — jede Koalition ablehnten, war die alte Koalition nicht mehr tragfähig. Mit der Deutschen Volkspartei zusammenzugehen, lehnte die Partei ab, — wir traten aus der Regierung aus, um der Deutschen Volkspartei die Mitverantwortung für die Regierung und Gesetzgebung zu überlassen.

Obgleich die Regierung ohne die Sozialdemokratie keinen Tag regieren kann, wäre es falsch, zu verschweigen, daß unsere Stellung im Reichstag weniger stark ist, als sie es in der Nationalversammlung war. Sie wieder zu stärken, muß das Ziel der Arbeiter sein, denn um ihre Sache wird im Reichstage gekämpft.

Auch über unsere Tätigkeit im Reichstage liegt ein schriftlicher Bericht vor, auf den ich mich beziehen darf, weil daraus die Tätigkeit der Fraktion zu ersehen ist.

Einen breiten Raum in den Beratungen verlangte die Behandlung der Ernährungsfragen, unter denen die Arbeiterklasse und die Angestellten sicher am meisten zu leiden haben.

Gegen den Widerspruch unserer Vertreter im Volkswirtschaftlichen Ausschuß wurde vom 15. September ab die Kartoffel- und vom 1. Oktober ab mit 13 gegen 13 Stimmen die Fleischbewirtschaftung aufgehoben. An Kartoffeln soll eine Reichsreserve von 20 Millionen Zentnern sichergestellt werden. Wir befürchten durch diese Maßregeln eine Steigerung der Preise und damit eine Verschlechterung der Ernährung des arbeitenden Volkes, was sicher wieder neue Preissteigerungen bedingt, wenn das Reich vor Erschütterungen bewahrt bleiben soll. Die Preissteigerung ist keine Erscheinung, die sich auf Deutschland beschränkt, sondern eine internationale. In der Schweiz, in Zürich, wo der Monatslohn eines Straßenbahners heute 720 Franken beträgt, steht der Straßenbahner in bezug auf die Lebenshaltung wegen der dortigen Preisverhältnisse schlechter als bei uns in Deutschland.

Ueber die weitgehenden Maßnahmen zur Steuerung der Erwerbslosigkeit finden sich auf Seite 30 des schriftlichen Berichtes eingehende Darlegungen über die Stellung der Parteien und der Regierung und über die gefassten Beschlüsse. Nach den Aeußerungen des Staatsministers sind für den Wohnungsbau in den Kohlenbezirken aus Reichsmitteln bereits 300 Millionen zur Verfügung gestellt. Für Kostbararbeiten sind 470 Millionen bereitgestellt, und weitere Summen sind für Meliorationen und Wohnungsreparaturen vorgeesehen. Beim Wiederzusammentritt des Reichstages sind Vorlagen zu erwarten, die noch weitere Opfer auf diesem Gebiete verlangen. Weiter ist in Aussicht genommen, daß Straßen- und Hafendauten in Angriff genommen werden. Seit November 1918 bis März 1919 haben Reich, Länder und Gemeinden zur Erwerbslosenunterstützung bereits 1400 Millionen Mark ausgegeben. Die Fraktion hat also auch auf diesem Gebiete ihr Möglichstes getan, um den Erwerbslosen ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen.

Auch über den so lange gewünschten Abbau der Schmerzenskinder unserer kranken Wirtschaft, der Kriegsgesellschaften, finden sich dort nähere Angaben.

Nach langem Widerstreben wurde endlich die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht und in zwei Anläufen die Aufhebung der Militärgerechtigbarkeit beschlossen.

Einen größeren öffentlichen Kampf verursachte noch die Beschlußfassung über das Entwaffnungsgesetz, das von der äußersten Rechten und der äußersten Linken bekämpft wurde. Wir haben das durch den Friedensvertrag bedingte Gesetz in der Kommission nach der Richtung verbessert, daß die Entwaffnung in allen Schichten gleichmäßig durchgeführt werden muß, und haben dem Parlament das Mitwirkungsrecht bei der Durchführung gesichert.

Wir haben in der dritten Lesung nach Annahme unserer Anträge dem Gesetz zugestimmt, weil der Zwang der Entente vorlag, und weil wir Waffen in den Händen der Zivilbevölkerung als eine stete Bedrohung für eine ruhige und friedliche Entwicklung, die wir so nötig brauchen, erblickten. Wir sind

auch dafür von den Unabhängigen beschimpft worden, obgleich wir sicher die besten Stützen der Republik und der Erregenschaften der Revolution sind.

Aus diesen Darlegungen ersehen Sie die große historische Bedeutung der Aufgaben, die der sozialdemokratischen Fraktion gestellt waren. Wir konnten mit Erfolg arbeiten, weil wir in treuer Kameradschaft einig zusammenstanden, stets in Uebereinstimmung mit dem Parteiausschuß und den Genossen im Lande waren, und weil es für uns nur ein Ziel bei unserer Arbeit gab: energische Vertretung der Interessen des werktätigen Volkes, Förderung der wahren Demokratie und zielbewußte Vorbereitung der Sozialisierung der Wirtschaft.

Wir waren im Parlament ehrlich bestrebt, unsere Sache ohne persönliche und parteipolitische Leidenschaft auch besonders gegen die Parteien links von uns zu führen und bedauern es, daß es so oft nicht möglich war, den verderblichen Bruderkampf der sozialistischen Fraktionen zu vermeiden.

Wir sehen der Kritik unserer Tätigkeit durch den Parteitag ruhig entgegen — sie wird uns gerecht werden und sie kann uns nur stärken in unserer weiteren Tätigkeit, die immer geleistet wird nach dem Grundsatz: Arbeit und Treue der Partei zum Wohle des ganzen Volkes. (Lebhafte Beifall.)

Gemäß dem Beschlusse in der Eröffnungsitzung, die allgemeine Wirtschaftspolitik und die Sozialisierungsfrage von der Beratung des Punktes 3 der Tagesordnung, nämlich den Bericht der Reichstagsfraktion zu trennen und den Genossen Wissell und Robert Schmidt die übliche Referentenredezeit zu gewähren, sowie die Ernährungsfrage bei der allgemeinen Wirtschaftspolitik zu behandeln, wird festgelegt, daß in der Nachmittagsitzung über die Gegenstände debattiert werden soll, die nicht mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik und mit der Ernährung zusammenhängen. Trotzdem soll der Genosse Hildenbrand in seinem Schlussworte das Recht haben, auch auf die Wirtschaftspolitik und die Sozialisierungsfrage einzugehen.

Dem Genossen H a d e l b e r g - Kiel, der unter dem Sozialistengesetz ausgewiesen worden war, und der heute seinen 60. Geburtstag feiert, spricht der Vorsitzende Müller unter dem Beifall des Parteitages die Glückwünsche der anwesenden Delegierten aus, indem er der Hoffnung Ausdruck verleiht, daß der Genosse Hadelberg noch oft Gelegenheit haben werde, an den Beratungen des Parteitages teilzunehmen.

Der Vorsitzende teilt ferner mit, daß die Parteileitung der Deutschen sozialdemokratischen Partei in Oesterreich für die Einladung zum Parteitag danke und dabei erklärt, daß sie leider außerstande sei, der Einladung Folge zu leisten, weil die Wahlarbeit in Deutschösterreich jeden Mann dringend erfordere. Der Vorsitzende dankt den deutsch-österreichischen Genossen für ihre Glückwünsche und für den regen Anteil, den sie immer an den Verhandlungen der Partei genommen hätten und spricht die Hoffnung aus, daß sie für die Sozialisten Deutschösterreichs einen großen Erfolg bei den Wahlen davontragen.

Der Reichswirtschaftsverband der Berufs Soldaten bittet, seine Bestrebungen zu unterstützen und erklärt, daß er einen Einklang zwischen der Reichswehr und dem schaffenden Volk zu erzielen wünsche.

Die Genossen in Schönheim im Erzgebirge bitten, auf Maßnahmen zur Senkung der Lebensmittelpreise hinzuwirken.

Außerhalb der Tagesordnung ist folgende genügend unterstützte Resolution (Antrag 366) eingegangen:

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wendet sich mit Entschiedenheit gegen die deutsch-völkische Hez, die in dem, Gelehrten

Magnus Hirschfeld ein erstes Blutopfer gefordert hat. Das werktätige Volk weist die Verantwortung für die wüsten Ausschreitungen, die den deutschen Namen in aller Welt besudeln, weit von sich. Der Parteitag fordert die deutschen Sozialisten auf, den deutsch-völkischen Hezern überall mit den Waffen des Geistes entgegenzutreten und dafür zu sorgen, daß die klaren Linien des Klassenkampfes nicht durch blöde, den Gegenrevolutionären dienende Massenhezen verwischt werden.

Der Vorsitzende teilt mit, daß Magnus Hirschfeld, der seinen Verletzungen inzwischen erlegen sein soll, eingeschriebenes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands war. Die Resolution wird einstimmig unter großem Beifall angenommen.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr.)

Nachmittagsitzung.

Vorsitzender Hermann Müller teilt mit, daß Genosse Diez auf das Telegramm des Parteitages geantwortet hat, daß er mit Dank von den Grüßen des Parteitages Kenntnis nimmt; im Interesse der Partei möge der Parteitag Erfolg mit sich bringen und Millionen Kämpfer, die noch für die Sozialdemokratie zu gewinnen sind, zu ihr ziehen.

Der Vorsitzende stellt darauf die Unterstützungsfrage für die Anträge zu Punkt 3: Ich würde es für Zeitverschwendung halten, für die 161 Anträge, die zum Bericht der Fraktion gestellt sind, einzeln die Unterstützungsfrage zu stellen, um so mehr, da viele dieser Anträge alle möglichen Materien behandeln und aussehen, als ob sie aus irgendeiner Gulajshkanone gekommen wären. Für künftige Parteitage möchte ich die Organisationen bitten, ihre Anträge zu präzisieren, daß nicht in demselben Satz zwei oder drei Materien behandelt werden. Anträge 117 und 326 sind zurückgezogen. Die andern stehen zur Debatte. Ich schlage vor, daß ich zunächst eine Uebersicht gebe und dann die Anträge, die die einzelnen gesetzgeberischen Materien behandeln, gemeinsam als unterstützt betrachtet werden. Ich werde im einzelnen nur zu den Anträgen die Unterstützungsfrage stellen, die die Technik der parlamentarischen Betätigung betreffen. Es sind gestellt:

Zur Frage der Sozialversicherung die Anträge 77, 78, 79, 80, 91, 93, 124 Ziffer 2, 160, 175 Abf. 1, 175 Abf. 3, 184, 185, 349. Spezialanträge sind noch 293 über die unentgeltliche Entbindung und 174 über die Sozialgesetzgebung für das Schiffsfahrergewerbe.

Zu den Versorgungsgesetzen sind gestellt die Anträge 92, 95, 124 Abf. 1, 138 Abf. 4, 148.

Dann folgt die Gruppe Jugendwohlfahrt und Jugendschutzgesetzgebung: 154, 155, 346.

Die Kinderarbeit betreffen die Anträge: 85 und 351, die Frauenarbeit: 347. Das Frauenwahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten betrifft: 348.

165 verlangt die Bereitstellung von Kajernen für Arbeiterjugendvereine. Die Betriebsräte behandeln die Anträge: 84, 90, 119, 136, 310 und 372.

Ein Tarifgesetz für Landarbeiter verlangen die Anträge: 102 und 109.

Zum Vergesetz liegt vor der Antrag 144 Abf. 1.

Es folgt eine Gruppe von Anträgen, die sich mit den Steuern und dem Steuerabzug befassen: 81, 87, 89, 132, 142, 144 Abf. 2, 145, 147, 151, 156, 157, 158, 166, 175 Abf. 2. Die preussische Grundsteuer im besonderen behandelt 330.

Antrag 169 verlangt die wirtschaftliche Anlehnung an Rußland.
Eine weitere Gruppe von Anträgen befaßt sich mit dem Beamtenrecht und der Beamtenbesoldung: 94, 117, 118, 161, 190, 197 und 311.

Mit der Militärgefeßgebung: 97, 98, 99, 100, 188, 191 und 296.

Zum Entwaffnungsgesetz ist Antrag 159 gestellt.

Antrag 183 will Militärgebäude für Wohnungen freigemacht haben.

Mit dem Volkseinkommen befaßen sich die Anträge 96, 309 und 330, mit der Gemeindeverfassung 104 und 127, mit der Wahlkreiseinteilung: 128, mit dem Staatsangehörigkeitsgesetz 149, mit der Ministerpension 130, mit der Siedlungsgesetzgebung: 105, 108, 114, 122, 334.

Straf- und Zivilrecht betreffen die Anträge: 129 Abs. 3 und 170, Strafrecht und Strafvollzug für Jugendliche: Antrag 350, Beteiligung der Frauen an der Rechtspflege 356, Frauenrecht und Eherecht im besonderen 345, Antrag 163 verlangt besondere Gerichte für Rappisten, Antrag 171 ein Vorbehaltsrecht, 168 betrifft die Stellenvermittlung.

Die Anträge 110 und 143 wünschen, daß der 1. Mai gesetzlicher Feiertag wird, 111 und 198 verlangen dasselbe für den 9. November. Ich bemerke dazu, daß ein weiterer Antrag sich im Druck befindet, den Tag zum Feiertag zu machen, an dem die Verfassung verabschiedet wurde.

Es folgt dann eine Gruppe Anträge, die sich mit der weltlichen Schule und der Schulgesetzgebung befaßen: 101, 133, 138 Abs. 3, 141, 164, 186, 194, 220, 221, 224, 225, 227, 228, 232, 233.

Antrag 325 befaßt sich mit der Einheitsrepublik, 323 mit der Anschließfrage für Walbed.

Antrag 340 betrifft die Rückführung von noch im Osten befindlichen Kriegsgefangenen, 342 (Nadbruch und Genossen) das Amnestiegesetz.

Ferner kommen in Betracht diejenigen Anträge, die in der abgeordneten Debatte über die allgemeine Wirtschaftspolitik zu behandeln sind, zunächst die Anträge zur Ernährungsfrage: 82, 83, 106, 107, 115, 126, 188 Abs. 1, 139, 140, 167, 181, 189, 311, 328 und 331.

Sozialisierungsfragen werden behandelt in den Anträgen 125, 133, 135, 137, 146, 150, 152, 153, 172, 179, 187, 252, 260, 282, 292, 313. Ferner liegen eine Anzahl Anträge zu Spezialfragen der Sozialisierung vor: Antrag 182, der eine Sozialisierung der Apotheken verlangt, 195, der die Sozialisierung des Fischfangs betrifft, 312, der die Sozialisierung der Eisenbahnlokomotivfabriken und Glasbläsereien verlangt, 329 über die Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke.

Da sich kein Widerspruch erhebt, gelten diese Anträge gemeinsam als unterstützt. Ich werde gebeten, darauf aufmerksam zu machen, daß eine Reihe von Anträgen, die als Anträge des Ortsvereins Hoidbüttel laufen, von der Arbeitsgemeinschaft des Kreises Stormarn gestellt sind.

Es folgen eine Anzahl Anträge, die die parlamentarische Technik betreffen. Von diesen finden genügend Unterstützung der Antrag 76, der die Zusammenstellung der Fraktionsbeschlüsse verlangt, 116, der die Teilnahme der Abgeordneten an den wichtigen Abstimmungen fordert, 131, der eine bessere Vertretung der wirtschaftlichen Wünsche der Genossen bei den Behörden verlangt, 177, 178, 299, 300, die sich mit der Frage der Doppelmandate befaßen und 298, der sich mit der Entschädigung der noch in Arbeit stehenden Parlamentarier beschäftigt.

Nicht genügend unterstützt werden die Anträge 176, der sich gegen die Akademiker als Kandidaten und gegen die Wissenschaft im allgemeinen wendet, 120, der mißbilligt, daß die acht Vereinbarungsunkte nach dem Rapp-Rußsch

nicht so ausgeführt worden sind, und 123, der haben will, daß bei wichtigen Fragen die Fraktionen und die Abgeordneten vorher die Bezirksverbände befragen.

Die unterstützten Anträge stehen mit zur Debatte.

Der Parteitag tritt in die Beratung des Fraktionsberichts ein.

Stowig: Zur Tätigkeit der Fraktion ist vor allem zu sagen, daß die einzelnen Abgeordneten ihre Tätigkeit etwas ernster nehmen sollten. Wenn man in Berlin in den Reichstag oder das Abgeordnetenhaus kommt, muß man immer staunen über die gähnende Leere. (Hört! hört!) Da sollte der Parteivorstand eingreifen, denn unsere Genossen draußen können das nicht verstehen. (Sehr richtig!) Wer nicht genug Zeit hat, soll sich nicht erst als Kandidat aufstellen lassen. (Sehr richtig!)

Bei der gegenwärtigen Finanzmisere müssen natürlich neue Steuerquellen erschlossen werden. Aber man hätte nicht den Lohnabzug einführen sollen, ehe das Reichsnotopfer erhoben ist. (Sehr richtig!) Auch sollte man nicht gleich 10 Proz. abziehen, 5 Proz. hätten zunächst auch genügt, und der Abzug müßte frühestens bei 5- bis 6000 Mark Einkommen beginnen. Uebrigens brauchen auch die Gemeinden Geld, man darf nicht alles nur dem Reiche geben.

Ueber die Tätigkeit der Fraktionen — auch in den Kommissionsitzungen — muß besser Bericht erstattet werden. Das würde uns viel gutes Agitationsmaterial schaffen, besonders, wenn der Bericht unmittelbar nach den Sitzungen herausgegeben wird.

Es ist traurig, daß den Rappbrüdern bisher auch nicht ein Härchen gekrümmt worden ist. Gegen Arbeiter würde man ganz anders vorgehen. (Sehr richtig!) Die lächerlich geringen Geldstrafen für Wucherer und Schieber sind geradezu eine Belohnung. Da muß unsere Reichstagsfraktion eingreifen. Dasselbe trifft auf die Reichswehr zu, die ganz und gar monarchisch ist. Dem Ernährungsminister Hermes muß sobald wie möglich ein Mißtrauensvotum ausgesprochen werden, denn es ist ein Skandal, wie dem Volke die Lebensmittel verteuert werden. (Sehr richtig!) Auf der einen Seite bieten die Schnapsbrenner 80 Mk. für den Zentner Kartoffeln, auf der anderen Seite wird es im Januar wieder so kommen, daß das arbeitende Volk nicht genug Kartoffeln zum Essen hat.

Große: Die große Zahl der Anträge zu diesem Punkt der Tagesordnung beweist die rege Anteilnahme der Genossen an dem neuen Deutschland. Die Parteigenossen haben es übel bemerkt, daß die Anteilnahme der Reichstagsabgeordneten nicht derart war, wie man erwartet hatte. Auch in unserem Bezirk besteht ein großer Unwille darüber, daß die Militärgerichtsbarkeit durch das Fehlen der Fraktionsgenossen im Reichstag seinerzeit nicht sofort fiel. Andererseits muß man aber anerkennen, daß große Anforderungen an die Arbeitskraft der Parteigenossen in der Nationalversammlung und im Reichstag gestellt wurden. Besonders hoch muß man die bei der Verabschiedung der Verfassung geleistete Arbeit einschätzen. Namentlich in der Schulfrage hatte die Fraktion einen schweren Stand gegenüber den bürgerlichen Parteien. Wir haben den Tag mit Freude gefeiert, als die deutsche Verfassung in Kraft trat. Denn manchen Parteigenossen hat die Besorgnis befallen, daß unter dem ungeheuren Terror, der damals in Deutschland herrschte, unsere Verfassung das Schicksal der 1848er teilen könnte. Um so größer war die Freude, als das Werk gelungen war, zumal die Verfassung als eine der freiesten der Welt gelten kann. Wenn auch die Verfassung in ihrem formellen Recht den bundesstaatlichen Charakter behalten hat, so trägt sie im materiellen Recht den Einheitsstaat in sich.

Auch die Leistungen der Parteigenossen auf dem Gebiete des öffentlichen Rechtes verdienen Anerkennung. Wir erwarten allerdings, daß insbesondere das soziale Recht entsprechend den augenblicklichen wirtschaftlichen Zuständen fortentwickelt wird. Insbesondere mögen die Genossen im Reichstag Veranlassung nehmen, die Reichsversicherungsordnung wenigstens in bezug auf die Rentenberechnung für Unfallverletzte zu ändern. Wenn heute jemand verunglückt und einen Jahresverdienst von 9000 M. hat, so wird nur ein Drittel des 1800 M. übersteigenden Reizes in Anrechnung gebracht, so daß der anrechnungsfähige Jahresverdienst nur 4400 M. beträgt. Zwei Drittel davon bilden die volle Rente, so daß ein böllig Erwerbsunfähiger in diesem Falle nur 2932 M. Rente erhält. Das ist ein Verbrechen gegen denjenigen, der seine Arbeitskraft im Dienste des Volkes eingebüßt hat.

Der Antrag Nr. 160, der von den Invaliden unseres Bezirks eingebracht ist, ist aus der ungeheuren Not der Arbeiterinvaliden geboren. Er befaßt sich allerdings mit einer ganzen Reihe von Rechtsmaterien, die nur der Reichstagsfraktion zur Berücksichtigung überwiesen werden können. Ich kann deshalb den Antrag nicht zur Annahme empfehlen, sondern bitte, ihm die nötige Berücksichtigung zuteil werden zu lassen.

Auch die Zusammenfassung und Bearbeitung des Arbeiterrechts ist eine Aufgabe der Reichsgesetzgebung. Namentlich ist die Neuordnung des Lehrlingswesens in der Gewerbeordnung eine absolute Notwendigkeit. Auch dem bürgerlichen Recht muß die Fraktion ihr Augenmerk zuwenden. Im zivilen Recht sind verschiedene Härten vorhanden, die bei der heutigen Leuerung ungeheure Wirkungen auf das Familienleben haben. Auch das Strafrecht muß infolge der Neuordnung der Verhältnisse in Deutschland neu aufgebaut werden. In unserer Rechtspflege ist bisher noch nichts davon zu merken, daß wir uns in der Fortentwicklung einer Revolution befinden. Gerade auf diesem Gebiete ist aber eine Fortentwicklung am meisten nötig. (Bravo!)

Hiesiger: Den Ausführungen des Vorredners über den Rentenbezug schließe ich mich an. Wir haben einen entsprechenden Antrag gestellt. In den Landgemeinden sind die Verhältnisse in bezug auf das Rentenverfahren noch schlechter als in den Großstädten. In dieser Beziehung muß unbedingt etwas geschehen, wenn die Landbevölkerung nicht verelenden soll.

Bedauerlich ist es, daß der Parteitag den Antrag, der Fraktion für ihr Verhalten nach dem Rapp-Butsch die Mißbilligung auszusprechen, nicht unterstützt hat. Wer in den kritischen Tagen unter einer empörenden Arbeitererschaft, die allein 500 Gewehre in der Hand hatte, in der Nähe der Großstadt Hamburg gestanden hat, der weiß, daß unsere Genossen nur in die Betriebe hineingegangen sind, weil sie den bekannten acht Punkten vertraut haben. Heute erleben wir, daß von diesen acht Punkten, die eine neue Epoche in der Arbeiterbewegung bedeuten sollten, nicht mehr die Rede ist. Wir müssen uns hüten, daß sich die Verhältnisse über unsere Köpfe hinweg entwickeln. Wir kommt es oft vor, als gingen wir über einen tiefen Abgrund auf einer schmalen Brücke hinweg. Es bedarf aller Organisationsarbeit, um die Massen in der Partei zusammenzuhalten. In einem Kreise wie Stormarn, der seit Jahrzehnten eine Hochburg der Sozialdemokratie gewesen ist, gärt es gerade unter den ältesten und überzeugtesten Genossen. Wenn die Dinge so weitergehen und nicht rücksichtslos von der Macht Gebrauch gemacht wird, die durch die parlamentarische Maschinerie in unseren Händen ist, wird unsere Partei auf dem Lande keinen Boden mehr fassen. Es liegt die Gefahr vor, daß die Gesetze zum Spielball werden. Es ist leicht, in revolutionären Zeiten Gesetze zu schaffen, aber diese Gesetze zur Durchführung zu bringen, ist außerordentlich schwer. (Sehr richtig!)

Wenn wir die Durchführung der Gesetze durch die Macht der Organisation erzwingen wollen, so stehen dem Regierungsbestimmungen entgegen. Wenden wir uns an die Fraktion des Preussischen Landtages, so erhalten wir kaum eine Antwort auf unsere Beschwerden. Wir müssen verlangen, daß die Fraktion und die Masse draußen Hand in Hand miteinander arbeiten. Es besteht die ungeheure Gefahr, daß die Parlamente sich verelbständigen und von der Parteimasse loslösen, daß die Masse der Diktatur der Berufspolitiker ausgeliefert wird. Demokratie bedeutet für den Sozialdemokraten möglichste Durchsetzung der Selbstverwaltung. Wir finden aber, daß wir an allen Orten nichts zu sagen haben und überall mit alten Gesetzen von den alten Beamten erschlagen werden. Ich stehe auf dem Standpunkt, der dem Abstimmungsergebnis unserer Parteigenossen aus 40 Ortsgruppen entspricht: Wenn die Dinge so weitergehen, haben wir kein Vertrauen mehr zur Fraktion der Sozialdemokratischen Partei. Uns droht die Gefahr des Hungers. Der ist mit den heutigen Gesetzen nicht zu bannen. Das Landwirtschaftsgesetz, das überall dort, wo unwirtschaftlich gearbeitet wird, eingreifen soll, ist ein papiernes Gesetz geworden, weil landwirtschaftliche Sachverständige darüber bestimmen, ob ein Betrieb wirtschaftlich ist oder nicht. Die große Gefahr besteht darin, daß wir zwar ein wunderbares Dach gebildet haben, daß wir arbeitsfähige Spitzen geschaffen haben, aber nirgends in den unteren Verwaltungen die Organisationen haben, die im Sinne der Partei arbeiten. Wir haben versucht, das durch Bildung von Arbeitsgemeinschaften auszugleichen, die die Kreisarbeit in die Hand nehmen. Die ungeheure Waffe, die in der Hand der Kreisräuschle liegt, muß endlich einmal für unsere Zwecke ausgenutzt werden. Seit langer Zeit rufen wir nach einer neuen Verwaltung und dem neuen Kreiswahlgesetz auf Grund des Reichstagswahlrechts. Aber noch immer bringt uns die alte Kreisgeometrie um unsere wohlbekanntesten Rechte. Es besteht die Gefahr, daß unsere Kerben in diesem Winter zusammenbrechen. Von der Kartoffelernte, die als eine Mitleernte betrachtet wird, kommt nur wenig in die Städte. Solange die Höchstpreise bestanden, konnten wir den Kampf durchführen; jetzt aber, wo die Höchstpreise abgeschafft sind, haben wir keine Macht mehr in den Organisationen auf dem Lande, den Städten zu helfen.

Der Unterschied zwischen dem Teil, den ich hier vertrete, und der Stimmung, die heute hier zum Ausdruck gekommen ist, ist der, den Robespierre in der Französischen Revolution schon ausdrückte: „Ihr wollt die Freiheit ohne die Gleichheit; wir aber sagen Euch, daß es eine Freiheit ohne die wirtschaftliche Sicherstellung nicht gibt, daß jede Freiheit ohne Gleichheit zur Anechtung führen muß.“ Darum sagen wir, wir brauchen eine Organisation, um unsere Macht zusammenzufassen und diese Macht rücksichtslos im Interesse der Arbeiterschaft zu gebrauchen.

Sollmann: Ein Antrag Dresden-Land fordert uns auf, so lange die Verwendung unentbehrlicher Nahrungsmittel für Brenn- und Brauzwecke nicht freizugeben, wie wir Mangel an diesen wichtigen Nahrungsmitteln haben. Obwohl ich Abstinenz bin, habe ich durchaus Verständnis dafür, daß die Mehrheit unseres Volkes nicht gern von liebgewordenen Genüssen sich trennt. Aber der Parteitag muß der Meinung Ausdruck geben, daß wir, so lange wir der Welt zurufen, daß unser Volk am Verhungern ist, nicht große Mengen von Kartoffeln, Gerste, Zucker usw. für geistige Getränke verwenden dürfen. Ich bedauere deshalb, daß unsere Vertreter im Volkswirtschaftlichen Ausschuss der Erhöhung des Braukontingents zugestimmt haben.

Den Antrag Nr. 154, der sich für eine Erweiterung des Jugendschutzes ausdrückt, empfehle ich zur Annahme. Wir brauchen ein einseitiges Jugend-

recht. Namentlich im Lehrlingsrecht sind noch viele reaktionäre Bestimmungen, die schleunigst beseitigt werden müssen. Die proletarische Jugend gehört zu den Schichten der Arbeiterklasse, die bisher in der sozialen Gesetzgebung nach der Revolution stark vernachlässigt worden sind.

Der Parteitag hat an mehreren Stellen den Genossen Wiesler nicht gut behandelt, indem er über seine Ausführungen lachte. Das war unrecht. Wer den Genossen Wiesler in Weimar gehört hat, mußte sich sagen, daß er sich schon sehr zu seinem Vorteil gewandelt hat. Wir wollen hoffen, daß er auf künftigen Parteitagen sich noch mehr zum Guten bekehrt. (Bravo und Heiterkeit.)

Genosse Wiesler übte Kritik an der Durchführung der acht Punkte und sagte, wir hätten rücksichtslos von unserer Macht Gebrauch machen sollen. Er hätte hinzufügen sollen, daß unsere Macht noch durch den Ausfall der Reichstagswahl geschwächt worden ist, und ich fürchte, daß an dem Ausfall der Wahlen nicht nur Rechts- und Linkspolitiker schuld sind, sondern auch manche Parteigenossen, die die Agitation in den letzten Jahren nicht in richtiger Form geführt haben. (Sehr richtig!) Gewiß ist Kritik notwendig und fruchtbar, aber sie muß von der nötigen Kenntnis über unsere Tätigkeit ausgehen. Daran wird es aber mangeln, solange die Berichterstattung über das Parlament so miserabel ist wie bisher. Die Parteigenossen im Lande wissen nichts von den Leistungen der Fraktion in der Nationalversammlung und im Reichstag. Bei den kommenden Wahlen müssen wir die Wählermassen viel besser über die Tätigkeit unserer Fraktionsgenossen unterrichten können, als es vor den Reichstagswahlen der Fall war.

Wir müssen ferner bei unserer Kritik über die Tätigkeit des Parlaments unbedingt den Mut zur Wahrheit haben. Diesen Mut haben manche von uns in der Agitation nicht. (Sehr richtig!) Wir müssen uns vor allen Dingen davor hüten, Forderungen zu erheben, von denen wir genau wissen, daß sie in absehbarer Zeit nicht verwirklicht werden können. (Lebhafte Zustimmung.) Das Beispiel der Crispian und Dittmann sollten wir uns täglich warnend vor Augen halten. Wer in revolutionären Zeiten den Massen Versprechungen macht und sie in absehbarer Zeit nicht erfüllen kann, verliert das Vertrauen der Massen.

Gewiß haben die Parteigenossen das Recht, an der Parlamentsfraktion Kritik zu üben; aber wir Abgeordnete sollten auch das Recht haben, Kritik an den Wählern und an den Parteiorganisationen, die die Wahl vorbereiten, zu üben. Gerade die Wähler sollten nach meiner persönlichen Auffassung viel vorsichtiger bei der Auswahl der Kandidaten sein als bisher, nicht nur hinsichtlich des Fleißes, sondern vor allen Dingen hinsichtlich ihrer Fähigkeiten. Bei der letzten Reichstagswahl ist mancher um der lieben Kirchturnspolizei willen auf der Wahlstatt geblieben, der im Parlament wertvolle Arbeit hätte leisten können. In dieser Beziehung sollten wir den Mut haben, auch unseren Wählern die Wahrheit zu sagen. Wie bedauerlich ist es, daß wir in der Reichstagsfraktion nicht einen einzigen praktischen Landwirt, nicht einen einzigen praktischen Kenner des Handels und der Industrie haben. Eine Parteifraktion, die nur aus Parteisekretären und Redakteuren besteht, mag gut gewesen sein in einer Zeit, in der die Partei im wesentlichen eine Agitationsmaschine war. In einer Zeit, in der wir eine wichtige sozialistische und organisatorische Aufbauarbeit zu leisten haben, muß die Fraktion auch dementsprechend zusammengesetzt sein. Unsere verantwortlichen Genossen im Lande müssen jebiol Selbstverleugnung und Selbstzucht aufbringen, um diesen Gedanken zu begreifen. Wir brauchen im Parlament Männer mit praktischer Erfahrung, vor allem mit Kenntnis des Wirtschaftslebens, die in der schwierigen Kommissionsarbeit ihren Mann stellen können.

Dann wünschte ich, daß die Redner und Schreiber unserer Partei unseren Vertrauensleuten in verantwortlichen Regierungsstellen ihre Arbeit nicht so sehr ersparen wie bisher, sondern den Mut haben, die Arbeit dieser Genossen auch dann zu decken, wenn sie ihnen nicht immer angenehm ist. (Sehr gut!) Wir dürfen unter keinen Umständen zulassen, daß Genossen, die unter Einsetzung ihres Lebens auf schwierigem Posten ausgeharrt haben, von jedem unwillkürlichen und blöden Schandmaul durch die Gasse gezogen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen bedenken, daß unsere Vertrauensleute unter ganz schwierigen Verhältnissen arbeiten müssen. Wir müssen auch das anerkennen, was von unseren Vertrauensleuten geleistet worden ist. Wenn wir so arbeiten, dann werden sowohl die Abgeordneten wie die Massen im Lande in jedem kommenden Wahlkampfe in Ehren bestehen können. (Lebhafte Beifall.)

Schöpfli: Die Entwicklung der Reichswehr und eine ganze Reihe von Erscheinungen, die sich aus der Reichswehr heraus entwickelt haben, lösen mit Recht in den Reihen der Arbeiterklasse scharfe Kritik und berechtigter Erbitterung aus. Wiederholt wird in Arbeiterkreisen an der Fraktion der Nationalversammlung scharfe Kritik deshalb geübt, weil sie der Bildung der Reichswehr zugestimmt hat. Schon in Weimar ist von Noske und anderen darauf hingewiesen worden, daß wir uns damals in einer Zwangslage befanden und daß wir uns durchaus der Gefahr bewußt waren, daß aus der Reichswehr heraus eine Prätorianergarde erwachsen könnte. Jeder Kenner der Dinge wird zugeben, daß die heutige Reichswehr auf dem allerbesten Wege dazu ist. (Sehr wahr!) Wir müssen diese Entwicklung aufmerksam verfolgen. Die Reichswehr, die Organisation Orgeß, ist gewissermaßen der Hammer, mit dem die deutsche Demokratie und Freiheit zertrümmert werden soll. Der Genosse Silbendrand hat in seinem Bericht schon darauf hingewiesen, wie diese Entwicklung möglich war. Die Masse der deutschen Arbeiter war sich nach dem Zusammenbruch nicht immer bewußt, daß sie die legitimierten Vertreter und Verteidiger der Deutschen Republik sind. (Lebhafte Zustimmung.) Unter dem Zwange der Verhältnisse haben wir damals in die Bildung der Reichswehr einwilligen müssen. Die weitere Entwicklung bis zu jener Episode, wo selbst Unabhängige nach Reichswehrbataillonen rufen mußten, haben uns in eine Lage gebracht, die zeigte, daß die Reichswehr leider notwendig war. Da ist es nicht zu verwundern, wenn der Reichswehr der Stamm geschwollen ist. Ich bin mir bewußt, daß die Gefahr, die heute in der Reichswehr liegt, zum großen Teil abgewendet werden kann, wenn die deutschen Arbeiter einsehen, daß sie die berufenen Verteidiger der Errungenschaften des 9. November sind. (Sehr richtig!) Die Reichswehrführer haben im Kapp-Putsch gesehen, daß ihnen sehr wohl Kräfte entgegengestellt werden können, denen gegenüber die Reichswehr ohnmächtig ist. Es ist weit nützlicher, wenn wir das in den Versammlungen sagen, als wenn wir immer bloß auf die Reichswehr schimpfen. (Sehr richtig!) Wir erzielen mit dieser Schimpferei nicht allzu viel. Die traurige Tatsache, daß es uns nicht gelungen ist, auch nur eine einzige republikanische Formation zu bilden, mit der man wirklich etwas anfangen konnte, hat mit zur Bildung der Reichswehr beigetragen. Ich gebe zu, daß das unter den gegebenen Verhältnissen sehr schwer war; das Prinzip soll auch nicht als undurchführbar bezeichnet werden. Aber wenn uns die Bildung einer republikanischen Formation möglich gewesen wäre, dann hätten wir auf die Reichswehr nicht zurückgreifen brauchen. Ich bitte Sie, das brauchen mit aller Schärfe zu sagen. Wer hinter die Kulissen sieht, weiß, wie systematisch daran gearbeitet wird, die Reichswehr zu einem Schwert in der Hand der Reaktion zu machen. Wenn man das sagt, kann man an zwei Männern, nämlich Geßler und v. Seeck, nicht vorbeigehen. Viele von denen, die einst an Gustav Noske so bittere Kritik

geübt haben, haben inzwischen eingesehen, daß es auch Reichswehrminister geben kann, die erheblich weniger leisten als Koske nach Auffassung mancher Kritiker geleistet hat. Herr Dr. Gehler ist heute von dem General v. Seekt, dem Chef der Heeresleitung, voll und ganz abhängig. General v. Seekt weiß ganz genau, was er will, und er arbeitet mit Zähigkeit auf dieses Ziel hin. Es ist einfach toll, welche geradezu klägliche Rolle Herr Dr. Gehler Herrn von Seekt gegenüber spielt. Herr Dr. Gehler ist in sein Amt hereingekommen, ohne sich jemals mit militärischen Dingen ernstlich befaßt zu haben. Er ist gewiß ein vorzüglicher Verwaltungsbeamter und ein allezeit liebenswürdiger Mann, der immer bereit ist, einem eine Gefälligkeit zu erweisen. Aber mit seiner Verbindlichkeit kommt er bei den Offizieren nicht durch. Speziell die Offiziere des alten preussischen Schlages wollen neben guten Manieren auch eine feste Hand sehen. Im Reichswehrministerium gibt es nicht einen Offizier, der zu Herrn Dr. Gehler als Chef besonderen Respekt hätte. Da kann man sich vorstellen, wie die Dinge liegen, namentlich, wenn Herr Dr. Gehler bald am Neckar, bald am Rhein, bald am Nordseestrand, bald wo anders ist und schöne demokratische Reden hält. Max braucht nur daran zu erinnern, wie der kommende Etat aufgestellt ist. Es ist unbegreiflich, wie der Chef einer so wichtigen Verwaltung, der demokratischer Abgeordneter ist, einem solchen Etat zustimmen konnte. Wir haben schon im Reichstag darüber gesprochen und in nächster Zeit kommt mehr. Für das Hunderttausendmannheer fordert die Heeresverwaltung 45 500 Pferde an, also für jeden zweiten Mann ein Pferd; und so geht es weiter. (Hört! Hört!) Das ist nur möglich, weil Herr Dr. Gehler mit den Dingen durchaus nicht vertraut ist. Mit diesen Dingen werden wir uns befaßen müssen. Ich bitte Sie, draußen in der Agitation auch darauf zu sprechen zu kommen und den Arbeiter zu sagen, daß sie gegebenenfalls bereit sein müssen, die Schärfe des militärischen Schwertes, das doch einmal gezückt werden könnte, durch die Mittel stumpf zu machen, deren Anwendung im geeigneten Moment unsere Pflicht ist. (Lebhafter Beifall.)

Bernstein: Dem Genossen Strowig, der an der Reichstagsfraktion Kritik geübt hat, weil Besucher des Parlaments oft die Fraktion außerordentlich schwach im Sitzungsjaal vertreten finden, möchte ich erwidern, daß das gewiß unter Umständen bedauerlich ist, daß aber die Hauptarbeit des Parlaments in den Ausschüssen geleistet wird.

Die eindrucksvollen Worte des Genossen Schöppflin über die Zustände in der Reichswehr berühren ein Kapitel, das auch für andere Zweige unseres staatlichen Lebens bedeutungsvoll ist. Herr Dr. Gehler ist gewiß vom besten Willen befeelt, ist aber tatsächlich seiner Stellung nicht gewachsen. Die Fachleute in seinem Amt sind ihm über den Kopf gewachsen und zwingen ihm das auf, was sie wollen. Ähnliche Zustände herrschen bei anderen Aemtern.

Der Antrag 162 erjudt die Reichstagsfraktion, darauf zu dringen, daß bei der Neubesezung unserer ausländischen Vertretungen keine Personen gewählt werden, die auch nur den geringsten Verdacht erwecken könnten, daß sie nicht vorbehaltlos auf republikanischem Boden stehen. Ich kann Ihnen diesen Antrag nur dringend empfehlen, aber es ist nicht zu erwarten, daß er eine unmittelbare Wirkung haben wird. Unsere Vertretung im Auslande läßt noch außerordentlich viel zu wünschen übrig. Aber vor allen Dingen muß mit größter Schärfe betont werden, daß bei unserer Vertretung im Auslande nun auch die Grundsätze zur Anwendung kommen, die der Republik ziemen. Die finanzielle Lage Deutschlands spricht für eine stärkere republikanische Einfachheit. Die Demokratisierung des diplomatischen Dienstes ist ja erst in ihren Anfängen. Aber schon heute könnte meiner Meinung nach eine viel größere Einfachheit eintreten. Wir senden heute Gesandte mit einem kostspieligen

Apparat in Länder, in denen man ganz gut nach meiner Auffassung mit einem Generalkonjunkt auskommen könnte. (Sehr richtig!)

Unsere deutschen Spiegbürger, die natürlich für alles, was verbrochen worden ist, Sündenböcke brauchen, haben während des Krieges immerfort über unsere Diplomatie geschimpft. Ich habe schon während des Krieges darauf aufmerksam gemacht, daß unsere Diplomaten im Ausland sehr verschiedener Qualität sind. Wir wissen heute, daß die Herren zum Teil sehr sachkundige Berichte nach Berlin geschickt haben, die nur nicht berücksichtigt worden sind. Die großen verantwortungsvollen Fehler werden ja immer im Zentrum gemacht. Gerade von unseren führenden Militärs sind auf politischem Gebiete große Fehler gemacht worden. Der deutsche Spiegbürger schimpft aber immer auf die Diplomatie.

Mit Bezug auf die Tätigkeit der Fraktion sind ja nun eine ganze Reihe von Anträgen eingegangen. Zu ihrer Durchführung ist eine entsprechende Führung der Fraktion notwendig. Die ganze Taktik im Reichstag ist davon abhängig, wie die Parteipolitik geführt werden soll. Heute vormittag haben wir einen Antrag angenommen, den ich sehr hoch einschätze, über die Forderungen, von denen wir bei einer künftigen Regierungsbildung unsere Mitwirkung in einer Koalition abhängig machen müssen. Wenn die Republik nicht auf lange Zeit in Anarchie und in Zerfegung zerfallen soll, so werden wir nach meiner Ansicht bei der Zusammensetzung der deutschen Bevölkerung, bei der wirtschaftlichen Verfassung und der sozialen Gliederung Deutschlands noch lange Koalitionsregierungen haben müssen. Und da ist es ganz gut, wenn wir uns sagen, welche Koalitionen für uns denkbar sind. Ja, sogar wenn wir die absolute Mehrheit hätten, würde ich die Heranziehung bürgerlicher Elemente für notwendig halten. (Sehr gut!) Wer das Wirtschaftsleben kennt, der weiß, daß wir bei der Sozialisierung nur schrittweise vorwärtsgehen können und einen großen Teil der Privatwirtschaft überlassen müssen, der weiß auch, daß wir der Mitwirkung bestimmter bürgerlicher Klassen bedürfen, um die Geschäfte der Republik zu führen, wenn nur die Partei führend ist und den leitenden Geist angibt. (Bravo!) Dann muß aber auch unsere Sprache danach sein. Ich werde doch nicht mit dem, von dem ich weiß, daß ich mit ihm über kurz oder lang zusammenarbeiten muß, ob er nun links oder rechts steht, eine solche Sprache führen, daß es mir eines Tages unmöglich wird, anständigerweise mit ihm zusammenzugehen! (Sehr gut!)

Großen Wert lege ich darauf, daß die erste Bedingung für ein Zusammengehen mit anderen Parteien eine pazifistische Politik ist. (Sehr richtig!) Es genügt aber nicht, zu sagen: Wir wollen keinen Krieg! Das sagen heute alle, und man kann antworten: Natürlich, der Knüttel liegt ja beim Hunde. Nein, dazu gehört eine pazifistische Erziehung des Volkes. Und was wird da noch alles vernachlässigt und gesündigt, auch in den Regierungsämtern und offiziellen Organen. Erst in diesen Tagen haben wir in einer Depeche des Wolffschen Bureaus — das ja überhaupt eine wahre Tragödie für die Republik ist (Sehr richtig!) — anlässlich des Diebstahls beim Admiral Scheer die Hinzufügung gelesen „Der Sieger von Stagerat“. Als diese Seejagd beim Stagerat stattfand, belamen wir sofort ein Telegramm: Ein Sieg erfochten, nicht ein einziges deutsches Schiff dabei verloren! Dann wurden die Trümmer an die norwegische und dänische Küste angeschwemmt, und als die Sache in Berlin auf der Pressekonferenz zur Sprache kam, sagte ein Vertreter des Oberkommandos oder auch der Marine: „Wir lassen uns das Recht auf Lüge nicht nehmen.“ (Hört! Hört!) Wie stark unser Volk im Kriege belagen worden ist, das sind ja bekannte Tatsachen. In einem Buch über „Ludendorff als Feldherr“, von einem Soldaten, dessen Verfasser von anderen Auffassungen

ausgeht als wir, wird auch die Tatsache berührt, daß sich Ludendorff darüber aufgehalten hat, daß er im Oktober 1914 die Berliner Bevölkerung guter Dinge im Genießen fand, trotz der schlimmen Kriegslage; und daran wird vom Verfasser die treffende Bemerkung gefnüpft: Wie kann er sich beschweren? Die Zivilbevölkerung richtet ihr Urteil nicht ein nach der wirklichen Lage, sondern nach der ihr vorgetragenen Lüge! So wuchert die Lüge heute noch, und durch sie wird weiter fortgepflanzt im Volke eine ganz falsche Auffassung über die auswärtige Politik!

In einem Antrag wird u. a. die wirtschaftliche Anlehnung an Rußland verlangt. Ich als internationaler Sozialist trete natürlich für den freien Verkehr zwischen den Nationen ein und fördere also auch alles, was auf ein gutes Verhältnis mit Rußland hinwirkt, aber auch mit allen anderen Ländern. Unsere Stellung ist jedoch auch abhängig von der heutigen russischen Politik, die ja nichts anderes ausgerichtet hat als Unheil. (Sehr richtig!) Was kann denn die russische regierende Partei als Fazit ihrer Tätigkeit angeben? Sie sucht die Arbeiterklasse aller Länder zu spalten durch die Anwendung einer unerhörten Korruption, gegen die das, was der russische Zarisismus in dieser Hinsicht getan, der reine Waisenknecht war. (Sehr richtig!) Wir wollen eine wirtschaftliche Anbahnung mit allen Nationen, nicht mit einer einzigen. (Stürmischer Beifall.)

Loeb: Wir haben heute morgen gehört von der Steuergesetzgebung. Der elementarste Fehler dabei ist der, daß der größte Teil des deutschen Volkes diese Gesetzgebung nicht kennt, daß er keine Ahnung davon hat, welche ungeheure Umänderung diese Gesetzgebung gebracht hat. Und wenn nun nach und nach die Mängel der Gesetzgebung sichtbar werden, so ist es die Aufgabe unserer Fraktion, diesen Mängeln abzuwehren. Zwei große Momente haben wir im Laufe der letzten Woche gesehen: Auf der einen Seite die Vertreter des Kapitalismus zusammen auf der Finanzkonferenz in Brüssel, auf der anderen die erste Zusammenfassung der Betriebsräte Deutschlands auf ihrem Kongress in Berlin. Wir haben das traurige Schauspiel erlebt, daß der internationale Kapitalismus sich im Grundprinzip, der Ablehnung des Sozialismus, einig war, die Betriebsräte aber hingekommen sind, um sich in nichtswürdigen Geschäftsordnungsdebatten die Köpfe einzuschlagen, so daß ein Unternehmungsorgan sagen konnte, so lange derartige Debatten den Hauptpunkt bilden, können wir uns ruhig schlafen legen. (Hört! Hört!) Auf der Finanzkonferenz in Brüssel wurde jede Sozialisierung abgelehnt als nicht nötig für den Wiederaufbau, ja, sie ist zu dem Schlussergebnis gekommen, sofern diese Betriebe bereits nationalisiert sind, sollen sie in die Privatwirtschaft zurückgeführt werden. Die Franzosen haben als Vorbehalt zugunsten der Wiedergutmachung durch Deutschland sogar durchgesetzt, daß unsere Aus- und Einfuhrkontrolle, das letzte Mittel, um unsere Volksernährungswirtschaft zu kontrollieren, unterbleiben muß. Das sind derartig elementare Verlangen, daß wir dazu Stellung nehmen müssen. Der einzige Lichtblick ist der, daß man sich klar darüber wurde, daß 20 Proz. aller Ausgaben in allen Ländern durch die Rüstungen in Anspruch genommen werden, und daß da in erster Linie abgebaut werden muß.

Selbst aus unseren Reihen erleben wir Angriffe gegen den Steuerabzug. Unsere englischen Genossen haben jahrelang darum gekämpft, diesen Steuerabzug einzuführen, weil sie ihn für das wirtschaftlich beste Mittel halten, um die arbeitenden Klassen die Steuern zahlen zu lassen. Es ist eine schwere Aufgabe für die Fraktion, diesen Abzug durchzuführen, und als wir vor wenigen Tagen lasen, daß der Finanzminister Wirth zurücktreten wollte, um sein Finanzprogramm durchzusetzen, haben wir uns gefreut. Auf der anderen

Seite hat aber dieser Finanzminister gleichzeitig die schärfsten Paragraphen der Reichsabgabenordnung ermächtigt, und die Auskunftspflicht der Juweliere und Banken auf ein Minimum herabgedrückt. Sie dürfen nur in dem jeweils in Betracht kommenden Steuerfall herangezogen werden, nicht aber, wenn man erkennt, daß Steuern hinterzogen worden sind. So kann man keine Steuern einziehen. (Sehr richtig!) Wir Frankfurter haben daher in einem Antrag eine 20prozentige Vermögensabgabe verlangt. Weiter ist die Umwandlung sämtlicher Aktienpapiere in Namensaktien nötig, damit wir eine Kontrolle bekommen, wie ungeheure Gewinne dem Staat verborgen werden. Ein kleines Berliner Bankhaus hat kürzlich große Mengen Aktien eines Stahlwerks aufgekauft und plötzlich stellte sich heraus, daß Stinnes der Käufer war. Nun werden eines Tages gewaltige Mengen Aktien auf den Markt kommen, und zwar so, daß der Kurs bis zum 31. Dezember, der für die Einschätzung in Betracht kommt, möglichst tief sinkt, und Herr Stinnes kann ein sehr viel niedrigeres Vermögen einschätzen.

Ich kann Ihnen Hunderte von Fällen anführen, wo Genossen ihre Posten als Betriebsrat hingeworfen haben, weil die Unannehmlichkeiten seitens ihrer Kollegen zu groß waren. Wie wollen Sie aber die politische Macht erobern, wenn Sie nicht einmal die wirtschaftliche Macht beherrschen? Wir dürfen nicht den Genossen, die heute auf Profuristen oder Werkmeister hören, den Sozialismus absprechen. Wir müssen uns vielmehr freuen darüber, und diese Vorposten auf dem Wege zum Sozialismus unterstützen, wenn wir endlich einmal die Wurzel unseres gefährlichen Gegners, des Kapitalismus, fennlernen wollen. Es gilt nicht, dem Kapitalismus den Kopf abzuschlagen, sondern die Axt an seine Wurzel zu legen. Artikel 158 der Reichsverfassung verlangt ein Aufwandssteuergesetz. Wenn ein Mann, der in Chaise oder Auto fährt, nachsteuern kann, daß er kein Einkommen besitzt, so müssen wir ihn dennoch durch ein Aufwandssteuergesetz heranziehen können. (Sehr richtig!) Jeder Gemeindevertreter, jedes Betriebsratsmitglied muß die Steuergesetze durcharbeiten. Das ist ein Mittel, um endlich auch einmal in wirtschaftlicher Hinsicht vorwärts zu kommen. Dazu sollte der Parteivorstand sachverständige Praktiker zur Verfügung stellen, die dann ins Land hinauskommen und uns lehren, wie die Gesetze anzuwenden sind. Ihnen allen wird z. B. sehr unklar sein, wie man die Steuern eines Landwirts feststellt? Daß dabei die ungeheuersten Unterschleife vorkommen, wissen Sie alle. (Lebhafter Sehr richtig!) Das werden wir verhindern können, wenn wir in den Steuerauschnüssen der Gemeinden die Majorität haben. Nur mit intensiver Arbeit können wir diesen letzten Endes internationalen Problemen heimkommen. Amerika und England, die beiden einzigen Länder, die einen Goldüberschuß haben, haben uns in Brüssel eine Abjage gegeben, sie wollen den bankrotten europäischen Ländern nicht mehr helfen. Deswegen müssen wir uns auf uns selbst besinnen und sehen, daß wir die nationale Wirtschaft und Finanzpolitik heben von unten heraus mit unseren eigenen Kräften. Dazu gehört ein ungeheures Wissen, daß wir eindringen in das System des Kapitalismus, damit der Sozialismus, wenn ihn eines Tages die Sturmwellen überrennen wollen, festgefügt steht auf dem Bau, den wir vom Kapitalismus erobern konnten. (Lebhafter Beifall.)

Edstein: Bei der Kritik muß man die theoretische Methode des Klassenkampfes benutzen. Der Besitzer der Produktionsmittel entscheidet über die Macht im Staate. Aber man darf nicht vergessen, daß es trotzdem noch Waffen gibt, die mitfelsen können, das zu sichern, was wir erreichen können. Die deutsche Revolution hat den Fehler gemacht, daß sie die Waffen nicht in die Hand der revolutionär Gesinnten gelegt hat. Nicht Bewaffnung der Zivilisten, sondern

ein republikanisches Heer, wie es in Deutschösterreich geschaffen worden ist. Wir aber haben mit angesehen, wie ein republikanischer Truppenteil nach dem andern aufgelöst, ein republikanischer Offizier nach dem andern weggejagt wurde. Das ist der historische Fehler Koskes. Aber Koske war wenigstens ein Charakter, der Reichswehrminister Dr. Gessler aber ist eine Null in den Händen des Generals Seede. Er konnte uns in Breslau auf unsere Frage nicht antworten, er gab uns sogar zu, daß auch er an einen neuen Militärputsch glaube. (Hört! Hört!) Punkt 7 der Gewerkschaftspunkte, der die Umgestaltung der Truppen verlangte, ist nicht verwirklicht worden, auch nicht von unseren Genossen, die damals in der Regierung waren. Man kann einem monarchistischen Offizier nicht die Waffen in die Hand geben, um die Republik zu säubern, auch wenn er noch so loyal ist. Wir können nicht zusehen, wie die Reichswehr im Verein mit der Orgelei die Errungenschaften der Republik abhaut.

Wir wollen uns nicht in die Auseinandersetzungen in Halle einmischen. Wenn aber dort Leute wie Kautsky und Hilferding an die frische Luft gesetzt werden, dann berührt das den gesamten Sozialismus. Die Leute, die mit ihrem Blute für den Sozialismus gezeugt haben, wie Eisner und andere, würden in diesem Augenblicke auch unter dem Bannfluch Lenins stehen. (Sehr richtig!) Das müssen wir den unabhängigen Arbeitern sagen, vielleicht kommt ihnen dann die Einsicht. Der Parteivorstand hat auf ein gut nachbarliches Verhältnis mit den Unabhängigen hingearbeitet, das freut uns und wir hoffen, daß wir wenigstens mit der Rechten in der Unabhängigen Partei weiter diese Beziehungen aufrechterhalten. Mit den Kommunisten wird das allerdings nicht möglich sein. Wenn wir eine konsequente sozialistische Politik weiter betreiben, werden wir weiterhin der Teil der Arbeiterklasse sein, der die Stoßkraft dieser Klasse in sich trägt. (Beifall.)

Tom Pfülf-München: Zur Schulfrage haben wir den Antrag 371 eingebracht. Seit Verabschiedung der Reichsverfassung hat sich im Geiste der deutschen Schule bis heute wenig geändert. (Sehr richtig!) Sie steht nach wie vor im Zeichen der Reaktion. Mit Sehnsucht haben wir das Reichsgesetz erwartet, das uns im Herbst vorgelegt werden wird und welches den § 174 beseitigt, welcher uns die Aenderung des gegenwärtigen Schulsystems verwehrt hat. Wir haben alle Ursache, zu betonen, daß, wenn wir die Weltlichkeit der Schule fordern, darin keine Feindschaft gegen die Religion zu erblicken ist. Wir müssen nur die Vorgänge beobachten, wie sie sich ja in Bayern abgespielt haben, um zu erkennen, wie diese Dinge in der allerschamlosesten Weise politisch ausgeschlachtet worden sind. Wir erwarten vom Reichsschulgesetz, daß es mit absoluter Klarheit eine fortschrittliche Schulpolitik in den einzelnen Ländern bringt. (Sehr richtig!) In einzelnen Ländern haben wir noch schwere Hemmungen von Seiten des Zentrums, denen nur durch ein entsprechendes Reichsschulgesetz abgeholfen werden kann. Durch Artikel 146, 1 der Verfassung ist als Regelschule die Simultanschule festgesetzt. Eine Abstimmung der Eltern darüber, ob Simultanschule oder Bekenntnisschule, muß also nach dem neuen Reichsschulgesetz von vornherein ausgeschlossen sein. (Sehr gut!) Wenn wir unter dem Druck der politischen Lage im vorigen Jahre zugestanden haben, daß auf Antrag der Eltern Bekenntnisschulen oder Weltanschauungsschulen errichtet werden, so wünschen wir, daß das Reichsschulgesetz nunmehr mit Bestimmtheit zum Ausdruck bringt, daß die Bekenntnisschulen oder Weltanschauungsschulen keine Zwergschulen sein dürfen und den großzügigen Ausbau des gesamten Schulsystems nicht hintanzulassen dürfen. Das trifft uns vielleicht in gewisser Beziehung auch mit, wenn es sich eben um eine Weltanschauungsschule handelt. Aber wir haben in der Resolution betont, daß wir,

jeweil Bekenntnisschulen in engerem Rahmen zugelassen sind, als Weltanschauungsschulen auch weiterhin fordern werden.

Draußen im Lande muß aber auch Vorarbeit für dieses Gesetz geleistet werden. Der Reichstag wird nur dann ein fortschrittliches Reichsschulgesetz zustande bringen, wenn durch eine entschiedene Stimmung im Lande ein Zwang auf den Reichstag ausgeübt wird. Ich halte es für eine große Unterlassungsjünde der Parteiorganisationen draußen im Lande, daß sie sich den Einfluß auf die Elternvereinigungen haben entgehen lassen. (Sehr richtig!) Was in dieser Beziehung noch nachgeholt werden kann, muß in der kurzen Zeit, bis das Gesetz zur Veratung kommt, noch geschehen. Dann wird mit Hilfe der Elternräte und der Gesamtpartei hoffentlich ein fortschrittliches Reichsschulgesetz zur Verabschiedung gelangen.

Auer (mit lebhaftem Beifall begrüßt): In einer Zeit, wo alles fliehet, ist es unmöglich, allgemein bindende Richtlinien aufzustellen. Wir müssen uns darum für die nächste Zukunft auf unsere allgemeinen Grundzüge, den gesunden Verstand und die nüchterne Abwägung unserer Vertreter verlassen. Das trifft für die Politik zu, erst recht für die Wirtschaft. Das sozialistische Problem ist nur zum Teil ein Machtproblem, es ist vor allem ein Produktions- und ein Organisationsproblem.

Ich möchte nachdrücklich darauf hinwirken, daß unsere Fachleute auf dem Gebiete der Ernährung und der Wirtschaft die Tätigkeit der Reichsstellen, namentlich des Ernährungsministers, genauestens kontrollieren. Ich möchte dringendst verlangen, daß die Provisionen, die das Reich an Handel und Korporationen bei Lieferungen an die Entente zahlt, gründlich geprüft werden, und daß die heutigen unerhörten Sätze herabgesetzt werden. (Sehr richtig!) Durch diese durch nichts zu rechtfertigenden Wucherpreise werden dem deutschen Volk die durch den Friedensvertrag auferlegten Opfer unverantwortlich gesteigert.

Der Arbeitslosenfürsorge ist diesen Winter die größte Aufmerksamkeit zu widmen. (Sehr richtig!) Die Mittel für die Opfer der heutigen Wirtschaftsmisere müssen aufgebracht, den armen Teufeln und ihren Familien müssen Brennstoffe und Nahrung ausreichend gegeben werden.

Ich frage die Reichstagsfraktion, ob es richtig ist, daß die Ententekommission die Vorlage des Erwerbslosenunterstützungsgesetzes verlangt hat, bevor die Vorlage dem Reichstage zugeht. Wenn das richtig ist, erheben wir gegen dieses Verlangen schärfsten Protest. (Sehr richtig!) Es ist ein Eingriff in unsere ureigensten Interessen und ein Beweis, wie der Ententekapitalismus bemüht ist, die soziale Entwicklung in Deutschland zu hemmen.

Die Gebammenfrage ist eine Frage, der gerade unsere weiblichen Mitglieder in den Fraktionen erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Die heutigen Verhältnisse sind unhaltbar und eine Gefahr für Wöchnerinnen und Kinder.

In meinen Händen befindet sich eine Schriftstück der Werft Danzig, Abteilung Gewehrfabrik. Es ist eine Offerte für neue Militärgewehre, Modell 1898, genau nach den Vorschriften des preußischen Kriegsministeriums. Das Gewehr kostet 500 M. Im ersten Monat der Bestellung werden 7000 Gewehre geliefert, im zweiten Monat 12 500, vom dritten Monat ab monatlich 14 000. (Hört! Hört!) Die Ausführungsbewilligung aus Danzig und die Einfuhrbewilligung bei uns ist gesichert, so heißt es in dem Schreiben weiter. Ich ersuche den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion, an den maßgebenden Stellen — soweit in Deutschland überhaupt maßgebende Stellen vorhanden sind — (Weiterkeit), darauf zu wirken, daß die Waffeneinfuhr aus Danzig unterbunden wird.

Daß die Partei alles tun wird, was geeignet ist, das deutsche Ober-
schlesien zu erhalten, ist selbstverständlich.

Den finanziellen Verhältnissen der Gemeinden und Kreise muß die Reichs-
tagsfraktion größere Aufmerksamkeit als bisher widmen. Abgesehen von den
Fragen der Erziehung, der Hygiene usw., die den Gemeinden obliegen, ist
namentlich die Wohnsitz- und Armenpflege gefährdet, wenn die Gemeinden
nicht mit genügend Mitteln ausgestattet werden. Den Gemeinden müssen
endlich die Kosten ersetzt werden, die sie während des Krieges für das Reich
übernommen haben. Auch muß eine einigermaßen gleiche Regelung über die
Belastung des steuerfreien Einkommens herbeigeführt werden. Der große
Unterschied in der Belastung der Steuerzahler in ländlichen, städtischen und
Industriegemeinden muß beseitigt, die sozialen Rücksichten in den Reichs-
steuergesetzen müssen überall gleichheitlich zur Geltung gebracht werden.

Ueber das Verhältnis Bayerns zum Reich habe ich in Uebereinstimmung
mit allen bayerischen Vertretern folgendes zu erklären:

Gegenüber den besonders im Freistaate Bayern von reaktionären Elementen
im Bunde mit französischen Chauvinisten geförderten separatistischen Bestrebungen
erklären wir bayerischen Sozialdemokraten unser volles Einverständnis
mit der Resolution Nr. 325 über die deutsche Republik. (Bravo!)
Wir wirken hierdurch zugleich entgegen einer Zerreißung Bayerns in wirtschaftlich
lebensunfähige Gebilde.

Die wirtschaftliche und politische Stellung Bayerns, sein uraltes, kern-
deutsches Volkstum erfordert die feste Eingliederung und Verankerung in der
deutschen Republik. Das liegt im Interesse Bayerns und des Reiches.

Aus voller Ueberzeugung und mit ganzer Kraft bekämpfen wir darum
jeden Abspaltungsversuch der Gegenrevolutionäre, gleichviel in welchem Ge-
wande er auftritt. (Bravo!) Die Lockungen der französischen Nationalisten
und Kapitalisten finden im sozialistischen bayerischen Volke keinen Boden. Dem
Bamberger Aktionsprogramm der Bayerischen Volkspartei, das in seiner Aus-
wirkung nur den Sieg der französischen Zerreißungsabsichten bedeutet, sagen
wir den schärfsten Kampf an. (Bravo!) Auch die vertegenständlichen Auslegung-
skünfte und Vertuschungsversuche der Vertreter und der Presse der Bayerischen
Volkspartei täuschen darüber nicht hinweg, daß die Verwirklichung des Bam-
berger Programms, in dessen Hintergrunde die Monarchie von Frankreichs
Gnaden steht, nur durch eine Gegenrevolution zu erreichen ist. Jeder Versuch,
diese Pläne zu verwirklichen, würde den völligen Niederbruch der Volkswirt-
schaft und eine weitere Steigerung der Leiden unseres ohnedies so gequälten
Volkes herbeiführen.

Die Heimatkultur und die Stammeseigenheiten werden von uns wie bis-
her verteidigt werden. Sie finden nach unserer festen Ueberzeugung in einer
geschlossenen deutschen Republik volle Entfaltungsmöglichkeiten nach den in
Abatz 3 der Resolution ausgesprochenen Grundsätzen.

Die berechtigten Klagen über wirtschaftliche Benachteiligung Bayerns und
des Südens werden aus durchsichtigen demagogischen Absichten zu Unrecht der
republikanischen Staatsform zur Last gelegt. Diese Benachteiligungen sind aber
das unselige Erbe aus der kapitalistisch-militaristischen Epoche Deutschlands,
sie haben durch die wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen der Obersten Heeres-
leitung eine den Süden auf das höchste schädigende Verschärfung erfahren.

Wir verlangen und erwarten, daß die Reichstagsfraktion auf Beseitigung
dieser Mißstände nachdrücklich hinwirkt, daß sie Grundlagen schafft dafür,
daß alle Teile Deutschlands an dem Wiederaufbau gleichmäßig mitwirken und
gleichen Anteil haben können.

So stehen wir im Kampfe gegen jede wirtschaftliche, politische und kultu-
relle Rückwärtsentwicklung des Deutschen Reiches fest zu dem Programm der
deutschen Sozialdemokratie, das in einer geschlossenen Einheit des Reiches die
notwendige Voraussetzung seiner trieblichen, kulturellen, wirtschaftlichen und
politischen Weltgeltung sieht. (Lebhafter Beifall.)

Reil: Im Laufe der Debatte ist wiederholt betont worden, daß der Aus-
tritt der Partei aus der Reichsregierung nicht nur Licht, sondern auch
Schattenseiten habe. Die Wichtigkeit dieses Wortes zeigt sich fast auf jedem
Gebiete der Reichspolitik, vor allem auf dem Gebiete der Verwaltung und bei
den Steuern. Seitdem der Schatzminister von Kaumer im Amt ist, werden
alle Kräfte des Reichsschatzministeriums darauf eingestellt, das unter unserer
Mitwirkung zustande gekommene Gesetz über die Sozialisierung der Elektrizität
in sein Gegenteil umzukehren. (Hört! Hört!) Während der Staatssekretär
Goldgrube, der mit der Durchführung des Gesetzes betraut war, eifrig und
entschlossen dem Reiche den entscheidenden Einfluß in der Elektrizitätswirtschaft
im Kampfe mit den Interessenten zu erkämpfen versuchte, ist der neue Reichs-
schatzminister, der der privaten Elektrizitätsindustrie nicht fernsteht, bestrebt,
das Reich vollkommen auszuschalten. Aufgabe der Reichstagsfraktion ist es,
mit aller Wachsamkeit diesem Herrn auf die Finger zu sehen und ihm das
Sandmännchen zu legen.

Mit dem Austritt unserer Partei aus der Regierung bin ich unter den Um-
ständen, die der Juni geschaffen hat, einverstanden gewesen. Er hat aber auch
Nachteile mit sich gebracht. Das zeigt sich auch auf dem Gebiete der Steuern.
Leider beschäftigt man sich in unseren Kreisen viel zu wenig mit Steuerfragen.
Einer der Redner hat ausgeführt, daß nunmehr, nachdem der Steuerabzug für
die feststehenden Einkommen durchgeführt sei, auch die Einziehung des Not-
opfers und der Kapitalertragssteuer mit Eifer betrieben werden müsse. Dieser
Genosse weiß demnach nicht, daß die Kapitalertragssteuer bereits seit ihrer Ge-
setzgebung durchgeführt worden ist. Kein Einkommen wird so pünktlich er-
zahlt wie der Zinsbetrag aus angelegtem Kapital.

Kein Problem ist so schwierig wie das Finanzproblem. Aus eigener Kraft
werden wir dieses Problem nicht lösen können. Dazu sind internationale Ver-
einbarungen erforderlich. Die erste dieser Vereinbarungen wird eine Konso-
lidierung des Notenumlaufes durch internationale Anleihe und eine Stabi-
lisierung des Geldkurzes sein müssen. (Sehr richtig!) Dabei wird es sich nicht
so sehr darum handeln, wie die deutsche Mark in Zukunft bewertet wird, son-
dern darum, daß eine dauernd gleichmäßige Bewertung erfolgt.

Eine weitere Voraussetzung der Ordnung der Reichsfinanzen ist die als-
baldige Festsetzung des Höchstmaßes der von den Siegerstaaten dem deutschen
Volke angezogenen Entschädigung. Diese Wiedergutmachungsforderungen
müssen sich aber im Rahmen des Möglichen halten. Werden unerfüllbare For-
derungen im Geiste des Versailler Vertrages erhoben, so gibt es keine Ge-
sundung der deutschen Finanzen, keine Gesundung der deutschen Wirtschaft und
auf die Dauer keine Leistungen Deutschlands an die Siegerstaaten.

Unter diesen Voraussetzungen muß die deutsche Wirtschaftspolitik konse-
quent auf die Verbesserung der deutschen Handelsbilanz eingestellt werden, die
ein geradezu erschreckendes Bild aufweist. Die Einfuhr muß aufs äußerste
beschränkt werden, soweit es sich um entbehrliche Dinge handelt. Die Ausfuhr
muß soweit wie möglich gesteigert werden. Die Einschränkung der Einfuhr
entbehrlicher Dinge kann durch den Ausbau der Steuerlegislation gefördert
werden, besonders durch Schaffung einer Aufwandsteuer, wie sie Reichsfinanz-
minister Erzberger seinerzeit ausgearbeitet hat, mit der er aber auf den

Widerstand aller bürgerlichen Parteien einschließlich des Zentrums gestossen ist. Es ist in einer Zeit der allgemeinen Verarmung Deutschlands schon geschlismäßig unerträglich, daß eine kleine Oberschicht des Zwanzig- bis Fünfzigfache dessen für den eigenen Verbrauch beansprucht, das der breiten Masse des darbenenden Volkes zusteht. Neben der progressiven Einkommensteuer muß eine viel schärfer gestaltete Aufwandssteuer für diejenigen Teile des Einkommens eingeführt werden, die über das notwendige Existenzminimum hinausgehen.

Die Grundrisse der direkten Steuergeetze, die im letzten Jahre von der Nationalversammlung gemacht worden sind, entsprechen unseren Anschauungen, aber die Ausführung läßt, soweit es sich um die Erfassung des Vermögens handelt, sehr viel zu wünschen übrig. Viele Milliarden sind für Zwecke des Luxus auf Kosten des Reiches verwandt worden. Wer reiche Kriegsgewinne gemacht und sich daraus mit Bedarfs- und Luxusgegenständen üppig ausgestattet hat, konnte bei der zögernden Durchführung der Besitzsteuer große Summen auf Kosten des Reiches verwenden. Das ist im Laufe des letzten Jahres in ungeheurem Maße geschehen. Dadurch sind der Reichskasse ungezählte Milliarden entzogen worden. Daraus ergibt sich, welche gewaltige Bedeutung es haben würde, wenn unsere Millionärpartei auch sachverständige Vertreter in der Steuerverwaltung hätte.

Dann noch einige Bemerkungen über die Frage der Besteuerung der kleinen Einkommen und die Frage des Steuerabzugs, die bekanntlich im Laufe der letzten Sommermonate hohe Wogen geschlagen hat. Wenn der gewaltige Kraftaufwand, der von den deutschen Arbeitern ohne Unterschied der Parteirichtung irrigerweise gegen das technische Steuerabzugsverfahren aufgebracht worden ist, ebenso einmütig und energisch für die Herabsetzung der Steuerfätze für die niedrigen Arbeits- und Gehaltsinkommen eingesetzt worden wäre, dann würden wir längst die heute noch nicht vorliegende Zusage des Reichsfinanzministers in Händen haben. Es muß unsere Aufgabe in der nächsten Reichstagsagung sein, dafür zu sorgen, daß der Steuerfuß für die niedrigen Arbeits- und Gehaltsinkommen erheblich herabgesetzt wird. Anträge in dieser Richtung haben wir schon bei der Beratung des Einkommensteuergesetzes im Januar d. J. gestellt. Inzwischen haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse gewaltig verschoben. Wenn es im Januar noch erträglich war, bei den Arbeitsinkommen von 5—6000 Mk. 1500 Mk. für den Steuerpflichtigen und 500 Mk. für seine Frau und jedes Kind freizulassen und dann mit 10 Proz. anzufangen, so ist das im Juli und August desselben Jahres, nachdem unter dem Druck der allgemeinen Teuerung die Löhne beinahe auf das Doppelte gestiegen sind, aber trotzdem bei weitem nicht die Kaufkraft der damaligen 5—6000 Mk. aufzuweisen, einfach unmöglich. Wir müssen deshalb mit allen Kräften die Herabsetzung der Steuerfätze für die niedrigen Stufen der Arbeits- und Gehaltsinkommen fordern. Eine allgemeine Herabsetzung der Steuerfätze für die niedrigsten Steuerstufen dürfen wir nicht beschließen; sonst würde die gesamte mittlere und kleine Landwirtschaft auch noch den Vorteil der Befreiung von der Einkommensteuer genießen. (Sehr richtig!)

Es wird Ihnen eine Resolution vorgelegt werden, die allen Wünschen gerecht wird, die in den zahlreichen Einzelanträgen ausgesprochen worden sind. Ich möchte Sie bitten, durch Annahme dieser Resolution alle übrigen Anträge, die sich auf das Steuergebiet beziehen, für erledigt zu erklären. Die Resolution sagt am Schluß, daß es eine wichtige Aufgabe der Parteiorganisationen sei, durch Belehrung und Aufklärung die Kenntnis der Steuergegebung in den Kreisen unserer Anhänger zu verbreiten. (Sehr gut!) Das muß durch Vorträge und Kurse geschehen, um vor allen Dingen diejenigen

Kräfte heranzubilden, die wir für die Arbeit in den Steueraussschüssen brauchen, damit die Steuerentlastungen künftig nicht mehr so einseitig und so ungerecht erfolgen wie bisher. (Lebhafte Zustimmung.) In der Reichsabgabensordnung sind gesetzlich die Vorkerkungen, soweit es irgend möglich war, getroffen worden, um auch der Arbeiterschaft die notwendige Verteilung in den Veranlagungsbehörden zu verschaffen. Nun liegt es an uns, diese Möglichkeiten auszunutzen. Dazu ist das erste Erfordernis die Belehrung und Aufklärung unserer Parteigenossen über die Steuerfragen. (Beifall.)

Leuteritz: Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit zunächst auf den Antrag 340, in dem von der Fraktion verlangt wird, daß sie alles tut, damit die Tausende in Sibirien noch schwächenden Deutschen nach Deutschland zurückgeführt werden. Sie leiden dort körperlich und seelisch, und die Zurückgekehrten sagen, daß die Russen den Gefangenen erklären, Deutschland tue für sie nichts. Wir müssen deshalb alle Mittel anwenden, um sie frei zu bekommen, aber auch dafür sorgen, daß die Russen, die noch in Deutschland sind, freigelassen werden.

Dann möchte ich die Flaggenfrage einmal zur Sprache bringen. Es ist nicht überall so wie in Rassel, wo es uns gefreut hat, neben unserer roten Fahne auch die Fahne der Republik zu sehen. Die Verfassung sagt, daß die Handelsflagge schwarz-weiß-rot sei, in der oberen inneren Ecke schwarz-rot-gold. Man sieht aber unter den deutschen Schiffen auf den Fahrstraken niemals auch nur eines, das die deutsche Handelsflagge führt. Wir bauen ja jetzt wieder neue Schiffe, und zwar ganz emsig. Wenn ein solches Schiff vom Stapel läuft, wird es heute noch überall mit schwarz-weiß-roten Flaggen geehrt. Unsere Arbeiter wehren sich dagegen, ein solches Schiff von Stapel laufen zu lassen, wenn es mit der Fahne von Rapp-Büttvitz geschmückt ist. Die Deputation für Handel und Schifffahrt in Hamburg hat auf Veranlassung der Arbeiterschaft sich an die Reichsregierung gewandt und die Reichsregierung hat erklärt: bis jetzt ist noch schwarz-weiß-rot die Handelsflagge; für die Flagge der Verfassung sind die Ausführungsbestimmungen noch nicht erlassen. (Nachen und Aufe: Hör, hör!) Ich bitte die Reichstagsfraktion, alles zu tun, damit diese Ausführungsbestimmungen in eiligem Tempo erlassen werden.

Wie steht es weiter mit der Flagge der Republik? Wir wissen, daß sie schwarz-rot-gold sein soll; aber wir sehen sie nie, während man am 27. Januar und auch am Sedantage viele schwarz-weiß-rote Flaggen sehen konnte. Das lag nicht am Stoffmangel, sondern daran, daß diese Leute, die bei jeder Gelegenheit eine Flagge heraushängen, die Republik nicht gern sehen und weil die gegenwärtige Reichsregierung die Republik höchstens mit einem nassen und einem trockenen Auge ansieht. Es lag auch daran, daß die Republik keinen Tag hat, an dem die Flagge gezeigt werden soll. Wir sollten dafür eintreten, daß ein Tag festgesetzt wird, an dem offiziell gezeigt wird, daß die Republik lebt. Ein solcher Tag könnte der 9. November sein; aber der 9. November ist der Tag des deutschen Proletariats; denn der 9. November 1918 war ein Gerichtstag, an dem die Proletarier Deutschlands die Richter waren. Aber der 11. August kann zum Tage der deutschen Republik werden. Die Fraktion und der Vorstand müssen dafür sorgen, daß im nächsten Jahr am 11. August so, wie wir es in Hamburg durchgeführt haben, die republikanische Flagge auf allen offiziellen Gebäuden zum Zeichen dessen weht, daß die Republik lebt. Es gibt zwei Dinge, die die Voraussetzung für unsere ganze Politik und für den Aufstieg Deutschlands bilden. Das Erste ist, daß die Republik sich festigt, und das Zweite, daß der Friedensvertrag revidiert wird. Zur Festigung der Republik beizutragen, dazu ist keine Partei berufenener als die sozialdemokratische Partei. Deshalb bitte ich die Fraktion und den Vorstand, alles zu tun, daß zu Wasser und zu Lande die Flagge der Republik

erscheint. Wir wollen damit zeigen, daß die Republik lebt trotz Reaktion und trotz Sabentzugler. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende **Scheidemann** schlägt vor, die Debatte zu vertagen. Er teilt mit, daß die Nachricht von dem Tode des Dr. Magnus Hirschfeld unrichtig ist. Dr. Magnus Hirschfeld lebt! (Lebhaftes Bravo!)

Der Vorsitzende knüpft an diese erfreuliche Mitteilung den Wunsch, daß sich auch in diesem Falle das Schwickwort bewahrheiten möge, daß Folgejagte lange leben. (Lebhafte Zustimmung.) An der grundsätzlichen Stellung, die der Parteitag durch Annahme der Resolution, die sich auf die deutsch-völkischen Ausschreitungen bezog, zum Ausdruck gebracht hat, wird selbstverständlich durch diese Mitteilung nichts geändert.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr.)

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 13. Oktober 1920, vormittags 9 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Vorsitzender **Hermann Müller** eröffnet die Sitzung.

Die Debatte über Punkt 3 der Tagesordnung wird fortgesetzt, und zwar die allgemeine politische Debatte.

Franz Kattowicz: Ich muß Ihnen als Vertreter Oberschlesiens ein besonderes politisches Kapitel, und zwar ein nicht sehr angenehmes vortragen. Die Verhältnisse, unter denen wir zu leben gezwungen sind, nötigen uns dazu, die politischen Vorgänge im Reiche mehr oder weniger nur von dem Gesichtswinkel anzuschauen, ob sie uns nützen oder schaden. Obwohl uns die Reichs- und Landespolitik, ja selbst die Politik unserer Partei nicht immer genügt hat, verzichte ich doch auf eine Kritik. Wir wünschen nur, daß man in Zukunft mehr Rücksicht auf uns nimmt. Einigkeit herrscht darüber, daß unser wirtschaftlicher Wiederaufbau von dem Versailler Friedensvertrag abhängt. Er ist nicht möglich, wenn sich nicht der Geist ändert, in welchem der Vertrag durchgeführt wird. Auf der einen Seite legt uns der Vertrag schwere Pflichten auf, auf der anderen Seite verhindert er die Erfüllung der Pflichten. Das hat sich besonders deutlich in Oberschlesien gezeigt, das ja nachgerade zum Brennpunkt der internationalen Politik geworden ist. **Scheidemann** hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Delegierten aus den besetzten Gebieten nicht alles sagen können, was notwendig wäre. Auch ich kann nicht alles sagen, was ich gern sagen möchte. Die Entente hat sich herausgenommen, die ganze Welt zu ordnen, aber es ist ihr nicht einmal gelungen, Ruhe und Ordnung in Oberschlesien zu schaffen, die französischen Truppen haben es nicht vermocht zu verhindern, daß zahllose blutige Opfer aus deutscher Seite gefallen sind. Oberschlesien ist nicht nur besetztes Gebiet, es ist Kriegsgebiet. Zahlreiche Opfer sind aus Ueberzeugungstreue gefallen und fallen noch täglich. Auch die letzten Mezeleien, die leider öffentlich von der interalliierten Kommission nicht verurteilt worden sind, haben ihre Entstehungsurache im Versailler Vertrag. Durch ihn ist die Brandfadel des nationalen Zwistes in eines der wichtigsten Industriegebiete der Welt geworfen worden. Die frühere reaktionäre Polenpolitik hat leider dafür gesorgt, daß diese Brandfadel den nationalistischen Haß zur hellen Flamme entzünden konnte. Die Bedeutung der ober-schlesischen Frage wird noch immer nicht klar erkannt, und auch auf diesem Parteitag ist leider nur von dem Genossen **Auer-München** ein kurzes

Wort darüber gefallen. Es wäre notwendig gewesen, zu den Autonomiebestrebungen Stellung zu nehmen, auch zu dem eingereichten Abstimmungsreglement der Polen, das man, obwohl es gegen den Friedensvertrag verstößt, durchaus nicht mit einer Handbewegung beiseite legen kann. Verlieren wir Oberschlesien, dann können wir die Bedingungen des Friedensvertrages nicht erfüllen (Sehr richtig!) und wir bekommen neue Schwierigkeiten. Auch nach der Abstimmung wird es noch keine Klärung geben, denn die Verhältnisse liegen in Oberschlesien anders als in Westpreußen. Wenn wir auch eine deutsche Mehrheit haben werden, so ist sie doch nicht so unzweifelhaft wie dort, und die Vertreter der Entente werden sich über die Zuteilung zu Deutschland oder Polen nicht so schnell einigen. Das endgültige Schicksal Oberschlesiens wird dann von dem Gesicht der deutschen Politik abhängen. Die Franzosen sind selbstverständlich dafür, daß uns Oberschlesien verloren geht, und zwar nicht nur aus politischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen, weil sie Oberschlesien als Hauptpfand für ihre Engagements im russisch-polnischen Krieg betrachten. Wir aber, und zwar wir als Partei haben ein großes Interesse an der Erhaltung Oberschlesiens beim Deutschen Reiche, denn nur dann ist das Klasseninteresse der Arbeiter gewahrt, die kulturellen und wirtschaftlichen Interessen liegen auf deutscher Seite. (Sehr richtig!) Für uns sind also nicht nur nationale Gründe maßgebend, wenn wir für Deutschland eintreten, sondern die Klasseninteressen der Arbeiterschaft. Die Unabhängigen haben die Parole ausgegeben: Deutschland ist Klassenstaat, Polen ist Klassenstaat, es ist gleichgültig, wo wir hinkommen. Das ist natürlich falsch. Die Ausschreitungen des zusammengelaufenen nationalitätigen Janhagels in Kattowicz, der durch das Aufmarschieren des französischen Militärs gereizt wurde, haben uns sehr geschadet und wir haben diese Ausschreitungen auf das schärfste verurteilt. Diese Ausschreitungen haben den Polen den gewinschten Anlaß gegeben, ihren lange vorbereiteten Aufstand in Szene zu setzen. Wir müssen vor allen Dingen für Ruhe und Ordnung in Oberschlesien sorgen, Nord und Ostschlag müssen aufhören. Wir haben auf dem ober-schlesischen Bezirksparteitag eine Resolution an die Internationale gerichtet und auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat die internationale Arbeiterschaft aufgerufen, damit unsere ausländischen Genossen die Regierungen ihrer Länder beeinflussen, in Oberschlesien wieder ordnungsmäßige Zustände herzustellen. Wir haben auch bereits einigen Erfolg gehabt. In der vorigen Woche haben Vertreter aus fast allen Nationen die Verhältnisse in Oberschlesien untersucht und uns bestätigt, daß unsere Politik die richtige war und die sozialdemokratische Arbeiterschaft an den Ausschreitungen unschuldig ist. Ich bitte auch die Partei, von sich aus auf die Internationale einzuwirken, damit auch die politischen Parteien in den Ententeländern dafür sorgen, daß eine uneingeschränkte Abstimmung erfolgen kann. Darum nehmen Sie den Antrag 361, den wir gestellt haben, an, helfen Sie uns, daß der Kampf, Arbeiter gegen Arbeiter, aufhört und endlich Ruhe und Ordnung eintritt, damit auch wir dort wieder zur aufbauenden Arbeit kommen. Denn ohne die wird es nicht möglich sein, die deutsche Wirtschaft und überhaupt die ganze internationale Wirtschaft wieder aufzubauen. (Lebhafter Beifall.)

Frau Grünberg: Man sucht jetzt die Frauen aus dem Erwerbsleben hinauszu drängen, nachdem in den letzten Jahren ihre Zahl außerordentlich zugenommen hat. Dazu wird die Verordnung des Demobilisierungsamtes vom 12. Februar 1919, abgeändert am 15. April 1920, benutzt, nach welcher die wirtschaftlich besser gestellten Frauen entlassen werden sollen, als welche besonders die verheirateten Fabrikarbeiterinnen gelten. Dadurch werden in reinen Industriestädten Tausende und aber Tausende verheirateter Frauen

einfach entlassen. Im ganzen handelt es sich um Hunderttausende. Wir haben damit zu rechnen, daß dadurch das Wirtschaftsleben der einzelnen Familie außerordentlich geschädigt wird. Die Frauenkonferenz, die sich mit dieser Frage beschäftigt hat, hat beantragt, die Fraktion möchte darauf hinarbeiten, daß diese Verordnung aufgehoben wird und Bestimmungen erlassen werden, die die Frauen ebenfalls schützen. So wie bisher geht es nicht. Wir schaffen dadurch nicht Freistellen für die Arbeitslosen, sondern vermehren nur das Elend der Arbeiterklasse im allgemeinen. Die Unternehmer benutzen diese Gelegenheit dazu, sich billige Arbeitskräfte zu schaffen, andererseits auch den Achtstundentag zu beseitigen. Wir sollten den Frauen hier schützend zur Seite stehen, und ich bitte Sie daher, dem Antrag der Konferenz Ihre Zustimmung zu geben.

Den Frauen als Staatsbürgerinnen muß man auch das Wahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten geben. Wir haben im wirtschaftlichen Ausschuß der Nationalversammlung unser möglichstes getan, um es den Frauen zu geben. Aber die gesamten bürgerlichen Vertreter waren dagegen und wir konnten mit unserem Verlangen nicht durchdringen. Es wurde uns z. B. eingewendet, daß die Frauen darauf noch nicht vorbereitet sind. Inzwischen haben wir in Nürnberg z. B. ein Schiedsgericht für Hausangestellte, das örtlich mit dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht verbunden ist, dieses Schiedsgericht hat nur weibliche Beisitzerinnen, der Vorsitzende ist derselbe wie der des Gewerbegerichts. Da haben wir die Beobachtung gemacht, daß in sachlicher Beziehung die Frauen den männlichen Beisitzern beim Gewerbegericht nicht nachstehen. Diese Sachlichkeit ist sowohl von seiten der Arbeitgeberinnen wie von seiten der Arbeitnehmerinnen beobachtet worden. Was da ging, sollte auch allgemein möglich sein und die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sollten ebenfalls weibliche Beisitzer erhalten. (Sehr richtig!) Für die Millionen erwerbstätiger Frauen bedeutet es ein Unrecht sondergleichen, daß man in der heutigen Republik die Frau von diesem selbstverständlichen Recht ausschließt. Wir ersuchen unsere Reichstagsfraktion, alles mögliche anzuwenden, um auch hier den Frauen zu ihrem Recht zu verhelfen. Im wirtschaftlichen Ausschuß, wo man unseren Antrag niedergestimmt hat, waren auch die Demokraten und das Zentrum gegen uns, die sich immer als die Vertreter des Rechtes der Frauen hinstellen. Nur eine bürgerliche Vertreterin hat für unseren Antrag gestimmt. Ferner ersuche ich, daß ein einheitliches Recht für Hausangestellte für ganz Deutschland geschaffen wird, wie es in Bayern bereits besteht. Zum Schluß ersuche ich, den Antrag Nimmerjall-Pfüll anzunehmen, daß wir einen Nationalfeiertag bekommen, damit Deutschland auch nach außen als Republik erkennbar wird. (Lebhafter Beifall.)

Gräf-Florenzheim: Der große soziale Zug in der neuen Steuergesetzgebung muß anerkannt werden. Erbitterung hat aber in den Massen die Ausführung des Gesetzes hervorgerufen, der Geist in den Steuerbehörden, der nur die Armen, die Arbeiter, Angestellten und Beamten erfaßt, die Reichen aber nicht so stramm anfäßt, wie es nötig ist. Vor allem müssen wir kritisieren, daß die Veranlagung noch nach dem alten Werte geschieht, daß Besitz und Vermögen nicht nach ihrer wirklichen Leistungsfähigkeit herangezogen werden. Besonders die Landwirtschaft veranlagt sich nur mit einem ganz kleinen Einkommen, wenn man da auf der anderen Seite ihre Gewinne betrachtet, ist es ganz klar und selbstverständlich, daß das große Erbitterung hervorruft. Ich möchte besonders auf Antrag 147 aufmerksam machen, der fordert, daß vor allen Dingen das Vermögen richtig erfaßt wird und Steuerhinterzieher streng bestraft werden, daß besondere Steuergerichtshöfe errichtet werden, in denen nicht die alten Bureaucraten, sondern vor allem auch die Gewerks-

schaften vertreten sind, und daß die Hinterzieher besonders scharf und empfindlich bestraft werden. Die härteste Strafe wäre, wenn man ihr Vermögen einfach zu dem geringen Wert enteignete, wenn sie ihn zu gering angegeben haben. Den Gemeinden ist jetzt die Steuerhoheit genommen.

Durch die Revolution haben wir einen ziemlich großen Einfluß in den Gemeindeverwaltungen gewonnen, haben aber eine schlechte Erbschaft angetreten. Gerade in den Gemeinden zeigt sich die praktische Arbeit, da kann vieles gut, aber auch vieles von unserer Partei schlecht gemacht werden. Da die Gemeinden vielfach nicht wissen, wo sie nun die nötigen Mittel hernehmen sollen, empfehle ich Ihnen unseren Antrag 132. Der Parteivorstand soll Richtlinien herausgeben, wie für die Gemeinden noch Einnahmequellen erschlossen werden können. Es kommt nicht auf die Art der Steuer an, ob direkt oder indirekt, sondern auf ihre Wirkung.

In der Sozialgesetzgebung verdient gerade die Reform der Reichsversicherungsordnung unsere besondere Aufmerksamkeit und da fordern wir vor allem die Vereinheitlichung der Krankenversicherung, die ja aus politischen Motiven so sehr zersplittert ist. Die Reichsversicherungsordnung war ja ein kleines Sozialistengesetz.

Das Versorgungs Gesetz für die Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen bedeutet auch einen Fortschritt, hat aber bei den Kriegsbeschädigten nicht volle Befriedigung hervorgerufen. Besonders protestiert der Reichsbund für Kriegsbeschädigte dagegen, daß die Ausführungsbestimmungen erlassen worden sind, ohne daß der Bund gehört wurde.

Vielfach hat man über die Aburteilung der Verbrecher des Rapp-Rufsches Mordes gefürcht. Wir verlangen, daß dafür gesorgt wird, daß die Volksverderber ungeschädlich gemacht werden. Die Fraktion muß im Reichstag dagegen protestieren, daß das Reichsgericht die Verbrecher straflos ausgehen läßt.

Besonders muß noch betont werden, daß der Reichsverkehrsminister Gröner die Rechte der Betriebsräte mißachtet. Wir verlangen, daß in der neuen Zeit das Betriebsrätegesetz auch von bürgerlichen Ministern gehalten wird. (Bravo!)

Frau Jensen: Die Reichsfrauenkonferenz hat den einstimmigen Beschluß gefaßt, die Reichstagsfraktion zu ersuchen, mit aller Energie dafür einzutreten, daß den Frauen die ihnen in der Verfassung und Gesetzgebung gewährleisteten Rechte eingeräumt werden. Das gilt besonders von dem Eherecht und den Rechten der unehelichen Kinder. Artikel 119 der Verfassung sagt: Die Ehe beruht auf der Gleichberechtigung der Geschlechter. Nach dem B.G.B. ist aber die Frau in allen wichtigen Angelegenheiten, z. B. in der Erziehung der Kinder und in der Bestimmung des Aufenthaltsortes der Familie, dem Manne untergeordnet. Artikel 21 fordert, daß die unehelichen Kinder die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung wie die ehelichen finden sollen. Das B.G.B. stellt aber fest, daß das uneheliche Kind in keiner verwandtschaftlichen Beziehung zum Vater steht. Dadurch ist die gesellschaftliche Entwicklung ausgeschlossen und die leibliche und seelische Entwicklung in Frage gestellt. Solange diese Widersprüche bestehen, werden die freihellichen Forderungen der Weimarer Verfassung nur auf dem Papier stehen. Ich bitte deshalb, den Antrag der Frauenkonferenz einstimmig anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Frau Kirchner: Die Frankfurter Genossen sind mit der Haltung der Reichstagsfraktion im großen und ganzen einverstanden. Besonders begrüßt haben sie es, daß sie nicht in die Koalition mit der Deutschen Volkspartei eingetreten ist, denn das wäre draußen im Lande nicht verständlich und zum Schaden der Partei gewesen.

Dankbar muß anerkannt werden, daß sich die Reichstagsfraktion immer für die Opfer des Krieges eingesetzt hat. Aber das Reichsverforgungsgesetz weist einige Mängel auf, die die Fraktion hätte verhindern müssen. Der § 28 dieses Gesetzes sieht die Gewährung einer Ausgleichzulage für diejenigen vor, die vor ihrem Eintritt ins Heer einen Beruf ausgeübt haben, der besondere Kenntnisse oder ein besonderes Maß von Verantwortung erfordert hat. Das sieht fast aus, als ob die überberühmte Dreiklasseneinteilung auf das Rentenverfahren übertragen werden soll. Auch diejenigen, die direkt aus der Schule ins Heer eintraten, werden dadurch betroffen. Die Ausführungsbestimmungen zu diesem § 28 haben begreiflicherweise den Unwillen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen hervorgerufen. Wir fordern, daß an Stelle der Ausgleichzulage die Renten für alle Kriegsopter erhöht werden.

Wenn der § 63 des Reichsverforgungsgesetzes in die Tat umgesetzt werden soll, so erfordert seine Durchführung joviell Arbeit, daß die Verwaltungskosten höher sind, als die von den Kriegsbeschädigten beanspruchten Renten. Das gleiche gilt vom § 64 Abj. 1, der das Nutzen der Rente für die Witwen und Waisen vorsieht. Wir hoffen, daß die Reichstagsfraktion sich auch weiter für die Kriegsopter einsetzt, und bitten um Annahme des Antrages 92.

Was die Abänderungsanträge zu den §§ 218 bis 220 des Strafgesetzbuches betrifft, so konnten wir Frankfurter Genossen nicht verstehen, daß innerhalb der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Meinungsverschiedenheiten darüber bestanden. Wir unterstützen die Anträge, wonach innerhalb der ersten drei Monate die Abtreibung mit Hilfe eines approbierten Arztes erlaubt sein soll, halten aber trotzdem als obersten Grundsatz die heilige und sittliche Pflicht zur Mutterschaft fest, wenn die Bedingungen dafür gegeben sind.

Die Politik und Taktik der Reichstagsfraktion muß immer so eingestellt sein, daß sie draußen im Lande verstanden wird. Sie muß getragen sein vom Vertrauen nicht nur unserer Genossen, sondern der gesamten Arbeiterschaft. (Lebhafter Beifall.)

Frau Tobenhagen: Genosse Hiltenbrand führte aus, daß die freiheitlichen Rechte, die die Verfassung dem Volke gebracht hat, noch nicht tief genug der arbeitenden Bevölkerung zum Bewußtsein gekommen sind. Das hat seinen Grund hauptsächlich darin, daß das wirkliche Leben ein Hohn auf die Verfassung ist. Daran ist zum Teil schuld, daß die Gesetzgebung erst der Verfassung folgen soll. Teilweise liegt es aber auch daran, daß die Verwaltungen die Verfassung sabotieren und die allgemeinen Volkssitten hinter der Verfassung herhinken. Ein Hohn ist es, wenn eine Verwaltungsbehörde in einem Reiche, das den Schutz der unehelichen Mutterschaft als Verfassungsgrundsatz aufgestellt hat, diese Mutterschaft zum Entlassungsgrund für Beamtinnen macht. Besonders schlimm aber ist es, wenn Frauenvereine dieses reaktionäre Vorgehen unterstützen und auf ihren Tagungen Beschlüsse fassen, die die Verwaltung geradezu auffordern, diese Mütter zu entlassen. Die Frauenkonferenz sah sich deshalb veranlaßt, die Reichstagsfraktion zu bitten, dahin zu wirken, daß den Verwaltungen verboten wird, uneheliche Mutterschaft als Entlassungsgrund zu betrachten. Wir bitten deshalb, den Antrag Nr. 348 einstimmig anzunehmen.

Ich habe inzwischen einen Zusatzantrag dazu eingebracht. In Preußen ist ein Ministerialerlaß vom Jahre 1883 noch heute in Kraft, der der unehelichen Mutter Schwierigkeiten macht, den Gebämmberuf zu ergreifen. Auch diese Bestimmung muß umgehend aus der Welt geschafft werden, und ich bitte, auch den Zusatzantrag anzunehmen.

Genosse Schulz hat zu Artikel 146 der Verfassung einen Antrag unter Nr. 352 eingebracht. Man vergißt bei diesem Artikel häufig, daß Reich, Länder und Gemeinden verpflichtet sind, Kindern Minderbemittelter Unter-

stützungen zukommen zu lassen, um die höheren Berufe zu erlernen. Auf diesem Gebiete geschieht heute so gut wie nichts. Die Stellung, die das preussische Kultusministerium in dieser Beziehung einnimmt, ist außerordentlich gefährlich. Es ist nicht angängig, daß man den Söhnen der Arbeiterschaft vom Ministerium aus sagt: Wenn Eure Eltern es nicht durchführen können, müßt Ihr Euren Beruf aufgeben. Dies ist mir zur Kenntnis gekommen, als ich einmal berückte, einem Seminaristen durch Stipendien zu helfen. Wir haben lange genug Brotfucher in den einzelnen geistigen Berufen gehabt. Das Menschenmaterial, das aus Lust und Liebe zu seinem Beruf in die Lehranstalten geht, ist zweifellos besser als das der Brotfucher. Solange wir die Unentgeltlichkeit des Schulwesens noch nicht durchführen können, bitte ich deshalb, daß die Fraktion dafür sorgt, daß Reich, Staat und Gemeinden auch auf diesem Gebiete ihre Pflicht tun.

In einem der Anträge hieß es: die Wissenschaft hat bewiesen, daß sie nichts weiß. Man ist geneigt, solche Anträge lächerlich aufzufassen. Aber sie haben doch auch ihre guten Gründe. Die Genossen haben das Empfinden, daß die Wissenschaft den Arbeitern nicht das gegeben hat, was sie brauchen. Wir müssen dafür sorgen, daß es den Söhnen der Arbeiterschaft möglich wird, mehr als bisher in die geistigen Berufe hineinzukommen, damit die Arbeiterschaft die Wissenschaft schätzen lernt. Die Wissenschaft hat die kulturelle Bedeutung der Arbeiterschaft ja erst anerkannt. Das muß sie anerkennen und mehr auswerten lernen. Deshalb bitte ich Sie: Sorgen Sie dafür, daß den Kindern der Arbeiter das zuteil wird, was die Revolution ihnen auf diesem Gebiete versprochen hat. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende Müller teilt mit, daß vier Schlussanträge eingegangen sind, von denen einer genügend unterstützt ist.

Der Schlussantrag wird mit großer Mehrheit angenommen, jedoch mit der Maßgabe, daß Genosse Liefer-Homburg den Antrag 365, betreffend das Saargebiet, noch begründet, und daß eine Erklärung der Konferenz der preussischen Delegierten abgegeben wird.

Ferner wird mitgeteilt, daß es in der Resolution Nr. 368 statt „ohne Gefundung“ heißen muß: „einer Gefundung“.

Liefer: Wir Vertreter des Saargebiets müssen in unseren Ausführungen sehr vorsichtig sein, damit wir nicht Gefahr laufen, bei unserer Rückkehr in die Heimat von zwei Vertretern der marokkanischen Kultur erfaßt zu werden, um gleich mit nach Karokko abgeführt zu werden. (Wui!-Rufe.)

Das Saargebiet ist laut Friedensvertrag für die nächsten 15 Jahre ein selbständiges Staatsgebilde. Trotzdem bestehen nach dem Friedensvertrag deutsche, bayerische und preussische Gesetze, die die Saarregierung zu respektieren verpflichtet ist. Wir betrachten uns deshalb nicht als Ausländer, wie wir immer hingestellt werden, sondern als Deutsche und wollen auch als Deutsche stets die Verbindung mit unseren deutschen Brüdern aufrechterhalten. (Lebhafter Beifall.) Das kann nur geschehen, wenn wir als Sozialdemokraten unsere Organisationen beibehalten und jede Möglichkeit ausnützen, die Verbindung für die Zukunft noch mehr zu festigen. Das Saargebiet muß als Abstimmungsgebiet betrachtet werden, und wir müssen uns für die nächsten 15 Jahre eine gesetzliche Vertretung in den einzelnen zuständigen Parlamenten sichern. Deshalb haben wir die Resolution 365 eingebracht.

Im Saargebiet ist bisher von der deutschen Regierung eine falsche Politik eingeschlagen worden, die geradezu darauf hinausläuft, uns den Franzosen in die Hand zu spielen. Das Saargebiet ist mit dem französischen Volkssystem verbunden. Die deutsche Regierung bereitet uns in den Grenzgebieten die größten Schwierigkeiten. Wenn wir ein Paket nach dem Saargebiet schicken

wollen, so brauchen wir die Genehmigung von Berlin, die manchmal monatelang dauert. (Hört! Hört!) Auch in der Ernährung, besonders in den Kartoffelieferungen, haben wir die erdenklichsten Schwierigkeiten, die Einwohner des Saargebiets mit deutschen Kartoffeln zu versorgen. Dies trägt dazu bei, daß allmählich im Saargebiet eine Entfremdung gegenüber dem übrigen Deutschland aufkommt. Wir müssen alles daransetzen, daß nach 15 Jahren das Saargebiet ohne weiteres zu Deutschland gehört. Wir verlangen, daß die Reichstagsfraktion und die Fraktionen der Landtage Bayerns und Preußens angewiesen werden, dem Saarland eine gesetzliche Vertretung zu sichern, ebenso wie das Abstimmungsgebiet von Oberschlesien noch eine gesetzliche Vertretung hat. Sorgen Sie dafür, daß unsere Arbeit nicht zu sehr erschwert wird und daß wir die Verbindung aufrechterhalten können, dann haben Sie wenigstens mitgeholfen, daß nach 15 Jahren wir im Saargebiet als gute Deutsche und als Sozialdemokraten wieder zu Ihnen zurückkehren können. (Lebhafter Beifall.)

Otto Braun-Berlin: Die Delegierten der Republik Preußen haben mich beauftragt, folgende Erklärung abzugeben:

Die preußischen Delegierten des Parteitages begrüßen die gestern durch den Mund des Genossen Auer abgegebene Erklärung der Genossen und Genossinnen Bayerns und erklären ihrerseits, daß sie sich eins fühlen mit den bayerischen Genossen in der nachdrücklichen Ablehnung und Bekämpfung aller Bestrebungen, die, sei es durch Separation oder Anstrengung einer Hegemonie einzelner Länder oder Länderteile, auf die Zerreißung der politischen und wirtschaftlichen Einheit der deutschen Republik gerichtet sind.

Die preußischen Genossen fühlen sich auch eins mit ihren bayerischen Parteifreunden in der schärfsten Verurteilung jener konterrevolutionären Kreise, die nicht nur die Errungenschaften der Revolution bedrohen, sondern auch geeignet, ja sogar darauf gerichtet sind, einen Gegensatz zwischen Bayern und Preußen hervorzurufen und zu vertiefen. (Lebhafter Beifall.)

Damit ist die Debatte über die allgemeinen Fragen erledigt.

Der Vorsitzende **Müller** weist noch darauf hin, daß es in der Resolution Nr. 362 im letzten Absatz unter 2 statt „unter den Kranken“ heißen muß: „außer den Kranken“.

Der Parteitag tritt dann in den zweiten Teil der Debatte über den Bericht der Reichstagsfraktion ein, und zwar in die Debatte über die Fragen der allgemeinen Wirtschaftspolitik, der Sozialisierung und der Ernährungspolitik. Gemäß dem Beschlusse in der Eröffnungssitzung erhält zunächst das Wort

Wißell: Genosse Hoch meinte am ersten Tage, die Sozialisierung, speziell die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft, sei für den nächsten Augenblick das Wichtigste, und darüber müßten wir verhandeln. Darüber brauchen wir nicht zu verhandeln; denn darüber gibt es meines Erachtens keine Meinungsverschiedenheit. Unsere Aufgabe ist lebendig, zu handeln und die Aufgabe liegt in erster Linie der Fraktion ob. Wenn sie sich entschieden hat, so oder so, etwa Verstaatlichung oder Vorschlag I oder II, dann wird, dessen bin ich sicher, jeder ohne Ausnahme auch seine Kraft dafür einsetzen, daß so gehandelt wird. Wie darüber Einmütigkeit besteht, so besteht auch über das Endziel keine Meinungsverschiedenheit. Das Endziel bleibt die für und durch die Gesellschaft betriebene Wirtschaft mit Ueberführung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln in das Eigentum von Organen, die die Gesellschaft präferieren.

Was wollen wir nun aber mit den Wirtschaftszweigen tun, in denen eine Sozialisierung noch nicht möglich ist? Alles entwickelt sich doch organisch. Sollen wir da auf dieses Wachsen keinen Einfluß zu gewinnen suchen, daß es dem Sozialismus entgegenreißt? Wenn wir hier einen Einfluß gewinnen wollen, dann müssen wir uns darüber klar sein, daß zwischen der kapitalistischen und der rein sozialistischen Wirtschaft noch eine ganze Menge der verschiedensten Mischformen vorhanden sind, aus denen sich die sozialistische Wirtschaftsweise entwickelt und die vom kapitalistischen Eigentum über die fortschreitende Verfügungsbeschränkung des Privateigentümers bis zur vollständigen Ver gesellschaftung der Produktion durch reiflose Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in der sozialistischen Wirtschaft führen. Ueber alles dies enthält unser Parteiprogramm nichts, und es konnte darüber auch nichts enthalten, denn als nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Revision des Parteiprogramms vorgenommen wurde, konnte man nur in abstrakten Sätzen über den Aufbau unserer Wirtschaft in der Zukunft reden. Wenn sich auch das Ziel dem einen näher darstellte als dem anderen, so lag doch immerhin das Ziel noch in relativ weiter Ferne. Heute sind wir diesem Ziel näher gekommen. Wir sehen es selbst, und wir sehen auch die Wege zu diesem Ziel viel klarer als vor dreißig Jahren. Die einen glauben nun, daß wir dieses Ziel von heute auf morgen erreichen würden, andere wiederum meinen — und es sind sogar ganz offene und ehrliche Unabhängige und Kommunisten —, daß wir noch durch die vor dem Ziel liegenden Niederungen freier ungebundenen Kapitalismus hindurch müßten und dieser die noch vorhandenen Lücken im Zusammenschluß wirtschaftsorganisatorischer Einheiten mit den Mitteln kapitalistischer Wirtschaftspolitik schließen müssen.

Weil wir nun den Weg klarer vor uns sehen, müssen wir uns fragen, was nun zu geschehen hat. Für alle Gebiete, die noch nicht sozialisierungsreif sind, hatte der vorjährige Parteitag ganz bestimmte Richtlinien aufgestellt. Sie finden sie im Parteitagsprotokoll auf Seite 123. Der Parteitag fordert von der parlamentarischen Vertretung der Partei und ihren Regierungsmitgliedern die Sozialisierung, wo sie möglich ist; wo sie noch nicht möglich ist, ist an Stelle der reinen Privatwirtschaft eine zugunsten der Volksgemeinschaft planmäßig betriebene und gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft durchzuführen. Vier Wochen nach diesem Parteitagsbeschlusse war alles vorbei. Kein Parteivorstand, der doch die Durchführung der Beschlüsse des Parteitages überwachen soll, kein Mitglied des Parteivorstandes hat sich gefunden, das für die Durchführung der Beschlüsse sich eingeklagt hätte. Wo ein einzelnes Parteivorstandsmitglied in der Fraktion zu diesen Beschlüssen Stellung genommen hat, hat es sein rechtliches Teil dazu beigetragen, daß nicht diesem Beschlusse entsprechend gehandelt wurde. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!)

Man stelle dann ein neues Wirtschaftsprogramm auf, das, wie es in der Rede des Genossen Bauer am 23. Juli in der Nationalversammlung hieß, nicht negativ in der Ablehnung der sogenannten Planwirtschaft bestehen darf, sondern das positiv zu planvoller, zielklarer Wirtschaftspolitik führen muß. Genosse Bauer stellte für die künftige Wirtschaftspolitik drei Gebote auf, die richtunggebend sein sollten:

Erstens: Sozialisierung soweit als möglich, und keinerlei Neueröffnungen für die künftige durchgehende Sozialisierung.

Zweitens: Sicherstellung des Bedarfs der Minderbemittelten an Nahrung und Kleidung.

Drittens: Fernhaltung überflüssiger Luxuseinfuhr, die unsere Zahlungsmittel verschlechtern müßte und überhaupt jeder Einfuhr, die unseren Arbeitsmarkt ungünstig beeinflussen würde.

Aber in den Grenzen dieser drei Gebote: Freiheit der Wirtschaft mit Heranziehung jeder Initiative und jedes Kredits, Dezentralisation der Mitarbeit in der Aufforstung unseres wirtschaftlichen Lebens, zu der jede Hand und jede Beziehung gebraucht würde.

Wie hat man sich nun die Durchführung dieses Programms gedacht? Bauer hat eingehend darüber gesprochen. Zunächst sollte das reiche Erzlager des Meißner-Bezirks in Reichsbesitz überführt werden. Ein Gesetz sollte noch in dieser Tagung dem Reichsrat und der Nationalversammlung zugehen. Ein weiteres Gesetz über die Sozialisierung der Braunkohlerzeugung würde binnen kurzem zur Vorlage bereit gemacht werden. Damit hoffte man, Wirtschaftsgebiete von nicht zu unterschätzender Bedeutung in den Allgemeinbesitz überzuführen. Dann sollte die Steuergesetzgebung planvoller auf das Ziel eines Vermögensausgleiches eingestellt werden. Nicht nur eine Begleichung der Kriegsgewinne und eine scharfe Besteuerung der alten Vermögen und der großen Einkommen, sondern auch eine weitgehende Beschränkung des Erbrechts sollten durchgeführt werden. Die neue, von sozialer Gerechtigkeit getragene Steuergesetzgebung sollte durch die Reichseinkommensteuer gekrönt werden. Damit ruhe dann die Finanzgebarung in weitestem Umfange in den Händen des Reiches. Durch die Schaffung der Reichseisenbahnen, die Sozialisierung der Elektrizität, der Erzeugnisse, der Braunkohle, der der übrige Bergbau folgen sollte, würde das Reich zum wichtigsten Faktor des ganzen Wirtschaftslebens gemacht. Mit diesen drei Machtmitteln sei im demokratischen Staat die Mehrheit des Volkes jederzeit in der Lage, dem deutschen Wirtschaftsleben Form und Inhalt zu geben; das Reich sei niemandem gegenüber in Zukunft machtlos. Dieser Zustand sollte evtl. auch noch durch Schaffung zweidienstlicher Monopole herbeigeführt werden.

Was ist von alledem Wirklichkeit geworden? Nichts, nichts und noch einmal nichts. Als ich auf dem letzten Parteitag im Juni 1919 die ganze Ungunst der Verhältnisse besprach, trat mir der Genosse Schmidt mit der von mir getanen Bemerkung entgegen, daß bei uns in Deutschland noch auf lange Jahre Schmalhans Küchenmeister bleiben werde; damit könne man keine Begeisterung erwecken. Gewiß nicht! Wir kommen mit einem Strohfeuer einer Begeisterung überhaupt nicht weiter. Hat denn Genosse Schmidt Begeisterung erwecken können? Hat nicht die Politik, die getrieben wurde, bis unsere Genossen aus der Regierung austraten, eine geradezu lakajämmerliche Stimmung in uns allen hervorgerufen? (Lebhafte Zustimmung.) Das mir damals von Schmidt empfohlene Rezept, ich solle mehrere Industrien, die dazu reif wären, sozialisieren, auch ein Getreidemonopol durchführen, hat der Kollege Schmidt selbst nicht befolgt, trotzdem er schließlich mehr Zeit dazu gehabt hätte als ich. Ich bin vier Monate Wirtschaftsminister gewesen und vier Wochen später, nachdem mir dieses Rezept gegeben wurde, nicht mehr. Mein Nachfolger war 11 Monate im Amt. Gaben unsere Parteigenossen im letzten Jahr auch nur den kleinsten Versuch der Sozialisierung unternommen? Kommen Sie mir nicht mit dem Elektrizitätsgesetz. Dieses Gesetz stammt von einem bürgerlichen Minister, und seine Ausführung ist in die Hand eines bürgerlichen Ministers gelegt; es ist nichts anderes als eine Fiskalisierung, das der Nationalversammlung von einem Kabinett vorgelegt wurde, in dem damals in der Mehrzahl Parteigenossen saßen. In dem Entwurf war auch nicht mit einem Wort von einer Mitbestimmung der Arbeitnehmer die Rede. (Sehr richtig!) Wenn sich irgendwelche Möglichkeiten zur Sozialisierung geboten hätten, dann hat sie der Genosse Schmidt durch seine Wirtschaftspolitik zertrümmert. (Zustimmung.) Mit dem ersten Programmpunkt des Kabinetts, der Sozialisierung, ist es also nichts geworden.

Hat etwa der zweite Punkt, die Sicherung des Bedarfs der Minderbemittelten an Nahrung und Kleidung, Erfüllung gefunden? Sie wissen, daß unserm Volke heute das Dringlichste und Notwendigste in bezug auf Nahrung, Kleidung und Wohnung fehlt.

Auch der dritte Programmpunkt, die Fernhaltung überflüssiger Luxusimporte, hat keine Durchführung gefunden. Die Einfuhr wurde gelockert, nicht lebenswichtige Waren, auch Luxuswaren, kamen ins Land. Man wollte praktische Wirtschaftspolitik treiben. Praktische Wirtschaftspolitik ist nichts anderes als verkörperter gesunder Menschenverstand. Ist es aber gesunder Menschenverstand, wenn eine Politik betreibe, die nur Erfolg haben kann, wenn irgendwo und irgendwo ein blaues Wunder entsteht? Es ist genau so wie unter Ludendorff im Kriege eine Politik getrieben worden, die auf ein Wunder hoffte, das nicht eintreten konnte. Diese angeblich praktische Wirtschaftspolitik, die in vollster Verkennung der Lage betrieben wurde, war das Verhängnisvollste, was überhaupt getan werden konnte. Am 24. Juli, einen Tag nach der Rede Bauers, jagte in der Debatte über die sogenannte Planwirtschaftsinterpellation der Genosse Schmidt wörtlich: „Ich halte es für vollständig unnötig, daß durch irgendwelche Organisationen, seien sie auch auf ganz freier Grundlage gebildet, den Interessenten vorgeschrieben wird, welche Preise sie vom Auslande zu nehmen haben (Sehr richtig! bei den Demokraten), oder ihnen erst die besondere Erlaubnis gegeben wird, ob zu jenem oder diesem Preise die Ware ausgeführt werden darf. Dem Einwand, daß unser Handel, unsere Industrie die Waren zu billig nach dem Auslande geben wird, halte ich für nicht berechtigt; solch törichte Kaufleute gibt es in Deutschland sehr wenig (Sehr richtig!) und solch törichte Fabrikanten auch nicht, die ihre Waren zu ungünstigeren Preisen als den Weltmarkt bringen, ohne die Konjunktur auszunutzen. (Sehr richtig!) Wenn aber auch einmal einer so töricht sein sollte, um dieses einen wegen will und kann ich nicht der gesamten Industrie, dem gesamten Handel Erschwernisse machen.“ Und da sagten die Deutschen Volksparteiler und die Deutschen Demokraten „sehr gut!“ (Hört! Hört!)

Wenn man das liest und sich vergegenwärtigt, wie diese Annahme sich als Irrtum erwiesen hat, dann begreift man wohl meine Ueberzeugung, daß die angeblich praktische Wirtschaftspolitik das Verhängnisvollste war, was überhaupt getan werden konnte. Hat diese Wirtschaftspolitik nicht dazu geführt, daß wir ärmer als vor einem Jahre geworden sind? (Sehr gut!) Soll ich in Ihre Erinnerung zurückrufen, zu welchen Preisen die Waren ins Ausland gingen? Soll ich Sie an den Artikel von Deutsch erinnern in der „Vossischen Zeitung“, wo nachgewiesen wurde, daß die deutschen Waren um das Fehnfache zu billig ins Ausland verkauft wurden? Entsprechend den Grundätzen, die im Wirtschaftsministerium aufgestellt waren und die im wesentlichen dahin gingen, „Einfuhrfreiheit für Rohstoffe“, „Ausfuhrfreiheit für Fertigfabrikate“ zu gewähren, mußte es dahin kommen, daß Bettmäße und Leibmäße, ausgenommen die aus reinem Leinen hergestellte Wäsche, daß Militärmäntel zu Hunderttausenden, d. h. also für die abgerissene Bevölkerung lebenswichtige Waren, ins Ausland gingen. Frei, ohne jede Kontrolle, und zwar bis in den Dezember 1919. Dann endlich wurde das geändert, dann hatte sich Genosse Schmidt auch zu der Erkenntnis durchgerungen, daß fast alle Kaufleute, mit wenigen Ausnahmen, zu den törichtesten Kaufleuten in Deutschland gehörten.

Dann kam die Verordnung vom 20. Dezember 1919, die die Außenhandelsstellen schaffen wollte. Als ich im Mai und Juni 1919 die Außenhandelsstellen errichten wollte, wurde von bürgerlicher Seite mit allen Mitteln dagegen angeämpft, weil dazu keine Rechtsgrundlage gegeben sei und weil das gegen die Grundzüge der Verfassung verstieße. Fünf Monate später sah man,

daß es ohne die Außenhandelsstellen nicht weiterging. Man ging an ihre Organisation. Endlich war man mit dem Aufbau der Außenhandelsstellen fertig, so daß schließlich am 15. Mai d. J. die Ausfuhrabgaben erhoben werden konnten, aber kaum mehr erhoben werden konnten, weil bis dahin eine ganz andere Situation durch das Steigen der deutschen Mark eingetreten war. Was sind für Milliardenverdienste gemacht worden, durch eine Ausfuhr, die in Wirklichkeit das deutsche Volk verarmt hat! Wir haben in den letzten Tagen erst die Ziffern über Ein- und Ausfuhr vom Januar 1919 bis Ende Mai d. J. bekommen. Daraus ergibt sich ein Einfuhrüberschuß von über 27 Milliarden Mark. (Lebhafte Aufe: Hör! Hör!) Aber diese Uebersicht ist noch frisiert, weil in die Ausfuhr die Wiedergutmachungen hineingerechnet sind. Dieser Einfuhrüberschuß bedingt, da wir ihn doch noch nicht oder nur mit Papiermark bezahlt haben, daß wir dem Auslande gegenüber verschuldet sind. Auch die Bezahlung mit Papiermark bedeutet nichts anderes als ein Entnehmen der Waren auf Kredit. Warum hat das Ausland diese Papiermark angenommen? Um der schönen Figuren und Ornamente wegen, die wir auf einen Papiersephen gedruckt haben, sicher nicht. Nur deshalb, weil sie eine Anweisung auf noch von Deutschland zu liefernde Waren darin sahen. Wir haben das schon verbraucht, was wir in den nächsten Jahren erst herstellen sollen. Bei kleinem fing die Erkenntnis an zu reisen, daß die bisherige Politik falsch sei. Die Außenhandelskontrolle war ein nach außen dokumentierendes Moment, daß Schmidt seine Auffassungen vom Juli 1919 als irrig erkannt hatte. Früher allerdings war es in anderen Regierungsstellen der Fall. Schon am 1. Oktober jagte Erzberger, daß die Erfahrungen, die wir mit der Zulassung des freien Handels gemacht hätten, für die Valuta und für unser ganzes volkswirtschaftliches Gelingen so verwüstennd gewesen seien, daß die Reichsregierung in ernsthafte Erwägungen eingetreten sei, in welchem Umfang und von welchem Zeitpunkt ab sie wieder an eine geregelte Einfuhr denken müssen. Und am 2. Oktober jagte er, daß die Regierung zu einer Regelung der Ein- und Ausfuhr entschlossen sei und es herrsche ja auch in der Nationalversammlung erfreuliche Uebereinstimmung, daß die vielfach planlosen Einkäufe ohne Rücksicht auf das Bedürfnis des Wirtschaftslebens nicht aufrechterhalten werden könnten. Und er teilte mit, daß am Morgen des gleichen Tages auf der Valutakonferenz übereinstimmend die Auffassung zum Ausdruck gekommen sei, daß es unmöglich sei, an eine weitere Forderung der Zwangswirtschaft heranzutreten, daß es unmöglich sei, Einfuhr und Ausfuhr vollkommen planlos laufen zu lassen.

Die Erkenntnis kam, aber nichts geschah. Ich gehörte in der Fraktion. Unsere Genossen haben mich in der Fraktion interessiert angehört, aber nichts geschah. Ich habe mich gegen die Herabsetzung der Ausmahlung des Getreides im vorigen Jahre gewandt, man hat sie geschehen lassen, obwohl es klar war, daß die geringere Ausmahlung am Ende des Erntejahres bittere Folgen zeitigen würde. Ich habe im März in der Fraktion beantragt, daß die Fraktion endlich einmal wöchentliche Uebersichten über die Anlieferung von Getreide und Kartoffeln im Vergleich mit dem Vorjahre unter gleichzeitiger Angabe der gesamten Anlieferung seit Beginn des Erntejahres und der derzeitigen Bestände von der Reichsgetreidestelle gegeben verlangen. Mein Nachfolger hatte Bedenken dagegen, weil der Vergleich zum Vorjahre erhebliche Unruhe in die Bevölkerung tragen würde. Deshalb wollte er die Zahlenangaben aus dem Vorjahre nicht machen. Die Fraktion verzichtete auf die Vorlage der Vergleichsangaben über das Vorjahr, und da ohne sie gar kein Vergleich möglich war, habe ich meinen Antrag zurückgezogen, weil er dann ganz wertlos war.

Auch auf anderem Gebiete machte sich ein Umsturz der Auffassung im Wirtschaftsministerium geltend. Im März dieses Jahres hat das parlamen-

tarische Bekleidungsstück des Ministers, der Staatssekretär Hirsch, in einer großen Zusammenkunft berufener Wirtschaftskenner, nach dem den Teilnehmern an der Konferenz zugegangenen amtlichen Protokoll folgendes gesagt: Was die allgemeine Industriepolitik angeht, so hat sich in der letzten Zeit eine gänzliche Wandlung der Anschauungen vollzogen. Im vorigen Sommer habe man geglaubt, daß die Freiheit in der Bewegung des Wirtschaftslebens in Gang bringen werde. Diese Erwartung habe sich nicht erfüllt. Die inzwischen eingetretene Materialknappheit mache eine kräftigere Industriepolitik notwendig. Deshalb mühten wir unbedingt zur organisierten Wirtschaft in der Form von Selbstverwaltungskörpern kommen. Die Regierung habe auch bereits dafür gesorgt, daß die bürokratische Wirtschaft in die Selbstverwaltung der Interessenten umgewandelt würde, unter Vorbehalt eines Einspruchsrechts bei für die Allgemeinheit wichtigen Beschlüssen, wie bei Kohle, Kali und Eisen. Das Ziel der Wirtschaftspolitik müsse gerichtet sein auf Sparsamkeit, gleichmäßige Versorgung, vernünftige Preispolitik auf dem Markt. Man wolle auch die Herstellung von Luxuswaren für das Inland verbieten, verkündete der Herr Staatssekretär. Auch in der Textilindustrie habe man mit erheblichen Eingriffen zu rechnen. Der weitere Ausbau der Handels erleichterungen sei nur da zweckmäßig, wo eine Verbandsbildung erfolgt sei, sonst würde lediglich der Schleichhandel Vorteil davon errreichen. Was ist das anders, als die Gedanken der Planwirtschaft, wie ich sie eigentlich nicht präziser hätte formulieren können (Sehr richtig!), wie sie da im März und sicherlich doch nicht ohne oder gegen den Willen des Ministers proklamiert wurden? Aber bei den Neben ist es geblieben. Ansätze wurden gemacht und es blieb doch dabei, weil man im Endergebnis nicht wußte, worauf man hinauswolle, weil man sich über die Wege zum Ziel nicht klar war. Einzelentscheidungen wurden getroffen, ohne ein festes Programm. Es hat das Dauerziel gefehlt, das in all den sich freuziehenden Strömungen und in den bunt wechselnden Zufälligkeiten des Tages festgehalten werden mußte und dem sich alle Eintagsentscheidungen untergeordnet hätten. Und so ist man denn in einer Zirkularfahre hineingekommen, der sich von dem dem alten Regimes nicht unterscheidet (Sehr gut!), der nach allen Seiten in gedankenlose Gelegenheitsmacherei ausließ und darum überall abstieß. Da mußte keine den Körper noch so erschöpfende intensive Arbeit von früh bis spät, wie sie Genosse Schmidt wahrlich persönlich geleistet hat. Aber es fehlte die klare einheitliche Richtung, die der Masse die Ueberzeugung gibt, daß die Partei wisse, was sie will. Ein klar erkennbares Wollen in der Leitung hat gefehlt und daher das Fehlen des Gefühls der Sicherheit in den Massen, ohne das ja doch keine Bewegung Schwung und Wucht bekommen kann. Im Laufe des letzten Jahres hat keiner zu irgendeiner Zeit sagen können, welche Schritte denn die Partei im einzelnen gehen würde. Lesen Sie, wenn Sie das, was ich heute vortrage, nicht im Gedächtnis behalten — und das können Sie nicht — im stenographischen Bericht noch einmal nach. Wir sind hin- und hergeschwankt und doch zu keinem positiven Ergebnis gekommen. Dann werden Sie verstehen, wenn ich sage: daß die betriebene Wirtschaftspolitik das Verhängnisvollste war, was die Partei tun konnte. Im Laufe des Jahres konnte keiner wissen, welche Schritte die Partei nun machen werde. Die Wirtschaftspolitik, die immer nur gute Hoffnungen erweckte, die aber niemals Taten hatte, die zu der immer höher steigenden Preissteigerung beigetragen hat, diese Wirtschaftspolitik hat uns das Zutrauen der Wähler gekostet. (Sehr richtig!) Der „Vorwärts“-meint, dieses Wort würde uns aus der Grammophonplatte unserer Gegner in den nächsten Jahren noch oft entgegenhallen. Nicht die ausgesprochene Wahrheit ist es, die uns schadet, die nicht erkannte oder die nicht ausgesprochene Wahrheit. (Zuruf.) Wir würden uns einer Selbsttäuschung hin-

geben, wenn wir meinen wollten, daß es die Wirkung unserer Politik gewesen sei, wenn sich jetzt ein Umschwung in der Auffassung der bei den letzten Wahlen nach links abgewandten Massen bemerkbar macht, weil sie erschrocken sehen, wohin die Politik der Unabhängigen führt, daher das Zurückströmen zu uns. Nicht weil unsere Politik den Massen so einleuchtend erscheint, sondern weil die andere so absehbar wirkt, daher der Umschwung. (Sehr richtig!) Genossen! In dem den Gipfel parteieigenössiger Polemik erklommenden Flugblatt, das der Parteivorstand im Juni 1919 herausgeben wollte, wurde mir klipp und klar der Vorwurf gemacht, ich hätte die Arbeiter mitschuldig werden lassen wollen an der Ausbeutung des Volkes durch die Kapitalisten. Wenn irgend etwas die Partei hat mitschuldig werden lassen an einer Ausbeutung des Volkes, dann die plan- und ziellos hin- und herjahrende, von der Partei — soweit der Vorstand und die Fraktion in Frage kommt — gebilligte Wirtschaftspolitik, die seit Juli 1919 getrieben wurde. Ich will besonders betonen, daß ich im Gegensatz zu den Behauptungen des Flugblatts nur von einer objektiven, von keiner subjektiven Schuld spreche. Diese Ausbeutung hat niemand gewollt. Aber leider ist sie eingetreten und sie hat dem Volk Mittel entzogen, die in die Milliarden gehen. In der Politik kommt es nicht auf den Willen, sondern auf das Ergebnis an, und das Ergebnis der betriebenen Wirtschaftspolitik ist ein solches, daß man sagen muß: der Kapitalismus und der Handel haben sich austoben können, als ob wir nie eine Revolution gehabt hätten. (Sehr richtig!) Die Märkte sind zum Spiel- und Tummelplatz rücksichtslosen Spekulantentums geworden, dem nach keiner Richtung irgendwelche Schranken haben gezogen werden können. (Sehr richtig!) Wenn ich mir die Preissturze seit Juli 1919 ansehe, dieses teile Emporkommen, dann muß ich leider feststellen, daß das diametrale Gegenteil dessen eingetreten ist, was Bauer und Schmidt verkündet hatten, nicht nur als das Ziel, sondern als das sichere Ergebnis ihrer Politik hingestellt hatten. Wenn einmal in Zukunft die Geschichte unserer Zeit geschrieben werden wird, dann wird das Kapitel der Wirtschaftspolitik eine einzige Anklage sein, eine einzige Quelle nur zu berechtigter Kritik. Wir werden gemoggen und zu leicht befunden werden! (Bewegung.) Gewiß, die Schuld der Unabhängigen ist noch größer als die, die ich hier aufrolle, weil sie nur Worte hatten, niemals aber den Versuch zum ernsten Handelns machten. (Sehr richtig!) Jedenfalls aber hat man die Möglichkeiten, die sich im vergangenen Jahre boten, um endlich Ordnung in die Wirtschaft zu bekommen, nicht ausgenutzt; selbst in den Kreisen derer, die nach der freien Wirtschaft schrien, fing es ja an zu dämmern, daß man mit der freien Wirtschaft nicht vorwärtskomme. Es mußte ja jede Kaufflation aufhören, wo die zu bearbeitenden Rohprodukte der täglichen Spielball ungezügelter Spekulation wurden. Im Februar dieses Jahres schrieb sogar das „Berliner Tageblatt“: „Nachdem im Sommer 1919 die Blockade aufgehoben war und der jahrelang in der Binnenwirtschaft eingeführte deutsche Handel wieder in den Weltverkehr hinausgreifen konnte, haben uns die Verhältnisse bald gezeigt, daß mit den alten, vor dem Kriege von uns so erfolgreich gehandhabten Methoden des reichen weltwirtschaftlichen Ausgleichs unsere Handelsbilanz und unsere Valuta nicht in Ordnung gebracht werden konnten.“ Und es wird dann auseinandergesetzt, wie der Versuch gemacht worden ist, auch bei Inlandsverkäufen dem Weltmarkt ähnliche Preise sich zu sichern, wie der Inlandsmarkt immer mehr von Waren entblößt wurde, die zum notwendigsten Lebensbedarf gehören, während auf der anderen Seite die Kaufkraft der breiten Massen und des Mittelstandes immer tiefer herabging.

Und wie ist es gekommen, daß nichts geschah? Man starzte wie hypnotisiert nur auf das Endziel, ohne ihm näherzukommen zu können und ließ das

große weite Gebiet der Wirtschaft zum Tummelplatz der wütesten Spekulation werden. Ich bin mir natürlich klar darüber, daß der verlorene Krieg, daß diese Schäden, die sich da für uns offenbarten, schwer verwüstend gewirkt haben. Aber doch ist nicht alles getan worden, was hätte getan werden können. Am ersten Tage mußten wir von dieser Tribüne hier hören, wir seien ja in allen unseren wirtschaftlichen Maßnahmen durch den Friedensvertrag gebunden. Was heißt denn diese Bemerkung? Das heißt ja, die eigene Schwäche auf die feindselige Ueberlegenheit abwälzen. Wenn uns auf einem Gebiete noch relative Freiheit geblieben ist, dann auf dem Gebiet unserer inneren Wirtschaftspolitik. Wir haben Wiedergutmachungsverpflichtungen ungeheuerlichster Art zu erfüllen. Die sind nur möglich bei einer organisierten Wirtschaft, und diese Ordnung ist nicht nur möglich, sondern sie ist absolut geboten, gerade wegen des Friedensvertrages, gerade wegen der Ungunst unserer Lage, die nur die wenigsten im Volke in ihrer ganzen furchtbaren Größe kennen. Im Frieden konnten wir unser Volk nicht ernähren. Die landwirtschaftlichen Uebererschußgebiete, auf denen fast ein Drittel des deutschen Kornes wuchs, sind verlorengegangen, der landwirtschaftliche Boden ist in seiner Ertragsfähigkeit wesentlich zurückgegangen. Wie wollen wir diese Riesenmengen von Nahrungsmitteln zur Versorgung der Bevölkerung denn überhaupt bekommen und bezahlen, wenn nicht durch unsere Waren, deren Höchstmaß nur zu erzielen ist in einer Wirtschaft, die von allen Hemmnissen, die die anarchische Wirtschaftsordnung der heutigen Zeit mit sich bringt, befreit ist? Wir müssen mehr Korn einführen im nächsten Erntejahr, als wir aus der eigenen Ernte zur Versorgung der auf Nation angewiesenen Bevölkerung haben werden. (Sehr richtig und Zuruf: Woher denn?) Das ist es ja gerade. Woher sollen wir sie nehmen. Wir müssen sie haben, um nur die notdürftigsten Nationen zu geben und müssen suchen, sie zu bekommen, wir müssen nur die Zahlungsmittel dafür schaffen. So wie es in den letzten Jahren war, daß wir immer zehren von dem, was in Zukunft von uns erzeugt werden soll, geht es auf die Dauer nicht weiter. Jetzt allerdings scheinen auch unsere Genossen in der früheren Regierung, die jetzt von irgendetwem Amt frei sind, einzusehen, daß die Wirtschaft, die wir haben, nicht weitergeht. In einem Artikel des Genossen Schmidt, den ich in der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ vom 27. September finde, sagt er: „Leider trägt die jetzt eingeschlagene Wirtschaftspolitik dazu bei, diese ungünstige Lage auf dem Weltmarkt zu verschärfen, wenn sie nicht überhaupt die Ursache für den Sturz der Valuta abgegeben hat. Dem Drängen gewisser Interessentenkreise nachgebend, hat man in Deutschland viel zu sehr die Einfuhr gelockert. Man ist den Wünschen des Außenhandels in weitem Maße entgegengekommen, obwohl man sich sagen mußte, daß gerade gegenwärtig bei einer Steigung des Absatzes auf dem Weltmarkt, der Zeitpunkt der ungeeignetsten ist, die Schleusen der Einfuhr weiter aufzuschieben. Mit wie wenig volkswirtschaftlicher Einsicht der Großhandel seine Politik betreibt, dafür gibt der Beschluß des Hamburger Senats, die Außenhandelsstellen aufzuheben, den besten Beweis.“ Vom Genossen Bauer las ich am 30. September im „Vortwärts“ eine Rede: „Die von der jetzigen Regierung betriebene Wirtschaftspolitik der Aufhebung der Zwangswirtschaft ist unverantwortlich. Die Lockerung der Aufsicht über den Handel mit dem Ausland und die damit verbundenen Maßnahmen tragen die Hauptschuld an der neuerlichen Verschlechterung der Valuta und der daraus zu erwartenden neuen Erwerbsquelle.“ Glatt unterschreibe ich dieses. Aber trägt diese Politik nur die Schuld an der neuen Verschlechterung der Valuta, nicht an der Verschlechterung, wie wir sie seit Juli 1919 erlebt haben? Das war ja die Folge der Wirtschaftspolitik, die unsere Genossen getrieben haben, nicht nur der neuen Wirtschaftspolitik, der Politik, von der Erzberger

schon im Oktober sagte, daß sie verwüstend gewirkt hat. Was Ihr hier beklagt, ist nur die Fortsetzung der von Euch betriebenen Wirtschaftspolitik, was wir jetzt sehen, das ist das photographisch getreue Spiegelbild Eurer Politik (Sehr gut!), nur muß man sagen: ins Riesenhafte vergrößert. (Sehr gut!)

Neben dem Streben nach der Sozialisierung dürfen wir das noch nicht zur Sozialisierung reife Wirtschaftsgebiet nicht vergessen, müssen wir den Einfluß auf dasselbe zu erreichen suchen. Wir müssen, um auch auf diesem Gebiet zum Sozialismus kommen zu können, an die Durchführung des langwierigen Prozesses der ökonomischen Umschichtung der bisherigen Warenproduktion herangehen. Das kann nicht von heute auf morgen geschehen. Es wird, wie Genosse Otto Bauer in seiner Schrift „Bolschewismus und Sozialdemokratie“ sagt, nur in langjähriger Entwicklung mit demokratischen Mitteln durch Einschaltung der Arbeiter zu entscheidender Mitwirkung geschehen, und diese ist nur möglich, wenn die Einsicht der Masse dazu reif ist, wenn die Arbeiterchaft dazu fähig ist. (Zurufe.) Als ich im Januar 1919 in der Revolutionsregierung mich zunächst mit den Wirtschaftsfragen intensiver befassen mußte, da war das erste, daß ich sah, daß die Einfuhr viel größer war als die Ausfuhr, und ich suchte die Einfuhr zu drosseln, sie nur auf das notwendigste zu beschränken. Ich sah die Entwertung unserer Werte, das aber habe ich allerdings nicht für möglich gehalten, daß sie eine derartige Entwertung erfahren würden, nicht zum wenigsten durch die zu große Einfuhr, die wir gehabt haben, wie sie sich in den 27 Milliarden Mark Ueberschuß der Einfuhr ausdrückt. (Zurufe: Das Loch im Westen!) Wahrscheinlich wird dieser Einwand auch von denen kommen, die nach mir sprechen werden. War denn das Loch im Westen 1919 nicht da, als Erzberger in einer öffentlichen Reichstagsitzung die Maßnahmen, die ich Ihnen vorgelesen habe, verkündete? War das Loch im Westen im Dezember 1919 nicht vorhanden, als man an die Errichtung der Außenhandelsstellen ging? Hatte man denn diese Maßnahmen in Aussicht genommen, ohne die Hoffnung zu haben, trotz des Lochs im Westen schließlicly der schwierigen Verhältnisse Herr zu werden? Diese Tatsache, daß man trotz des Lochs im Westen selbst das tat, was allerdings notwendig war, und viel früher schon hätte geschehen müssen, beweist, daß dieser Einwand nur zum Teil begründet ist. Und wenn wirklich im Westen die Grenze offen war, darum brachten wir doch nicht die Ein- und Ausfuhr in dem Rahmen, wie ich sie Ihnen nach den Grundätzen des Wirtschaftsministeriums vorgetragen habe, auch an allen anderen Grenzen frei zu lassen, wie es geschehen ist. Diese Verhältnisse mußten zu der durchschnittlich fortschreitenden Verschlechterung des Wertverhältnisses der deutschen zur ausländischen Währung führen und das mußte, was noch fast schlimmer ist, zu der spekulativen Zudung aller Zahlungsmittelwerte führen. Und daraus mußte die innere Inflation entstehen, aus der uns kein Gemisch von freier und gebundener Wirtschaft heraushilft. Heute kommen wir auch mit der reinen Zwangswirtschaft nicht weiter. Wir müssen versuchen, mit ihren Resten zu tun, was irgend getan werden kann. Aber wir können auf diesen Formen keine neue Wirtschaftsform mehr aufbauen. Selbst linksstehende Politiker meinen, wir müßten durch eine Periode des ungehinderten Kapitalismus hindurch. Lesen Sie den Vorschlag I der Sozialisierungskommission, mit welchen dünnen und nackten Worten dort gesagt ist, daß eben ein verschiedenes Preisniveau im In- und Auslande nicht aufrechterhalten werden kann. Der Verkehr mit dem Auslande werde über kurz oder lang die Ausgleichung der Preise erzwingen usw. Und selbst die „Freiheit“ schrieb am 16. Juli: „Auch die Arbeiterchaft, die Arbeiterklasse hat ein Interesse daran, daß eine Wiedernäherung der Wölter endlich beginnt, und wenn sich diese vorläufig auch nur in kapitalistischen Formen vollzieht, müssen wir alles tun, um sie zu fördern.“

In dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft ist nicht nur das Kapital interessiert. Die Arbeiterchaft weiß, daß sie umso rascher ihr Ziel bewirtschaftlichen, den Sozialismus erreichen wird, je ungezügelter sich die kapitalistische Produktion entwickelt.“

Es wäre furchtbar, wenn wir durch diese zunächst noch völlig freie kapitalistische Wirtschaft hindurch müßten. Wir können ihr nur entgegen, wenn wir in die zunächst noch vorhandene kapitalistische Wirtschaft durch staatlichen Zwang soviel Planmäßigkeit hineinbringen, daß die kapitalistische Produktionsmaschinerie, wenn auch zunächst noch bei Erzielung privaten Unternehmerprofits, ihren Rohstoffbezug, die Warenerzeugung und den Warenverkauf nach den zweckmäßigsten Bedürfnissen der Allgemeinheit unter Aufsicht des Staates vornimmt. Wir müssen den Kapitalismus zur brauchbaren Vorstufe des Sozialismus umgestalten, erstens, weil wir Sozialisten sind, und weil zweitens sonst unsere Wirtschaft völlig zugrunde gerichtet oder soweit heruntergebracht wird, daß die Masse des Volkes ein weit elenderes Dasein führen muß, als notwendig wäre, wenn wir uns als ernsthafteste Sozialisten beweisen. Das schrieb im Oktober vorigen Jahres der heute in unserer Mitte weilende Kollege Fellsch. Ich stimme ihm wörtlich darin zu. Wenn wir wieder hochkommen wollen, so kann dies nur in neuen Formen auch der nichtsozialisierungsreifen Wirtschaft geschehen. Alles drängt nach einer neuen Form. Eine Entwicklung zur Konzentration der gesamten Arbeit macht sich geltend. Sie leugnen zu wollen, hieße die Entwicklung überhaupt leugnen, und sie sich selbst überlassen wollen, hieße, sich am Volkswohl veründigen.

Wir haben als ganzes Volk einen Daseinskampf zu führen und müssen alle Kräfte zusammenreißen, um ihn zu bestehen. Da können wir das Wirtschaftslieben nicht nach wie zuvor in tausendfältige Atome zerspittert sein lassen. Wir haben den Daseinskampf kollektivistisch zu führen.

Es ist eine Frage, von der staatlichen Gängelerei der Wirtschaft, die ich wolle, zu reden. Der Staat soll nicht alles bestimmen, er soll sich auf die allgemeine Leitung beschränken und die sachlichen Funktionen der eigentlichen Betriebsführung den berufenen Wirtschaftlern überlassen. Die Führung der Wirtschaft soll den beruflich gegliederten Gemeinschaften überlassen bleiben, denen für bestimmte Funktionen öffentlich-rechtliche Gewalt zu geben ist. Nur so können wir der Sonderinteressen Herr werden, die sich uns heute offenbaren.

Ich bin nicht so utopisch, zu meinen, daß das, was ist, etwa übergangen werden könnte. Ihr seids, die Ihr meinen Grundgedanken grundsätzlichen Widerstand leistet, die Ihr meint, mit Sozialismus allein und mit Einzelsozialisierungen es tun zu können, die dann wie ein Fetttropfen auf der großen Konfurrenzwasserjuppe herumschwimmen werden, als die sich unsere heutige Wirtschaft doch nun einmal darstell. Ich kann das Gegebene nicht überspringen, ich kann nicht im lustleeren Raum experimentieren. Ich will die millionenfältigen, nicht zu entbehrenden Kräfte in unserer Wirtschaft, will jede Hand und jede Begehung, wie es Bauer prägte, benutzen. Aber eine atomisierte Wirtschaft kann nicht einseitlich geführt werden, nicht von den Rücksichten aufs Gemeinwohl. In ihr müssen sich die Sonderinteressen geltend machen. Will ich die Wirtschaft nicht nur als eine Angelegenheit der einzelnen, sondern in viel höherem Maße der Gesamtheit vom Gemeinschaftsgeist durchdringen lassen, dann muß ich sie zusammenfassen, weil nur der einzelne in der Bindung der Organisation soziale Interessen lernt.

Sozialisierung, wo es möglich ist, aber sorgen Sie vor allem dafür, daß für alle Wirtschaftsmaßnahmen nur rein sachliche und nicht opportunistische Gesichtspunkte ausschlaggebend sind. Wer sachlich nicht begründeten politischen

Strömungen nachgibt, kommt auf die Dauer dabei selbst unter die Räder oder er bringt das Volk dabei unter die Räder. (Sehr gut!) Sorgen Sie auch, daß das Talent, der freie Geist des Menschen, uns nicht verloren geht. Die Männer, die durch ihr Wissen und Können für jedes Land unendlich wertvoll sind, die in leitenden Stellungen der großen Unternehmungen stehen, können wir heute noch nicht entbehren. (Sehr wahr!) Wir konnten die Mitarbeit der wirtschaftlichen und geistigen Führer der bisherigen kapitalistischen Ordnung noch nicht gewinnen, weil sie, auch soweit sie nicht selbst Kapitalisten sind, während der stürmischen Aufwärtsentwicklung des Kapitalismus in Deutschland zu sehr Nutznießer der kapitalistischen Ordnung gewesen sind und sich ungeachtet ihrer sozialen Stellung subjektiv noch mit den Interessen der Bourgeoisie verknüpft sehen. Noch bedürfen wir ihrer Initiative. Kein Mensch kann gezwungen werden, mit ganzer Hingabe an der Spitze eines Unternehmens zu stehen, wenn er nicht in seinen Entschlüssen frei ist. Wer das Steuer ergreift und seine Persönlichkeit zur Führung des Schiffes einsetzt, wird nie dulden, wenn er ein Mann ist, daß die ihm anvertrauten Menschen in seine Steuerung hineinreden. Er soll nicht nach Willkür handeln, er soll kaufmännisch oder technisch leiten im Rahmen einer Verfassung. Aber diese Verfassung kann sich nie weiter als auf den inneren Betrieb der Unternehmung erstrecken.

Klammern Sie sich auch nicht an Theorien. Die schönsten Theorien, die die Wege weisen, um aus dem Elend herauszukommen, nützen uns im Augenblick nichts. (Sehr richtig!) Wenn sie uns jetzt nicht helfen, dann können wir nicht nach ihnen handeln; und wenn uns das Herz darüber bräche, wir müssen ihrer für den Augenblick entsagen. Je rationeller die Wirtschaft ist, desto eher und mehr bietet sie die Möglichkeit für die Erfüllung der kulturellen Aufgaben, wo wir am allergeringsten noch wieder führend sind.

Nur durch rationale Wirtschaft können wir der Scheiternsjunktur mit Produktionsrückgang — ich erinnere an die Eigenivität der Landwirtschaft — und der unproduktiven Erwerbslosigkeit trotz Produktionsgelegenheit — ich denke an das Bauwesen — Herr werden. Wir dürfen diese Organisationsarbeit unserer Wirtschaft nicht immer durch eigene Zweifel unterbrechen, ob wir etwa den Kapitalismus stärken würden, auch nicht durch Opportunitätsrücksichten; auch nicht demagogisch tören lassen durch Leute, denen der Profil beschnitten werden würde, und die zum Teil ihr Schäflein im Ausland im Trocknen haben, vielfach in höheren Beträgen als sie sie im Frieden hatten. Leider mit durch unsere Wirtschaftspolitik. Wir dürfen unsere Kraft auch nicht in gelegentlichen Einzelorganisationen erschöpfen. Wir müssen ein Gesamtnetz schaffen und die vorhandenen Arbeitnehmerkompetenzen nicht nur ausnützen, sondern nach Möglichkeit erweitern. Wenn wir so die vordringende proletarische Kontrolle der gesamten Wirtschaft proklamieren in Gestalt von gesetzlich geschütztem Einfluß in öffentlich-rechtlichen Selbstverwaltungskörpern — Kohlen-, Elektrizitäts-, Kaliträten usw. —, mit der Tendenz, durch vollkommensten Nationalismus die Willkür, den Profit und die Konjunkturgewinne zu verdrängen, nur dann können wir vorwärts. Dabei müssen wir auch anerkennen, daß die gesellschaftliche Arbeit auch nach Beseitigung des heutigen Unternehmertums dispositive, leitende Arbeitgeber und ausführende Arbeitnehmer kennen wird, und daß zwischen ihnen Interessengegenstände um den Arbeitsvertrag bestehen werden, die ausgeglichen werden müssen in einer Arbeitsgemeinschaft zwischen ihnen, deren Ziel die Produktionsförderung ist. In diesem Zustand werden wir hineinwachsen. So gesehen, ist die Arbeitsgemeinschaft mit ihrer Parität auch auf den heute noch nicht sozialisierungsreifen Wirtschaftsbereichen, zu denen die Not unserer Wirtschaft uns treiben wird, kein faules Programm, sondern wahrscheinlich eine sich zum Sozialismus

entwickelnde Endform, in der nur die jetzige Stelle des Unternehmers durch die zukünftige Rolle eines reinen Arbeitgebers ersetzt wird.

Alles wird uns aber nichts nützen, wenn wir nicht zunächst versuchen, aus dem Defizit herauszukommen. Mit rückwärtsloster Strenge, ja mit brutalster Härte müssen wir diesem Ziele aufstehen. Habe ich im vorigen Jahre gesagt, daß Schmalhans bei uns noch auf lange Zeit Rückenmeister bleiben werde, so sage ich heute, daß wir mit allen Mitteln den Konjum, der nicht absolut geboten ist, zu unterbinden haben. (Lebhafte Zustimmung.) Das erweckt freilich keine Begeisterung. Aber ich will nur Klarheit schaffen. (Sehr gut!) Ehe nicht jedem klar greifbar ist, daß wir als Volk bettelarm geworden sind, kommen wir nicht aus dem Elend heraus. Scheut sich die Partei, so zu handeln, dann wird die Partei untergehen, weil unser ganzes Volk dann untergehen wird.

Es ist doppelt schwer, jetzt Ordnung in unserer Wirtschaft zu schaffen, wo Schichten ein Verbleiben erlebt haben, wie nie in den günstigsten Kriegsjahren und im Frieden. Eine Hertulesarbeit muß geleistet werden, und sie kann nur geleistet werden, wenn die Partei mit ganzer Kraft sich müht, sie zu vollbringen.

Der „Vorwärts“ sagt in seiner Besprechung der Vorschläge von Schmidt und mir, daß die Schwäche meiner Vorschläge darin bestehe, daß sie unumsetzbar kein Ziel geben, das die Phantasie beschwinge und zu höchsten Willensleistungen ansporne, sondern nur eine Summe organischer Maßnahmen, deren Einzelheiten der Kritik naturgemäß manche Angriffsfläche bieten. Wer kann aber heute ein die Phantasie beschwingendes Ziel aufstellen? Kann man das von jemand erwarten, der bettelarm ist und mit den drückendsten Nahrungsjorgen belastet ist? Unser Volk kennt leider noch nicht den furchtbaren Ernst seiner Lage. Es jagt Illusionen nach. Es aus den rauhen Boden der Wirklichkeit zu nächsterner Wirklichkeitsarbeit zurückzuführen, das ist unsere Aufgabe. Nur der, der seine Lage voll kennt, kann zu höchsten Willensleistungen angespornt werden.

Der „Vorwärts“ sagt, daß die Einzelheiten meiner Vorschläge der Kritik Angriffsflächen böten. Wie sollte es denn anders sein? Jeder sieht die Dinge anders, und wenige nur kennen die Lage in allen Einzelheiten. Wir haben in unserer Mitte einen Nationalökonom von Ruf. Fragen Sie Professor Waentig, ob er Ihnen sagen kann, wie unsere Finanz- und Wirtschaftslage in allen Einzelheiten ist. Er wird Ihnen sagen, daß er es nicht sagen kann, ohne die ganzen Verhältnisse zu überschauen. Wir können sie aber erst überschauen, wenn wir organisatorisch zusammenfassen, was zusammenfassbar ist.

Wir können kein organisatorisches Schema aufstellen, und ich stelle es nicht auf, aber wir können nach einem Prinzip arbeiten, nach Lage des Einzelfalles ist eine variable Gestaltung vonnöten. Zu Unrecht ist der Planwirtschaft der Vorwurf gemacht worden, daß sie unelastisch, bürokratisch sei. Auf den Grundfäden bin ich zu jeder Konzeption bereit, aber nicht an den Grundfäden.

Scheu vor organisatorischem Zusammenschluß aus Angst vor der Stärkung des Unternehmertums bringt die freie Entwicklung zu dieser Stärkung ohne jeden Einfluß der Arbeiterschaft. Die Angst, daß wir das Endziel aus dem Auge verlieren könnten, hinderte uns, das Richtige zu tun, und hinderte auch, daß wir zu den engen Verbindungen zwischen Konsumenten und Produzenten unter Ausschluß des Handels kamen. Der Handel wandte sich gegen neue Pläne, weil er weiß, daß die Entwicklung einer organisierten Wirtschaft auf vielen Gebieten dahin drängt, den Weg der Ware vom Produzenten zum Konsumenten zu verkürzen.

Für uns gilt es, nachdem wir die politische Verfassung fertiggestellt haben, auch die wirtschaftliche Verfassung unseres Reiches zu schaffen. Diese Verfassung erschöpft sich nicht in reiner Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige. Wie wir es auf politischem Gebiete nicht mehr dulden, daß viele Einzelstaaten kleinster Art im ewigen Krieg um den Besitz stehen, können wir es auch in der Wirtschaftlichen nicht mehr dulden. Bestätigen Sie die Resolution, die im vorigen Jahre der Parteitag gefaßt hat! Handeln Sie danach unter Einsetzung Ihrer ganzen Kräfte, dann schaffen Sie die Grundlage, auf der wir zwar sehr langsam, aber doch endlich, der Not unserer Zeit Herr werden können! (Stürmischer Beifall.)

Nob. Schmidt-Karlshorst: Ich halte mir die Auseinandersetzung so gedacht, daß auf dem Parteitage einmal von dem Vertreter der Planwirtschaft ein klares Bild der Planwirtschaft überhaupt gegeben wird. (Sehr richtig!) Aber diese Annahme ist durch meinen Vordränger nicht erfüllt worden. Er hat sehr viel von Planwirtschaft gesprochen, aber es schien mir, als ob er sie als ein Geheimmittel anpreist, dessen Zusammenfügung man nicht nennen darf, dem aber heilende Kraft unbedingt sicher ist. Aber in wirtschaftlichen Dingen darf man nicht mit Geheimmitteln operieren, am allerwenigsten in der gegenwärtigen Zeit. Wiffell hat sich dann auf das sehr fruchtbare Gebiet der Kritik an der Tätigkeit unserer Parteigenossen begeben, soweit sie in der Regierung waren. Das ist keine undankbare Aufgabe, besonders, wenn man von der Verantwortung frei ist und in der angenehmen Lage der Opposition ist. Die Parteigenossen, die in der Regierung waren, sind sich klar, daß das sozialdemokratische Programm in der Regierung nicht durchgeführt worden ist. Aber wir haben unseren Parteigenossen wiederholt gesagt, daß wir in einer Koalitionsregierung nicht reiflos sozialdemokratische Politik treiben können.

Wiffell hat den Vorwurf erhoben, der Parteivorstand und die Fraktion hätten nichts getan, um das durchzuführen, was der Parteitag in Weimar beschlossen hat. Wiffell ist im Irrtum, wenn er annimmt, daß die undefinierbare Planwirtschaft, wie er sie in Weimar und hier vertreten hat, schließlich so durchgeführt werden soll, wie er sie sich vorstellt. Was in der Folgezeit durchgeführt worden ist, der Kohlenwirtschaftsverband, der Kaliwirtschaftsverband, der Eisenwirtschaftsbund, die Regelung der Ausfuhr, das sind allerdings Organisationsbestrebungen, die er unter Umständen wahrscheinlich selbst als Planwirtschaft bezeichnen wird. Aber ich habe gegenüber all diesen Plänen immer wieder hervorgehoben: Es ist nicht falsche Hoffnungen in diese außerordentlich geringfügigen Hilfsmittel der gegenwärtig ungünstigen Wirtschaftslage. Das sind notwendige Befehle, die uns zu Enttäuschungen führen und die Arbeiterschaft an unserer ganzen Politik irre werden lassen. Ist unsere Bergarbeiterchaft nicht an der Kohlenwirtschaft, die ein Stück Planwirtschaft ist, irre geworden, und fordert sie nicht mit großer Entschiedenheit, aus dieser Planwirtschaft zur Sozialisierung zu kommen? (Sehr richtig!)

Wiffell hat die Frage der Sozialisierung der Islederhütte angeschnitten. Ich bebauere auch, daß diese Sozialisierung in eine sehr schwanfende Gemischtwirtschaft überging. Aber ich erinnere daran, daß aus den Arbeiterkreisen der Islederhütte selbst der Protest gegen die Sozialisierung einsehete. Es muß auch berücksichtigt werden, daß wir mit bürgerlichen Vertretern im Kabinett waren und infolgedessen nicht alles durchführen konnten, was wir für gut und richtig hielten.

Wiffell hat darauf hingewiesen, daß in der Monopolisierung, in der Verstaatlichung des Kohlenbergbaues, besonders in der angeforderten Sozialisierung des Braunkohlenbergbaues nichts geschehen ist. Die Erfüllung derartigen Aufgaben ist in einem so kurzem Zeitraum einfach unmöglich, namentlich,

wenn uns im Wirtschaftsleben die Schwierigkeiten entgegenstehen, wie unmittelbar nach dem Friedensschluß. Wir mußten erst eine gewisse Höhe der wirtschaftlichen Wiedererflorung gewinnen. Wir durften nicht in die Betriebe hineingreifen, die gerade die Grundlage unseres Wirtschaftslebens bilden. Wiffell hat behauptet, man solle ihm nicht mit der Vergeßlichkeit der Elektrizitätswerke kommen; denn diese Vergeßlichkeit habe ein bürgerliches Kabinett beschlossen und ein bürgerliches Kabinett jetzt auszuführen. Daran sind wir doch aber nicht schuld. Ist es nicht viel richtiger, wenn wir gerade in bezug auf die Sozialisierung eines so wichtigen Betriebes den ersten Anfang gemacht haben, die rechtmäßige Grundlage dafür geschaffen haben, um nun darauf aufzubauen? (Zustimmung.) Es wird auch bei anderen Aufgaben wahrscheinlich nicht ohne einen gewissen Druck außerhalb des Parlaments abgehen. (Sehr richtig!) Wenn die Arbeiterschaft nicht schließlich energisch diese Dinge fordert, werden wir nicht vorwärts kommen. Gerade die Sozialisierung der Elektrizitätsindustrie ist von enormer Bedeutung, und das abgetretene Kabinett kann auf dieses Gesetz nur stolz sein. Wenn diese Sozialisierung nicht durchgeführt wird, dann ist nur die politische Konstellation daran schuld, in die wir durch die Unabhängigen hineingeraten sind. Die Rechtsgrundlage ist geschaffen, und für die praktische Durchführung müssen schließlich die Kräfte innerhalb und außerhalb des Parlaments aufgewandt werden. Die Fraktion wird alles einsetzen, um die praktische Durchführung dieses Sozialisierungsgesetzes zu fördern.

Genosse Wiffell hat sich darauf berufen, ich hätte auf dem Parteitag in Weimar gesagt, mit seiner Aeußerung, daß Schmalhans bei uns jetzt Küchenmeister sei, könne keine Begeisterung erweckt werden. In welchem Zusammenhang ist denn diese Bemerkung gemacht worden? Ich habe damals Wiffell den Vorwurf gemacht, daß er, als er im Wirtschaftsministerium war, mir ständig Schwierigkeiten gemacht hat. Im Jahre 1918, als wir der großen Einfuhr an Getreide und Mehl für unsere Bevölkerung bedurften, hat er mir gesagt: Diese große Einfuhr ist unmöglich, sie kann nicht mit Zustimmung des Wirtschaftsministeriums geschehen. Darauf habe ich erwidert: Nach den entsetzlichen Entbehrungen der Bevölkerung kann ich im Augenblick auf die Valuta keine Rücksicht nehmen; die Bevölkerung muß Lebensmittel erhalten. (Lebhafte Zustimmung.) Ich sage auch heute noch im Gegenjatz zu Wiffell: In bezug auf die Lebensmittel möchte ich den Konsum nicht eingeschränkt haben; wenn das notwendig werden würde, dann wäre allerdings unsere Politik und unsere weitere Entwicklung in der Republik in Gefahr gebracht. (Zustimmung.) Der ganze Radikalismus hängt heute eng mit der Lebensmittelfrage zusammen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn unsere Arbeiter genug zu essen hätten, dann wären wir über eine ganze Reihe von radikalen Strömungen heute weit hinweg. (Sehr wahr!) Wir befinden uns auch gar nicht in der faherjämmerlichen Stimmung, von der Wiffell gesprochen hat. Wenn wir damals die 700 000 Tonnen Getreide nicht eingeführt hätten, dann wäre allerdings die Republik in ernste Gefahr gekommen. (Sehr richtig!) Ich habe damals die besondere Zulage an Mehl und Speck durchgeführt. Dabei bin ich mir natürlich der starken Einwirkung auf unsere Valuta bewußt gewesen, die vor allem durch die unkontrollierbare Einfuhr, die uns auch zu Unrecht zum Vorwurf gemacht wird, verschärft wurde. Ein Mann wie Wiffell muß wissen, daß das damalige Kabinett daran vollständig unschuldig ist, sondern daß wir einer Majorität der Entente gegenüberstanden, die jede verständige Regelung der Ein- und Ausfuhr unmöglich machte. Ich muß dem Genossen Wiffell in dieser Beziehung den Vorwurf machen, daß sein Auftreten hier einen stark demagogischen Eindruck gemacht hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Wissell sagt: Wo ist die Sicherheit für Nahrung und Kleidung, die versprochen worden ist? Solche Neußerungen habe ich während der Wahlkämpfe von den Nationalisten sehr oft gehört. Jeder Wirtschaftspolitiker weiß, daß die reiflose Erfüllung dieser Aufgabe unmöglich ist; wohl aber laten wir alles, was in unseren Kräften stand, um eine Besserung der Nahrung und Kleidung herbeizuführen. Er selbst widerlegte sich der Ausführung dieses Vorhabens. Wo ist die Planwirtschaft, die uns die Sicherheit für mehr Nahrung und Kleidung gibt? Es handelt sich nicht um eine Frage der Organisation, sondern der Produktion.

Genosse Wissell behauptet nun, wir seien schuld daran, daß Kurzgegenstände, für den täglichen Bedarf nicht notwendige Artikel, nach Deutschland hereingekommen sind. Wir hätten die Einfuhr freigegeben, die Ausfuhr nicht kontrolliert. Ein Mann, der Wirtschaftsminister war, mußte wissen, daß diese Angabe unrichtig ist. (Hört! Hört!) Diese Kontrolle der Aus- und Einfuhr war durch die Zollbehörden gegeben. Aber es fehlte die strenge Handhabung unserer Anordnung, die Wissell ebenso zu beklagen hatte, als er im Amte war. Die Planwirtschaft kann diese Organisation nicht durchsetzen, weil unser Beamtenum versagte (Sehr richtig!) und weil uns die Entente enorme Schwierigkeiten bereite. Wissell sagt: Nach dem Versailler Vertrag sind wir in unserer Wirtschaft frei. Wie diese Freiheit aussieht, dafür ist der Beweis das Loch im Westen. Wissell stellt es so dar, als ob dieses Loch im Westen uns in unserem wirtschaftlichen Aufbau keinen schweren Schaden zugefügt hätte. Im Westen hatte die Entente, insbesondere Frankreich, jede Kontrolle über Ein- und Ausfuhr verboten. (Hört! Hört!) Soweit Zollabgaben in Frage kamen, wurden sie erhoben; aber ein Abweisen der Ein- und Ausfuhr irgendwelcher Artikel war von der Entente untersagt. (Lebhafte Aufe: Hört! Hört!) Die Folge war, daß Millionen von Waren zunächst in der Ausfuhr nach dem Westen gingen (Sehr richtig!); keine Behörde in Deutschland war in der Lage, das zu unterbinden. Es ging so weit, daß Industrie und Handel ihre Kontore und Betriebe aus Nord- und Mitteldeutschland auf das linksrheinische Ufer verlegten, um dort frei einzuführen, vor allen Dingen Tabak. Nun kommt der Wirtschaftspolitiker Wissell und sagt, wir seien daran schuld. Er muß wissen, daß wir keine Macht hatten, diesen Zustand zu beseitigen. Das war die Folge der kurzfristigen Politik der französischen Regierung, die uns geradezu ruiniert hätte, wenn sie noch länger aufrechterhalten worden wäre. (Lebhafte Zustimmung.) Meinem unermüdlischen Bemühen ist es schließlich gelungen, die Entente davon zu überzeugen, daß dieser Zustand unerträglich ist und daß sie selbst den schwersten Schaden davon hat. Aber auch heute haben wir noch keine scharfe Zollkontrolle. Ich weise nur auf die Zustände hin, die an der holländischen Grenze bestehen.

Es ist auch weiter zu berücksichtigen, daß in diesem Streben, dem freien Handel den Weg zu bahnen, die Interessenten kein Mittel unversucht ließen, denn es handelte sich um Millionengewinne. Bei solchen Millionengewinnen sind alle Schranken, die eine Behörde aufrichten kann, niedergelegt; auch die der Planwirtschaft versinken dabei in ein Nichts. Wir hatten damals den tiefen Stand der Valuta. Ich habe das Geschrei über den großen Ausverkauf in Deutschland überhaupt nicht mitgemacht, sondern ich bin vollständig zufrieden gewesen, daß alles das ausgeführt wurde, was wir entbehren konnten, damit unser Außenhandel in Gang kommen konnte. Besonders die Ausfuhr von Luxusartikeln war erwünscht. Damit können wir unsere Handelsbilanz verbessern. Es ist allerdings bei einer Anzahl von Waren die freie Ein- und auch die freie Ausfuhr gestattet. Aber es ist falsch, daß durch diese Anordnungen nun die Ausfuhr planlos freigegeben worden sei. Bis heute ist die

Ausfuhr von notwendigen Gebrauchsartikeln unter strenger Kontrolle. Was hat es denn für einen Zweck, wenn ich eine Handelskontrolle da einführe, wo sie mir nicht notwendig erscheint? Ich gestehe ganz offen, daß ich über die Einrichtung der Außenhandelsstellen auch heute noch gering urteile. (Zustimmung.) Ich bin der Ueberzeugung, daß eigentlich die ganze Organisation der Zollbehörde gehört und nicht einem an Tausende von Menschen gebundenen Organisationsapparat. Die Außenhandelsabgabe wird auch nicht einwandfrei eingezogen, wenn wir nicht den behördlichen Apparat dafür haben. Namentlich in Zeiten, wo wir Schwierigkeiten im Export haben wie heute, wird der Zweck der Außenhandelsstellen herabgemindert. Wenn Wissell sagte, daß die Einrichtung der Außenhandelsabgabe seine Idee gewesen sei, daß diese Idee aber viel zu spät bewirkt wäre, so erwidere ich, daß er ja vor mir Gelegenheit hatte, diese Organisation einzuführen. Die Außenhandelsabgabe wurde so spät eingeführt, weil zunächst eine ganze Reihe von Interessentenvertretungen sich über die Außenhandelsabgabe äußern mußte und weil die Außenhandelsabgabe nicht durchgeführt werden konnte, bevor nicht das Loch im Westen beseitigt war. Es war ja die Absicht der französischen Regierung, als sie verbot, den Goldzoll im Westen zu erheben, den Handel vom Norden unseres Vaterlandes nach dem Westen abzuziehen und schließlich dem Handelsweg eine ganz andere Richtung zu geben. Mit Recht ist bis in unsere Partei hinein die Unzufriedenheit über diese Beeinflussung des deutschen Handels laut geworden. Ich hätte damals noch beschlummert, wenn die Außenhandelsabgabe an allen Grenzen erhoben worden wäre, aber im Westen nicht erhoben werden konnte. Jeder, der sich mit Wirtschaftspolitik beschäftigt, muß diese Hindernisse kennen, muß wissen, daß der Versailler Vertrag uns wirtschaftlich in Ketten schlägt. Die Außenhandelsstellen sind auch meines Erachtens keine dauernden Einrichtungen unseres Wirtschaftslebens, sondern nur vorübergehende Notbehelfe.

Nun hat Genosse Wissell zu meiner Uebersatzung gesagt, unsere Wirtschaftspolitik habe dazu geführt, die Preise immer weiter nach oben zu treiben. Da ist es interessant, wenn man sich daran erinnert, was Wissell in seiner Planwirtschaft wollte und was in dem Exposé enthalten ist, daß er damals an das Kabinett richtete. In diesem Exposé heißt es:

Eine Erhöhung des Brotpreises ist schon jetzt notwendig geworden; mit dem Einsetzen der neuen Ernte wird sie unvermeidlich werden. Der Getreidepreis ist während des Krieges künstlich niedergehalten worden.

Zunächst, dazu habe ich beigetragen, und ich glaube, das verantworten zu können. (Sehr richtig!) Weiter heißt es in dem Exposé:

Eine Annäherung an den Weltmarktpreis wird schon aus dem Gesichtspunkte notwendig, da sonst an den Grenzen Mengen auf dem Schmuggelwege in das besser bezahlende Ausland abfließen.

Also, mit Gotthein, seinem Antipoden, sagt Wissell: Heran an den Weltmarktpreis. Wir zahlten damals für die Tonne ausländischen Getreides 12 000 Mark. Im Inlande hatten wir noch einen Preis von 700 bis 800 Mk. Das war ein großer Unterschied. Wissell wollte den Inlandspreis an den Weltmarktpreis heranziehen. (Lebhafte Aufe: Hört! Hört!) Meine Planwirtschaft war allerdings die, mich mit allen Kräften dafür einzusetzen, daß unter dem Druck der Valuta die Preise im Inlande nicht noch weiter stiegen. Die 12 000 Mark, die im Auslande für die Tonne Getreide bezahlt werden mußten, hätten einen Preis von mindestens 30 Mark für das Bierpfundbrot bedeutet. Das wäre politisch und wirtschaftspolitisch unerträglich gewesen. Die Arbeiter

hätten mit Recht sagen können: Wie kommt ihr dazu, dem Unternehmertum in der Landwirtschaft diesen ungeheuren Konjunkturgewinn in den Schoß zu werfen. Wenn ich beim Getreide an den Weltmarktpreis herangegangen wäre, so hätte ich auch bei anderen Produkten, so namentlich bei der Kohle, ebenso vorgehen müssen. Die heutigen Kohlenpreise sind schon enorm hoch; die Tonne wird ungefähr 225 Mk. an der Produktionsstätte kosten. Der Weltmarktpreis hätte aber damals bei dem ungünstigen Stande der Valuta für uns 3600 Mk. betragen. Mit einem solchen Preis wäre auf dem Auslandsmarkt für die Industrie die Konkurrenz unmöglich gewesen. Es ist ein Trauerspiel, daß wir heute noch durch den Versailler Vertrag und die Wirkungen des Spaer Abkommens in den beiden letzten Monaten genötigt waren, 27 000 Tonnen Kohlen aus Amerika einzuführen. Wiffell überieht auch hier wiederum, was schließlich die Ursache des Tiefstandes unseres wirtschaftlichen Lebens ist. Ich habe bereits gesagt, nicht Organisation — obwohl ich sie nicht unterschätze — ist das Wesentliche, sondern keine Behinderung der Produktion. Die Ursache unserer Krise ist der Umstand, daß wir nicht genügend Kohlen zur Verfügung haben, daß die Industriezweige, die noch mehr Arbeiter beschäftigen könnten, so beispielsweise die keramische Industrie, die Glasindustrie, die chemische Industrie und eine ganze Reihe von anderen Unternehmungen, ihren Betrieb wegen Mangel an Kohle nicht aufrechterhalten können.

Die Produktion der Stickstoffwerke, die so wichtig für unsere Landwirtschaft sind, können wir einfach nicht in die Höhe bringen, weil wir die Betriebe infolge des Fehlens von Brennmaterial nicht in vollem Umfang aufrechterhalten können. An Absatz fehlt es diesen Unternehmungen nicht. Und wenn er im Inlande nicht vorhanden ist, dann finden wir ihn im Auslande. Auch die Kautschukindustrie konnte seiner Zeit nicht vollständig beschäftigt werden, weil sie ihre Betriebseinrichtungen aus Mangel an Kohle nicht aufrechterhalten hatte. So haben wir eine Periode des schnellen Aufstiegens der Anforderungen an Handel und Industrie, die sich besonders bemerkbar machte darin, daß wir den Außenmarkt nicht so ausnützen konnten, wie es im Interesse unserer Volkswirtschaft notwendig war. Auf der Leipziger Messe sind große Aufträge, die in die Millionen gegangen sind, abgewiesen worden, weil die Industrie sie nicht ausführen konnte, weil es an Kohle fehlte, weil die Betriebe nicht aufnahmefähig waren. Das ist der fundamentale Irrtum Wiffells, daß er uns den Nachweis führen will, daß durch irgendwelche gesetzgeberischen oder Verordnungsmaßnahmen das Wirtschaftsleben diesen Tiefstand nie erreicht hätte. Nein, wir haben leider den günstigen Zeitpunkt nicht ausnützen können. Wir hätten nie diese Arbeitslosigkeit gehabt, nicht diese Summen für die Arbeitslosenunterstützung auszugeben brauchen, nicht mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten brauchen, wenn wir die Chancen des Auslandsmarktes vollständig hätten ausnützen können. Deshalb die Bemühungen des damaligen Kabinetts — und das ist besonders das Verdienst unseres Genossen Bauer — den Bergarbeitern immer wieder klar zu machen: Wir sind in einer verzweifelten Lage, ihr müßt uns helfen, von euch ist alles abhängig, ob wir das Wirtschaftsleben wieder aufwärts bringen. Die Bergarbeiter fangen an, es einzusehen, trotz der kommunistischen Agitation, die dann einsetzte und den Arbeitern jagte: Nur nicht arbeiten, denn ihr erhöht dadurch den Profit des Unternehmertums! Bersäglagen müssen wir die ganzen Betriebsorganisationen, um neu aufzubauen. Das ist ein enormer Irrtum, der uns entsetzlichen Schaden in unserem Wirtschaftsleben zugefügt hat. (Sehr richtig!) Wenn wir die Produktion aufwärts gebracht haben und die Bergarbeiter dazu bekommen haben, daß sie einsehen, es muß eine besondere Leistung in Anbetracht der ungünstigen Lage einsehen, wenn sie schließlich dazu übergegangen sind, Mehrarbeit zu

leisten, so gebührt ihnen dafür Dank und ich wünsche nichts dringender, als daß sie sich nicht irreführen lassen, daß sie uns helfen, denn sie sind es vor allem, die uns zurückführen können zu besseren wirtschaftlichen Verhältnissen. Wie bitter not tut uns in dieser Lage eine weitere Steigerung unseres Exports. Unsere dänischen Parteigenossen sind an uns herantreten — ich könnte sagen wöchentlich —: „Wir sind in bitterer Not, könnt Ihr uns nicht Kohlen liefern? Wie sollen wir unsere Betriebe aufrechterhalten?“ Dasselbe von Holland, von der Schweiz, wozin wir früher unsere Kohle im Außenhandel abgegeben haben. Wir können unseren Parteifreunden nicht helfen, sondern wir nicht frei in unserer Wirtschaft, das sage ich im Gegensatz zu Wiffell. Durch den Versailler Vertrag sind wir gezwungen, 2 Millionen Tonnen monatlich nach Frankreich zu liefern, wo sie gar nicht gebraucht werden, sondern nach dem Auslande weiter verschoben werden. Und da wird behauptet, wir seien frei in unserer Wirtschaft, wir könnten tun und lassen, was wir wollten? Eine solche Kurzsichtigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet ist mir bisher noch nicht begegnet.

Und wie hat nun Wiffell — da möchte ich allerdings auch wiederum auf ein Gebiet mit ihm gehen, das er uns aus seiner Planwirtschaft nicht zum Vortrag gebracht hat —, wie hat er damals in seiner Denkschrift sich die Lösung der großen Wirtschaftskrise und des wirtschaftlichen Aufbaues gedacht? Er wollte vom Kabinett 5 Milliarden Mark haben, um der Industrie Kredite zu geben für die Einfuhr von Rohstoffen, um sie mit Staatsaufträgen wieder in die Höhe zu bringen. Ich habe mich damals mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Subventionierung der Industrie gewandt. (Zuruf: Liebesgaben!) Sehen Sie sich doch die industriellen Unternehmungen an mit ihren 10, 20, ja 40 Prozent Dividende, und da noch die 5 Milliarden Staatszuschüsse hinein! Das hätte uns ganz unmöglich gemacht bei der Arbeiterschaft. (Sehr richtig!) Das hieße, die frühere Liebesgabenpolitik für die Landwirtschaft auf die Industrie übertragen. Das kann nicht unsere Aufgabe sein. Und wie er sich geäußert hat in der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung, zeigen ja gerade die Geschäftsausschlüsse der Unternehmungen, die als geradezu glänzend bezeichnet werden müssen. Diese Dinge wären unendlich viel schlimmer, wenn wir noch aus Staatsmitteln eine Subvention hineingeworfen hätten. Ich will die Staatsubvention für den Wohnungsbau, für Kanalbauten, aber nicht, weil ich damit die Erhöhung der Produktion erhoffe. Die gegenwärtige Krise entstand nicht durch das Sinken der Produktion, sondern infolge des Unterkonsums. Unsere Aufgabe muß es sein, die Konsumfähigkeit der großen Masse zu heben, die zur Deckung ihres Bedarfs an den Markt gelangen muß, um wieder ein Aufkommen der industriellen Betriebe und der Warenproduktion herbeizuführen.

Wiffell hat uns im Kabinett einen großen Plan unterbreitet, von dem wir heute nichts gehört haben. Er scheint nicht mehr in gutem Kurse zu sein. Er sagte, wir sollen bei der Besteuerung die großen Aktien einnehmen und einer besonderen Bank überantworten, und diese Bank soll die Verwalterin des industriellen Vermögens sein und dadurch die Gemeinwirtschaft schließlich an dem privaten Besitz der Aktiengesellschaften herbeigeführt werden. Zunächst ist das doch nur für einen beschränkten Kreis von Unternehmungen zulässig, für die Aktiengesellschaften. Aber was soll denn der Staat mit dem Besitz solcher Aktien, mit dem er schließlich nur eine ganz untergeordnete Bedeutung in den Wirtschaftsbetrieben erlangt. Und dann, zu welchem Kurs sollen denn die Aktien übernommen werden, zu dem jetzigen Spekulationskurs, der über das Vier- und Fünffache des eigentlichen Wertes hinausgetrieben ist? Und, wenn das Unternehmen niedergeht, die Preise sinken, die Unternehmungen fallieren, ist der Finanzminister mit seinen Aktien auf das Trockene gesetzt, dann hat

nichts als wertloses Papier und das Gelächter der kapitalistischen Welt. (Sehr richtig!) Diese Politik kann ich nicht mitmachen. Sie hat etwas Unendliches nur, wenn sie in Versammlungen oder in engerem Bunde auseinander-gesetzt wird.

Wir werden den Aktienbesitz zusammenraffen und das ist die Auflösung der kapitalistischen Produktion ganz im Geheimen und Stillen? In diese kapitalistische Spekulation wollen wir uns nicht einlassen. Wenn wir es schließlich fertig gebracht haben, eine gewisse Aufwärtsbewegung herbeizuführen, dann dürfen Sie doch auch nicht vergessen, wie die Dinge lagen, als unsere Parteigenossen im Kabinett waren, in einer Zeit, wo ein Millionenheer zurückflutete, wo für dieses Millionenheer Arbeit geschaffen werden mußte, standen wir an den schwierigsten, verantwortungsvollsten Stellen. Die Industrie war vollständig leer gekannt mit ihren Rohstoffen. Es mußte versucht werden, Arbeit zu schaffen, aus der Rüstungsindustrie wieder in einen modernen Betrieb der volkswirtschaftlichen Bedarfsherstellung hineinzufommen. Diese Aufgaben erscheinen gegenüber dem, was heute zu erfüllen ist, doch nicht klein und unbedeutend. Und das von einem Parteigenossen selbst heruntergesetzt zu sehen als eine verfehlte Aktion, ist außerordentlich bedauerlich und nicht im entferntesten berechtigt. (Sehr richtig!) Wir haben es schließlich durchgeführt, daß im Kohlenbergbau 130 000 Arbeiter mehr beschäftigt sind als vor dem Kriege. (Bravo!) Das ist meiner Ansicht nach eine Leistung, mit der sich das Kabinett Bauer und Müller sehr gut sehen lassen kann. Es kann ihm nicht nachgesagt werden, daß es verfehlten Projekten nachgegangen ist. Als ich in das Wirtschaftsministerium eintrat, war in der Kohlenfürsorge überhaupt noch nichts getan. (Hörl! Hörl!) Weber für den Bau von Wohnungen, noch schließlich für alle die Bestrebungen, in das Kohlenrevier eine größere Zahl von Arbeitern hineinzubekommen, was viel wichtiger war, als alle Planwirtschaft.

Wißell ist dann übergegangen zu einer Besprechung der Ernährungswirtschaft und hat gesagt, wenn ich ihn recht verstanden habe, wir müssen heute mehr Korn einführen, als wir aus eigener Produktion gewinnen. Das ist eine maßlose Übertreibung und durchaus unrichtig, es läßt jede Kenntnis unserer Ernährungswirtschaft vermissen. Der Wirtschaftsminister hat erklärt, daß wir heute zwei Millionen Tonnen Getreide als Fehlbetrag decken können, wenn wir die Ernährungswirtschaft aufrechterhalten wollen. Demgegenüber steht doch ein Fonds von sieben Millionen Tonnen, die wir erfassen und im vorigen Jahre auch erfaßt haben. Aber diese zwei Millionen Tonnen werden uns allerdings schon schwer genug und ich teile in dieser Beziehung die sehr trüben Ansichten Wißells. Aber dafür sind wir heute nicht verantwortlich. Ich glaube, daß die Bemühungen des gegenwärtigen Kabinetts, den Brotpreis nicht zu erhöhen und einen Teil der Kosten des Auslandsbedarfs im Etat als Senkungsrate für den Brotpreis einzusetzen, eine von uns als notwendig erachtete Maßnahme nunmehr auch vom bürgerlichen Kabinett übernommen worden ist. Erinnern wir uns, wie gerade die Deutsche Volkspartei im Wahlkampf diesen Teil unserer Wirtschaftspolitik angegriffen hat. Heute ist diese Partei in dieselbe Notwendigkeit verfaßt und muß allein beim Brot, nach meiner Berechnung, 6½ Milliarden in den Etat einstellen. So schlimm es mit unserer Ernährungspolitik steht und so sehr es zu bedauern ist, daß wir auf die Einfuhr des Auslandes angewiesen sind, so werden wir doch aus dieser tatsächlich ungünstigen Lage für absehbare Zeit leider nicht herauskommen, und ich bedaure das Abgehen von der Zwangswirtschaft, weil wir es zu schnell betreiben, obwohl ich nicht unter allen Umständen die Zwangswirtschaft für richtig ansehe. Aber ich glaube, wir machen gegenwärtig ein sehr schwieriges und sehr gefährliches Experiment auf wirtschaftlichem Gebiet und ich befürchte, Parte-

genossen, daß die Rückwirkung auf das politische Gebiet außerordentlich ernste Folgen zeitigen kann. Aber ich will in den Einzelheiten hier nicht verweilen, weil ich glaube, es würde mich zu weit führen, eingehend über die ganze Ernährungswirtschaft zu sprechen.

Nur eins: Wenn Wißell wieder von der enormen Preissturze sprach, so bin ich mir klar (so wenig das erfreulich ist), daß wir zu irgendeiner beachtenswerter Preisentung in absehbarer Zeit nicht kommen werden. Die Preise sind nicht vom Inlandsmarkt abhängig, sondern wir sind in der Bedarfsdeckung vom Auslandsmarkt abhängig, der uns die Preise für viele Waren diktiert. Au sich sind die Preise auf dem Auslandsmarkt nicht so enorm hoch. Wir haben im Ausland, wenn wir den alten Wertmesser benutzen, eine drei- bis vierfache Erhöhung gegenüber der Zeit vor dem Kriege, während wir in Deutschland eine zehn- bis zwölffache Steigerung haben. Aber wir müssen unsere Wirtschaftspolitik so einstellen, daß diese Preisunterstütze bei dem unglücklichen Stand unserer Valuta nicht noch mehr zu unseren Ungunsten anwachsen.

Wißell hat ein Zitat aus einem Artikel von mir angeführt, wo ich mich dagegen wende, daß gegenwärtig die freie Einfuhr erlaubt wird und sage, daß sie vielleicht die alleinige Schuld am Sinken unserer Valuta trägt. Er hat aber gesagt — ohne den Beweis dafür zu führen —, das wäre die Folge und die Fortsetzung der Politik, die wir im Kabinett geführt haben. Das ist un wahr. Wir haben jene Freiheit in der Ein- und Ausfuhr vollständig unterbunden und ich behaupte, daß der bessere Stand der Valuta im April und Mai im wesentlichen zurückzuführen ist auf unsere Ein- und Ausfuhrpolitik, da wir endlich das Fest in die Hände bekamen. Leider läßt sich die gegenwärtige Regierung sehr stark von kapitalistischen Interessengruppen einfangen, um die Wirtschaft laufen zu lassen. Heute treten die gesamte bürgerliche Presse und die Vertreter des Bürgertums geradezu begeistert für die freie Wirtschaft ein. Die ganze Presse, besonders das „Berliner Tageblatt“, ist voll von Anbetung dieses Prinzips, weil sie glaubt, daß ihr der letzte Spießbürger davonläuft zu der Deutschnationalen Partei, wenn sie nicht in Konkurrenz tritt mit den Deutschnationalen auf wirtschaftlichem Gebiet und die freie Entwicklung des Handels und der Industrie fordert. Es ist bedauerlich, daß hier der Eindruck erweckt werden konnte, als ob die Partei und die Fraktion auf einem anderen Standpunkt stehen, als dem einer geordneten Organisation der Ein- und Ausfuhr.

Nun sagt Wißell, daß wir mit dem Sozialismus experimentieren und nicht das gegenwärtige Erreichbare anstreben. O! Wir wollen mit dem Sozialismus nicht experimentieren, wir wollen uns aber auch vom Sozialismus nicht abbringen lassen, und was der Planwirtschaft meiner Ansicht nach innewohnt, das ist das, daß sie den Kapitalismus organisieren will, während wir glauben, daß es die Aufgabe des Sozialismus ist, die Arbeit zu organisieren. (Sehr richtig!) Wir nehmen keine Opportunitätsrisiken, und glauben, daß der Kapitalismus gestärkt wird, wenn wir die Planwirtschaft einführen. Sie ist eine ganz verkehrte Grundlage, denn Wißell hat ja selbst zugestanden in dem Artikel, den er über die Planwirtschaft geschrieben hat, daß zunächst einmal sein Wirtschaftsprinzip natürlich kein sozialistisches ist, sondern ein kapitalistisches — kurz ausgedrückt. Und das ist es, was ich für bedenklich halte, in der gegenwärtigen Zeit von den eigentlichen sozialistischen Aufgaben abzuirren und schließlich sich hineinzuverwerfen in Bestrebungen und Organisationsversuche, um den Kapitalismus wieder auf die Höhe seiner ehemaligen Organisation und darüber hinaus zu treiben. Das scheint mir nicht unsere Aufgabe zu sein. Die Technik und die Betriebe auf die Höhe zu bringen, Arbeitsgelegenheit zu schaffen, soll allerdings unsere Aufgabe sein. Die Planwirtschaft ist schließlich eine Organisation,

von der Wiffell auch selbst behauptet, daß sie nichts anderes enthält, als die große Trustbildung der kapitalistischen Organisation; das kann doch nun und nimmermehr die Aufgabe des Sozialismus sein. Wenn wir die höchstentwickelte Form des Kapitalismus in Amerika in den gewaltigen Unternehmensgen, Trusts usw. sehen, sollen wir das als unser Ideal betrachten, diese Organisation stärken und herbeiführen? Und es ist der gleiche Irrtum, wenn er glaubt, daß diese Organisation, wenn ich nur die Arbeiter hineinbringe, berufen wäre, eine Preisjensung und die Regelung der Produktion herbeizuführen. Der Trust wird im letzten Ende viel mehr darauf hinausgehen, der preisjensenden Tendenz Widerstand entgegenzusetzen. Das ist ja eben die Aufgabe der Trusts und Kartelle, einer Preisjensung Widerstand zu bieten und die Preisauwärtsbewegung zu begünstigen. Und da sollen wir mitmachen? Das hat ja unseren Parteifreunden bei dem Kohlenwirtschaftsgesetz eine so große Enttäuschung gebracht. Ich verwerfe es nicht, es war ein Uebergangsmittel von gewisser Bedeutung. Aber es hat keine große Bedeutung für unser Wirtschaftsleben, denn trotz dieses Kohlenwirtschaftsgesetzes können wir nicht gerade sagen, daß dieses Gesetz die Kraftquelle ist, aus der schließlich die Besserung der Kohlenförderung entsprungen ist. Aber diese Trustbildung muß die kapitalistische Entwicklung fördern, weil sie ihrem ganzen Wesen nach dem Sozialismus abgeneigt ist. Und wie schließlich Wiffell vom Standpunkt der Planwirtschaft zu einem ganz falschen Schluß kommt, ergibt seine Stellung zur Kohlensozialisierung. Ich hätte ihn lieber auf Seiten von Hue, Braun und Umbreit in der Sozialisierungskommission gesehen, als an der von Dr. Rathenau und von Siemens. (Sehr richtig!) Und das macht mich ferner stuhig in seiner Wirtschaftspolitik: Haben wirklich die Leiter der großen Elektrizitätsunternehmungen ein Interesse an der Vollsozialisierung oder sind sie nicht vielmehr daran interessiert, daß diese Entwicklung in möglichst langsamem Tempo kommt? Vielleicht haben sie sogar den Willen und Wunsch, sie zu sabotieren. Denn lassen wir uns doch nicht irremachen von der privaten Initiative, die hier mit Begeisterung auch Wiffell vertritt. Das habe ich bei liberalen Wirtschaftstheoretikern schon so oft gehört. Schließlich braucht eine Organisation, mit den modernen Mitteln des Staates geschaffen, unter Benutzung des Einflusses der Arbeiter und Angestellten und mit der freien Bewegungsmöglichkeit aller tüchtigen Elemente, die ausgewählt und an die Spitze gestellt werden konnten, die Initiative des Unternehmers nicht. Wo kämen wir denn hin, wenn wir einmal einem solchen Projekt zustimmen wollten, wie es Vorschlag II der Sozialisierungskommission darstellt, die Vertröstung, daß nach 30 Jahren vielleicht die Sozialisierung in dem so wichtigen Betrieb im Kohlenbergbau kommen würde! Würden wir nicht bei den Bergarbeitern, bei der gesamten Arbeiterschaft einen Sturm der Entrüstung entfesseln, wenn wir uns gegenwärtig betrüben ließen mit dem aussichtslosen Wechsel, der nach dreißig Jahren vielleicht einmal eingelöst wird? (Sehr richtig!)

Wenn irgendwo die Vollsozialisierung mit Enteignung des Privatkapitals durchgeführt werden kann, dann im Kohlenbergbau. (Sehr richtig!) Nicht nur, weil er kapitalistisch so konzentriert ist, sondern auch, weil er auf Jahre hinaus ein vollbeschäftigtes Unternehmen ist. Der Kohlenbergbau braucht keine Sorge um den Absatz und um die Gestaltung seines finanziellen Wohles zu haben. Es ist ausgeschlossen, einem Plane zuzustimmen, daß die Herren aus den kapitalistischen Kreisen als Führer erhalten bleiben, mit der Aussicht, daß es nach dreißig Jahren aufhört. Würde die private Initiative dieses Unternehmens fördern? Dieses Experiment würde große Gefahren in sich bergen und würde uns kompromittieren können, weil es der erste Versuch wäre, an dessen Verunglückung der Kapitalismus interessiert ist. Und wenn wir damit ein

Plan so machen, so könnte man uns vorwerfen, es sei auf unsere verkehrten Theorien zurückzuführen. Wir müssen also die Chance ausnutzen, um zur Vollsozialisierung zu kommen.

Wiffell sagt, warum nicht eher? Ich antworte ihm darauf: Für solche Projekte gibt es keine sofortige Durchführung; sie brauchen Zeit. Wir wurden im Kabinett durch politische Unruhen und schwerste wirtschaftliche Depressionen abgehalten. Aber jetzt müssen wir mit aller Entschiedenheit an diese Aufgaben herantreten.

Schließlich darf auch nicht übersehen werden, daß die Anteilnahme an den Gewinnunternehmungen nichts neues ist. Die Beteiligung an einer gemeinschaftlichen Unternehmung in Kommunalbetrieben ist eine alte Einrichtung. In Verkehrsunternehmungen haben wir vielfach privaten Besitz gehabt, und die Gemeinden hatten sich das Recht vorbehalten, von einer Gewinnquote über ein gewisses Maß hinaus einen Teil für sich in Anspruch zu nehmen. Unsere Wirtschaftspolitik ist ja zum Teil schon ein Stück Planwirtschaft, wenn auch nicht ganz im Sinne Wiffells.

Gewiß kann man einem solchen System auch nützliche Seiten abgewinnen. Ich wäre töricht, wenn ich nicht anerkennen wollte, daß Organisation notwendig ist, wo ich dauernd ein Verfechter der Zwangsorganisation in unserer Lebensmittelversorgung und auch für die Industrie während des Krieges und in der Nachkriegszeit gewesen bin. Aber ich bin weit entfernt, zu glauben, daß wir damit die Lösung der großen Wirtschaftsprobleme erreichen.

Wiffell hat es so dargestellt, als ob wir auf dem Gebiete der Sozialisierung bisher noch nichts unternommen haben. Dieser Vorwurf ist ganz unberechtigt. Es sind eine ganze Reihe von Problemen vorhanden, die uns in der nächsten Zeit beschäftigen müssen. Als ich aus dem Ministerium austrat, war eine Reihe von Sozialisierungsplänen in Bearbeitung. Ich glaube nicht, daß sie fortgesetzt werden. Wir müssen schließlich eine Organisation empfehlen, die nach unserem Programm ein Wirtschaftsgetriebe aufbaut, das von privatkapitalistischer Aneignung frei ist. Dieses Ziel muß der Sozialismus beibehalten. Sonst haben alle diejenigen recht, die links von uns in der Opposition gegen uns stehen. (Sehr richtig!) Wenn die „Freiheit“ vor einigen Tagen schrieb: Der Parteitag wird unter dem Stigma der Wiffellschen kapitalistischen Planwirtschaft stehen, so bin ich sehr im Zweifel, ob der Parteitag dieser Meinung Ausdruck gibt. So wenig ich auf die unabhängige „Freiheit“ etwas gebe, so wenig scheint es mir angebracht, Agitationsstoff zu geben, wo es nicht nötig ist und wodurch unsere Parteigenossen selbst am Sozialismus irre werden.

Wir können heute in unseren Kommunalbetrieben die Vollsozialisierung mit wenig Mitteln der Umstellung der Organisation herbeiführen. Ich bedaure sehr, daß unsere Parteigenossen gerade auf diesem Gebiete praktisch heralich wenig geleistet haben. Wenn Ihr uns Vorwürfe macht, werde ich den Spieß umdrehen und fragen: Was habt Ihr getan? Die Unternehmungen der Kommunalverwaltung, Gas- und Wasserwerke, sind sehr schnell mit dem Einfluß der Arbeiter, Techniker und sonstigen freien Organisationsbestrebungen zu verbinden und auf anderer Grundlage aufzubauen als das rein bürokratische System es gegenwärtig durchführt. Da haben wir bereits die Ablösung des privaten Eigentums. Da fehlt nur die Arbeiterorganisation im modernen Geiste des Sozialismus.

Wir haben auch im Kommunalbetrieb die Möglichkeit, die Sozialisierung viel leichter auszugestalten, als in Staat und Reich; denn hier handelt es sich um kleine Betriebe, die eine Monopolstellung einnehmen können. Wir müssen den Gesekentwurf zur Durchführung bringen, den die Sozialisierungskom-

mission für die Kommunalisierung in Vorschlag brachte, der den Gemeinden ein Monopolrecht für gewisse Erzeugnisse und für den Vertrieb gewisser Waren einräumte.

Im Bündholzesgesetz ist die Bestimmung enthalten, daß bis zum 31. März nächsten Jahres die Monopolstellung für die Fabrikation und den Verschleiß von Bündholzgern durchgeföhrt sein soll. Ich glaube nicht, daß schon irgendwelche Vorarbeiten dafür gemacht sind. Solche Vorarbeiten sind aber dringend nötig, um zu dem versprochenen Ergebnis zu kommen. Es wird auch keine Schwierigkeiten bereiten, beispielsweise ein Monopol für Saccharin und für den Getreidehandel durchzuführen. Das Getreidehandelsmonopol stelle ich mir vor als freie genossenschaftliche Organisation der Landwirte mit Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung. Warum ist der Kampf vom Handel und von den liberalen und freien Wirtschaftstheoretikern gegen die Reichsgetreidestelle und überhaupt gegen den zentralen Einkauf geföhrt worden? Weil man in diesen Organisationen die ersten Anfänge einer Sozialisierung des Handels besüchtete. Wenn man die enge Verbindung in der Selbstverwaltung dieser Genossenschaften mit der Konsumgenossenschaft der Städte herbeiföhrt, dann haben wir auch auf dem Gebiete der freien Initiative einen großen Wirkungskreis. Wir reden so viel von Sozialisierung. Ich frage mich immer in einer solchen Zeit, wo der Konsumvereins- und Genossenschaftsbewegung ganz freie Bahn gegeben ist, und wo sie die Unterstützung zahlreicher Verwaltungsapparate hat, warum auf diesem Gebiete nicht mehr Propaganda getrieben und eine praktische Tätigkeit ausgeübt wird. Niemand kann uns hindern, hier ein Stück Sozialisierung durchzuführen. Aber es ist immer noch der alte Gedanke: der Staat hat die Stelle des Nachwächters zu übernehmen. Nein, wir sollen doch auch schließlich der privaten Initiative in einem solchen Staatsgebiete Raum geben. Die Arbeit in organisatorischer Hinsicht auf dem Gebiete der genossenschaftlichen Organisation bringt uns der Sozialisierung näher.

Ich hoffe, daß sich die Arbeiter auch in diesem genossenschaftlichen Betriebe nicht als kapitalistisch ausgebeutet betrachten, sondern als die Mitarbeiter eines Unternehmens, an dessen Gedeihen sie interessiert sind. Sie müssen das Empfinden der solidarischen Zusammenarbeit und der Betätigung zum Gemeinwohl haben, das nicht immer vorhanden ist, das wir aber erzielen wollen.

Die Gemeinden haben auch die Möglichkeit, in der Milchverföhrung, im Kohlenhandel und in der Belieferung von Lebensmitteln mit der Sozialisierung voranzugehen. Das ist ein schwieriges Kapitel, aber auch hier muß nun der Anfang gemacht werden. Die Arbeiterchaft sieht, daß der Warenumschlag durch die Genossenschaft geleitet wird, daß diese die Produkte vielfach direkt aus den eigenen Betrieben bekommt und auch die Rückvergütung aus den Gewinnen den Mitgliedern zufließt; privatkapitalistische Interessen spielen hier keine Rolle mehr.

Wir mögen uns mit Theorien und Organisationsbestrebungen abmühen, soviel wir wollen, eins bleibt bestehen: Die Folgen des Krieges sind für unser Wirtschaftsleben eine vernichtende Zerschöpfung des Organismus. Die Nachwirkungen des Versailler Vertrages haben uns so schwere Hindernisse in der Entwicklung gebracht, daß wir für Jahre mit diesen wirtschaftlichen Erschütterungen zu rechnen haben. Das ist eine trübe Perspektive, aber sie darf uns nicht abhalten, rüftig an die Arbeit zu gehen, um überall wieder aufzubauen und zu einer gesunden volkswirtschaftlichen Entwicklung zu kommen.

Wenn wir mit diesem Programm an die Lösung der schwierigen Wirtschaftsprobleme herangehen, dann werden wir aus dem System der kapitalistischen Produktion den zielklaren Weg zum Sozialismus einschlagen; und wenn

es uns dann gelingt, die Hand- und Kopparbeiter, die im Dienst einer großen Sache ihre Kräfte freudig einsetzen, zum Aufbau am neuen Werke zu vereinen, dann stellt sich uns die Zukunft auf, und wir fassen Vertrauen zur Vollendung des Baues, in dem die friedliche Arbeit und die stillliche Gesundung des Volkes eine Heimstätte finden soll. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende Müller teilt mit, daß der geschäftsordnungsmäßige Antrag eingegangen ist, in der Diskussion über die Referate der Genossen Wiffell und Schmidt jeweils abwechselnd einen Redner für und einen Redner gegen die Planwirtschaft sprechen zu lassen. (Lebhafter Widerspruch.) Der Antrag ist genügend unterstützt. Er halte es für unmöglich, nach dem Antrage zu verfahren. Planwirtschaftsgedanken habe wohl jeder einzelne im Saale. Man müsse sich aber in der Diskussion auch über die beiden Gutachten der Sozialisierungskommission und über die Ernährungswirtschaft überhaupt unterhalten.

Zur Begründung des Antrages führt Fellisch-Geminnig aus, daß die Debatte von großem Interesse für alle Parteigenossen des Reiches sei, und daß die Befürchtung bestehe, daß durch die zufällige Reihenfolge der Redner entweder eine Häufung von Reden für oder eine Häufung von Reden gegen die Idee Wiffells eintrete. Der Antrag bezwecke, das zu vermeiden und diene einer Klärung der Angelegenheit.

Dr. Adolf Braun-Berlin bezeichnet den Antrag als abwegig. Der ganze Parteitag stehe auf dem Boden des Sozialismus, und man könne keine Unterscheidung nach Planwirtschaftlern und Nichtplanwirtschaftlern vornehmen. Außerdem sei eine ganze Reihe von Problemen zu erörtern, die mit der Planwirtschaft nichts zu tun haben. Er bitte um Ablehnung des Antrages. Der Antrag wird abgelehnt.

Der Vorsitzende Müller teilt mit, daß die Mandatsprüfungskommission am Donnerstag Vormittag 9 Uhr im Blauen Saal zusammentritt.

Folgende Druckfehlerberichtigungen werden bekanntgegeben: Im Antrag 371 ist in der zweiten Zeile in der Klammer vor „des Bekenntnisses“ einzuschalten: „Schulen“.

Im Antrag 370 muß es in der letzten Zeile anstelle „abgetretenen“ heißen: „abgetrennten“.

Schluß der Sitzung 1¼ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 14. Oktober 1920, Vormittagsitzung.

Vorsitzender Müller eröffnet die Sitzung.

Die Diskussion über die Fragen der allgemeinen Wirtschaftspolitik, der Sozialisierung und der Ernährung wird fortgesetzt.

Wichtig: Ich weiß nicht, ob ich im Sinne des Parteitags spreche, wenn ich meine Ausführungen mit dem Ausdruck des Bedauerns darüber beginne, daß die Debatte über diese ungeheuer wichtige Frage durch ein Nebenueil zwischen zwei Männern eingeleitet worden ist, die meiner Meinung nach grundsätzlich in ihren Ansichten gar nicht so weit auseinandergehen. (Sehr wahr.) Es ist nur deshalb ein Gegensatz hervorgetreten, weil zwei verschiedene Ideen, die zwei verschiedene Probleme behandeln und die durchaus miteinander in Einklang gebracht werden können, nicht scharf herausgearbeitet worden sind.

Gestatten Sie mir von meiner beruflichen Qualität als Professor Gebrauch zu machen und die heutige Debatte mit allgemeinen Betrachtungen einzuleiten, um den Wirrwarr, der entstanden ist, etwas zu ordnen. Wir alle sind uns darüber klar, daß unser letztes Ziel der Ertrag der Privatwirtschaft durch die Gemeinwirtschaft ist. Wenn wir von Sozialisierung im allgemeinen Sinne sprechen, so handelt es sich zunächst einmal um eine Sozialisierung dem Grade nach und dann um eine Sozialisierung dem Maße nach. Die Sozialisierung dem Grade nach bedeutet eine möglichst vollkommene Beteiligung der Privatwirtschaft, insbesondere der kapitalistischen Produktionsweise. Die Sozialisierung dem Maße nach bedeutet eine möglichst allgemeine Beteiligung der Privatwirtschaft, das heißt, eine die gesamte Volkswirtschaft umfassende Umgestaltung.

Bei dem ersten Problem erhebt sich sofort die Frage, inwieweit die Beteiligung der kapitalistischen Produktionsweise heute bereits möglich ist. Als Theoretiker können wir ganz genau sagen, wann und in welchem Umfange das möglich ist, nämlich überall da, wo die kapitalistische Unternehmung eine Art Renteninstitut geworden ist, etwa in derselben Weise, wie die mittelalterliche Grundbesitzerschaft schließlich auf der letzten Stufe ihrer Entwicklung es war, ferner da, wo die eigentliche Unternehmertätigkeit, nämlich die spekulative Anpassung der Produktion an den Markt nicht mehr erforderlich ist. Wenn diese beiden Bedingungen erfüllt sind, die Verwandlung der kapitalistischen Unternehmung in ein Renteninstitut und das Funktionsloswerden des Unternehmers in der Anpassung des Produktionsprozesses an den Markt, dann können wir bis auf den letzten Rest vollsozialisieren. Inwieweit diese beiden Bedingungen erfüllt sind, muß von Fall zu Fall festgestellt werden. Da, wo die Besitzer der Produktionsmittel in Gestalt von Wertpapieren gar nicht mehr eine Unternehmerrfunktion ausüben, ist die eine Bedingung erfüllt, und da, wo die Produktionsweise die Form einer monopolistischen Produktion angenommen hat, also nicht mehr in Anpassung auf einen wechselnden Markt stattfindet, ist die zweite Bedingung erfüllt.

Uns liegt heute das Problem der Sozialisierung der Kohle vor. Ob man sich für Vorschlag I oder II entscheidet, hängt letzten Endes von dem Urteil ab, das man über den Grad, in dem diese beiden Vorbedingungen erfüllt sind, zu fällen hat. Die Kohlenproduktion, die kapitalistische Unternehmung auf diesem Gebiete, ist mehr und mehr eine Art Renteninstitut geworden. Inwieweit die zweite Bedingung, das Funktionsloswerden des kapitalistischen Unternehmers erfüllt ist, ist die Frage, über die die beiden Richtungen der Sozialisierungskommission eben nicht ganz einig geworden sind. Ueber diese Frage kann nur derjenige ein abschließendes Urteil fällen, der auf das genaueste über die besonderen Bedingungen unterrichtet ist, unter denen heute die Kohle bei uns produziert wird. Soweit ich die Dinge übersehen kann, glaube ich, daß die Entwicklung bei uns die radikalere Form ermöglicht. Aber ich muß ausdrücklich sagen, daß ich mich in dieser besonderen Frage nicht als Sachverständiger bezeichnen darf. Im allgemeinen werden wir ja sagen müssen, daß die Wirtschaftsgeschichte im großen und ganzen uns eher das Bild einer allmählichen organischen Fortbildung darbietet, und daß man im allgemeinen wohl zweckmäßiger vorgehen wird, wenn man die kapitalistische Unternehmung allmählich zur Vollsozialisierung umbildet. Aber das kann letzten Endes nur durch besondere Sachverständige entschieden werden.

Die Frage der Sozialisierung dem Maße nach, d. h. die Frage, inwieweit wir imstande sind, die gesamte Volkswirtschaft gemeinwirtschaftlich durchzuorganisieren, liegt, wie mir scheint, Wiffell besonders am Herzen. Er sagt

nicht mit Unrecht, daß es auf die Dauer unhaltbar sein würde, wenn innerhalb einer Volkswirtschaft nebeneinander große Produktionsgebiete nach ganz verschiedenen Prinzipien wirtschaften. (Sehr richtig!) Er stellt deshalb den Satz auf, die ganze Volkswirtschaft müsse einheitlich nach einem bestimmten Grundgedanken durchorganisiert werden. Das ist im wesentlichen nichts anderes als der Gedanke des sogenannten englischen Gildensozialismus. Wir werden wohl damit rechnen müssen, daß das die Zukunftsförm unserer Volkswirtschaft in den westeuropäischen Ländern sein wird. Dabei stützen wir uns nicht nur auf irgendwelche Vorstellungen, die uns wünschenswert erscheinen, sondern wir dürfen an historische Tatsachen anknüpfen. Wir haben, wenn wir jetzt zu einer sozialisierten Wirtschaft gelangen, nicht etwas vor uns, was in Deutschland unerhört wäre. Die mittelalterliche Stadtwirtschaft in ihrer späteren Entwicklungsform stellt uns vielmehr eine sozialisierte Wirtschaft dar, und sie zeigt uns, daß innerhalb der Stadtwirtschaft die wichtigsten Produktionsgebiete in dieser Weise sozusagen aufgebeilt oder durchorganisiert waren, wenn auch selbstverständlich nach anderen Prinzipien, als es auf der Grundlage einer kapitalistischen Wirtschaft geschehen würde. Allerdings hat Schmidt in seiner Studie in dieser Beziehung ungewissenhaft recht. Auch ich teile die Ansicht derer, die meinen, daß bei der heutigen Lage unserer Wirtschaft die Durchführung dieses an sich richtigen Prinzips ungeheure Schwierigkeiten hervorrufen wird. Wir sind eben nicht imstande, eine derartig klare Durchbildung in einem Augenblick, wo von außen her sich immerfort die größten Störungen einstellen können, zu schaffen. Es fragt sich aber, ob nicht in dieser Richtung der Entwicklung vorgearbeitet werden könnte. Da komme ich auf das zurück, was ich in dem kleinen Gutachten, das ich zum Parteitag beigeleitet habe, mir auszuführen erlaubte, nämlich, daß auch die Konjunktur selbst, insbesondere die Arbeiter einen großen Einfluß auf die Durchorganisation der ganzen Volkswirtschaft für die Zukunft dadurch gewinnen können, daß sie vor allen Dingen den Markt organisieren. (Sehr richtig!) Seien wir uns darüber klar, daß die Durchführung des sozialistischen Gedankens, soweit es sich um die ungeheure Masse der genutzfertigen Waren in ihrer Mannigfaltigkeit handelt, nur in dem Umfange möglich sein wird, als wir eben den Markt organisieren und dadurch die eigentliche Unternehmertätigkeit, die spekulative Anpassung an den Markt unmöglich machen, also die Produktion wirklich auf einen empirischen, und zwar sowohl quantitativ wie qualitativ durchsichtigen und zu beherrschenden Markt einstellen. (Lebhafte Beifall.)

Otto Braun-Berlin: Selbst die Verärgerung über ein vermeintlich erlahmtes Unrecht hätte den Genossen Wiffell nicht dazu berechtigt, in dieser Weise an den Regierungserklärungen und Regierungsverhandlungen der ihm nachgefolgten sozialistischen Minister eine derartige Kritik zu üben. (Lebhafte Zustimmung.) Mein Vorgesetzter hat ganz richtig gesagt: im Prinzip sind wir uns alle einig. Aber über den neuen Weg, den Wiffell einschlagen will, hat er uns so wenig konkrete Angaben gemacht (sehr richtig!), daß wir nur zu allgemeinen akademischen Erörterungen kommen würden, wenn wir in der von ihm beliebten Art in diese Materie hineinbeigen wollten. Er hat ganz richtig gesagt: es kommt jetzt darauf an, Daten zu zeigen. Deshalb will ich auch meine Ausführungen darauf beschränken, eine Tat anzudeuten, einen Weg zu zeigen, der geeignet ist, uns aus der wirtschaftlichen Misere herauszubringen.

Ich habe mich hauptsächlich zum Wort gemeldet, um den Antrag 359 zu begründen. Das Wettrennen zwischen Gehältern und Löhnen einerseits und den Preisen für den wichtigsten Lebensbedarf andererseits, wird uns nie und

nimmer aus dem wirtschaftlichen Elend herausführen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Lohnerhöhungen bleiben immer um einige Nasenlängen, ja noch viel mehr hinter den Preissteigerungen zurück. (Sehr wahr!) Wollen wir zu gesünderen wirtschaftlichen Verhältnissen kommen, so müssen wir die Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung drängen. Eine Gesundung ist nur von einem Preisabbau zu erwarten. (Sehr richtig!) Der Preisabbau kann aber nicht derart einsehen, daß zuerst die Löhne herabgesetzt werden und die Preise folgen, er kann nur so erfolgen, wie der Preisaufbau vor sich gegangen ist. Der Preisaufbau ist so erfolgt, daß erst die Preise für den allerwichtigsten Lebensbedarf gestiegen sind und die Löhne und Gehälter hinterherhinkten. Wir müssen also dort mit dem Preisabbau beginnen, wo er begonnen hat. Aber das kann nicht mit nachhaltigem Erfolg in der Weise geschehen, daß die Preise für die Endprodukte herabgesetzt werden, wie wir es zum Teil jetzt bei den Verbilligungsaktionen der Lebensmittel und wichtigsten Bedarfsartikeln getan haben, sondern der Preisabbau muß beim Urprodukt, bei den Rohstoffen und Betriebsmitteln einsehen. (Zustimmung.) Namentlich die Lebensmittelpreise können wir nur nachhaltig abbauen, wenn es uns gelingt, auf unserem eigenen Boden mit eigener Kraft soviel zu erzeugen, wie unsere Bevölkerung zur Ernährung braucht. (Sehr richtig!) Dann müssen wir aber der Landwirtschaft die zur Steigerung der Produktion erforderlichen Rohstoffe und Betriebsmittel nicht nur in hinreichendem Maße, sondern auch zu viel niedrigeren Preisen als bisher zur Verfügung stellen. (Sehr richtig!) Durch den Unwillen über den Lebensmittelmangel sollten wir uns nicht verleiten lassen, darüber hinwegzugehen, daß bei den Betriebsmaterialien, die die Landwirtschaft braucht, die wucherische Preissteigerung sich noch viel mehr ausstößt. (Sehr gut!) Als nächstes Ziel muß ins Auge gefaßt werden, unsere landwirtschaftliche Erzeugung wieder auf die Höhe der Vorkriegszeit zu bringen. Wir sind durch den Krieg und die Nachkriegszeit in bezug auf Anbaufläche und Flächenenertrag weit zurückgekommen. Wir haben im Jahre 1918 eine Anbaufläche an Brotgetreide von 7 291 000 Hektar gehabt, im Jahre 1919 nur eine solche von 5 941 000 Hektar. Das ist ein Rückgang von 18,5 Proz. Beim Futtergetreide beträgt der Rückgang 12,5 Proz. bei den Kartoffeln 23,4 Proz., bei den Zuckerrüben 35,7 Proz. Der Flächenenertrag ist beim Votgetreide um 21,3 Proz., beim Futtergetreide um 24,2 Proz., bei den Kartoffeln um 31 Proz., bei den Zuckerrüben sogar um 36,9 Proz. zurückgegangen. Allerdings sind diese Zahlen nicht ganz absolut zu nehmen, denn niemals war die Statistik unzuverlässiger als in der Kriegszeit; aber diese Zahlen geben uns doch Auskunft über die verberbliche Richtung, in der sich unsere landwirtschaftliche Produktion in den letzten Jahren bewegt hat. Nach den genannten Zahlen sind auch die Hektarerträge ganz wesentlich zurückgegangen, nämlich um 21—36 Proz. Hier ist die Stelle, wo wir ansetzen können, um eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen. Der Rückgang der Flächenenerträge ist überwiegend auf die ungenügende Düngung unseres Ackerbodens, auf die unzureichende Zuführung der zum Pflanzenaufbau erforderlichen Nährstoffe zurückzuführen. Im Verhältnis zum Jahre 1913 haben wir im Jahre 1919 unserem Boden 51,9 Proz. Stickstoff und 59,4 Proz. Phosphorsäure weniger zuführen können. Das ist ein gewaltiger Rückgang. Dabei muß noch ins Auge gefaßt werden, daß die Qualität des tierischen Düngers infolge der schlechteren Fütterung und des Mangels an Kraftfuttermitteln ganz erheblich an Nährkraft verloren hat. Besonders in diesem Jahre zeigt das Mindereergebnis in unserem Körnerertrag, daß wir in den Kriegsjahren und in den Nachkriegsjahren starken Raubbau mit unserem Boden getrieben haben. Jetzt wirkt sich nämlich der Mangel an Phosphorsäure aus.

Jetzt tritt trotz Stickstoff und Kalidüngung immer mehr in die Erscheinung, daß der Boden einen Mangel an Phosphorsäure hat, der schnellstens behoben werden muß, wenn wir nicht noch schlechtere Ernten trotz günstiger Witterung erzielen wollen. Nun liegen die Dinge so, daß wir die erforderlichen Düngemittel im Inlande erzeugen können bis auf Phosphorsäure. Phosphorsäure müssen wir vom Auslande zum Teil einführen, weil die inländischen Lager nicht ausreichen. Aber es genügt nicht, daß wir diese Düngemittel der Landwirtschaft zur Verfügung stellen. Die hohen Preise setzen heute der zweckmäßigen und nachdrücklichen Anwendung dieser Düngemittel im Wege. Die 1920-21 zur Verfügung stehenden Düngemittel kosten nach dem augenblicklichen Preis 5 257,26 Millionen Mark. Die gleiche Menge kostete im Jahre 1913 467,18 Millionen Mark, ergibt eine Steigerung um weit über 1000 Proz. Das hat zur Folge, daß die Anwendung von künstlichen Düngemitteln für den Landwirt heute ein außerordentlich hohes Risiko bedeutet, und ihn geneigt macht, ebenso zu wirtschaften, was natürlich die allergrößte Gefahr für unsere Ernährung und damit für unsere Volkswirtschaft heraufbeschwört. (Sehr richtig!) Die diesjährige Getreideernte ist schon so gering, daß wir etwa 2 Millionen Tonnen Brotgetreide aus dem Auslande einführen müssen, die uns jetzt 12,5 Milliarden Mark kosten. Je nachdem die Valuta sich bewegt, kostet diese Einfuhr noch mehr Milliarden Mark. Da möchte ich doch dem Genossen Wiffell sagen, der gestern davon sprach, daß wir zur Besserung unserer Wirtschaftslage eventl. auch die Einfuhr rückwärtslos adressieren müßten, diese Einfuhr können wir nicht adressieren, wenn wir unsere hungernde Bevölkerung nicht gleichzeitig erdroffeln wollen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe mit Schreden in diesem Jahre aus einer Vorlage ersehen, daß wir auch für die Zuckereinfuhr im Jahre 1900 Millionen Mark ausgeben, also für ein Produkt, das wir früher für Millionen von Mark nach dem Auslande ausgeführt haben. Für Fleisch, Fett und Kolonialwaren werden noch weitere Milliarden angewendet. Da unsere Devisen, die wir durch Ausfuhr im Auslande erlangen, zu dieser dringenden notwendigen Einfuhr nicht ausreichen, nimmt die Schuldenlast unseres Landes dem Auslande gegenüber in steigendem Maße zu; das bedeutet, daß unsere Mark weniger kaufkräftig wird und die Forderung im Inlande immer mehr zunimmt. Gelingt es nicht, diese Entwicklung in eine entgegengesetzte Bahn zu bringen, dann kommen wir auf den Punkt, wo wir dem Auslande auch nicht mehr die uns fehlenden dringenden notwendigen Lebensmittel bezahlen können. Dann borgt uns auch niemand mehr etwas, und unser Volk ist am Verhungern. (Lebhafte Zustimmung.)

Glücklicherweise haben wir es auf diesem Gebiet in der Hand, aus eigener Kraft mit den uns im Lande zur Verfügung stehenden Mitteln eine Umkehr herbeizuführen. Wir können bei dem Stand unserer Agrarwissenschaft und -technik auf unserem inländischen Boden soviel erzeugen, wie wir zur angemessenen Ernährung unseres Volkes brauchen, wenn wir nur alle diese Mittel selbst unter Beiseitestellung der aus dem Privateigentum sich ergebenden Hemmnissen anwenden. Wir haben uns in der Vorkriegszeit daran gewöhnt, auf die inländische Landwirtschaft und ihre Ergebnisse mit einiger Geringschätzung herabzusehen, da wir jeden Tag, infolge unserer Ausfuhr, vom Auslande das kaufen konnten, was wir brauchten. Jetzt liegen die Dinge anders; wir müssen an Lebensmitteln selbst erzeugen, was wir brauchen, da wir es nicht mehr vom Auslande kaufen können. Diese Erkenntnis muß in die weitesten Volksschichten getragen werden. Der Weg ist uns klar vorgezeichnet. Wir müssen dem Boden an Nährstoffen zuführen, was er zum Pflanzenaufbau braucht. Kali und Stickstoff haben wir im Lande, Phosphorsäure müssen wir

einführen. Wenn wir jährlich noch etwa 144 000 Tonnen Knochenschäpht einführen, kostet uns das 302,4 Millionen Mark. Wenn wir dazu noch das zur Aufschließung erforderliche Schwefelsäure einführen, sind das weitere 50,4 Millionen. Wir würden unsere Zahlungsbilanz, wenn wir dadurch die Getreideeinfuhr von 12,5 Milliarden Mark ersparen könnten, um die Differenz von 12,14 Milliarden verbessern. (Hört! hört!) Ohne Vollbünung keine Vollernte! Diese Erkenntnis zeigt uns den Weg, den wir zu beschreiten haben. Aber mit der Bereitstellung der zur Erzielung von Vollernten notwendigen Düngemittel ist es nicht getan. Wir müssen dafür sorgen, daß die Landwirtschaft sie auch anwendet. Der hohe Preis und die Schwierigkeiten in der Versorgung stehen dem entgegen. Ich habe jetzt in meinem Ministerium einen Vorschlag ausarbeiten lassen, den ich in diesen Tagen an die Reichsministerien bringen werde, der dahingehet, daß den Landwirten vom Reich die erforderlichen künstlichen Düngemittel derart zur Verfügung gestellt werden, daß sie ein Drittel bei der Belieferung bar bezapfen, die restlichen zwei Drittel in der Form von Getreide, nachdem die Düngung im Ertrag zum Ausdruck gekommen ist. (Sehr gut!) Wollen wir diesen Weg aber beschreiten — und das müssen wir nach meiner Ansicht —, dann ist es notwendig, daß Erzeugung und Vertrieb aus der Hand des Privatbesitzes in die Hand des Reiches kommt. (Sehr richtig!) Die Preiskontrolle durch Syndikate und ähnliche planwirtschaftliche Institutionen genügt nach meiner Ansicht nicht. Bei diesen Versuchen, Privatwirtschaft mit Gemeinwirtschaft zu kombinieren, hat sich der privatkapitalistische Profitwille noch immer als stärker erwiesen, als so stark, daß er uns, um sich durchzusetzen, die Organe der gemeinwirtschaftlichen Kontrolle forumpiert. Was ich jetzt sage, das sage ich mit vollem Vorbehalt und Ueberlegung. Es ist doch ein unbehagliches Gefühl, daß in einer Abteilung des Reichsministeriums, das die Stickstoffpreise zu kontrollieren hat, in leitender Stellung ein höherer Beamter saß, von dem ich positiv weiß, daß er bestechlich ist. (Hört! hört!) Der Mann ist jetzt beurlaubt, ob er nicht bald in irgendeinem Reichsamt zurückkehrt, weiß ich nicht. Darum sage ich das an dieser Stelle.

Wie Kohle müssen wir sonach auch die künstlichen Düngemittel so schnell wie möglich in die Hand der Allgemeinheit bringen. Ich bitte Sie daher, dem Antrage 359 einmütig zuzustimmen. Er bringt uns nicht gleich das Heil von heute auf morgen, das gibt es nicht. Wer uns ein solches Rezept geben wollte, wäre entweder ein Narr oder ein politischer Verbrecher. Er zeigt uns aber einen wichtigen, Erfolg versprechenden Weg aus dem wirtschaftlichen Jammerthal heraus, in das uns der Kriegswahnsinn der ehemals Herrschenden hineingeschleubert hat. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Müller: In der Resolution 367 sind Druckfehler enthalten. Im viertletzten Abschnitt muß es in der vorletzten Zeile Eigentumsformen statt Eigentumsforderungen heißen. Ferner sind in dem folgenden Absatz am Schluß die Worte zu ergänzen: „und für die Roheisen- und Stahlerzeugung“. Der Antrag 313 ist zugunsten eines im Druck befindlichen Antrages zurückgezogen.

Dr. Nestriepke: Man kann dem Genossen Wissell zustimmen, wenn er ausgeführt hat, daß die bisherige Wirtschaftspolitik weite Kreise, auch innerhalb der Partei, unbefriedigt gelassen hat. Die Schwierigkeiten, die sich unserer Wirtschaftspolitik entgegenstellen, sind gewiß groß, aber eine gewisse Kritik ist sowohl gegen die Tätigkeit Schmidts wie gegen die von Wissell berechtigt. Warum hat Wissell, der doch ein Verfechter der Planwirtschaft ist, beispielsweise die Möglichkeit zur Umwidmung und Fortbildung der Kriegswirtschaft zur Planwirtschaft so wenig benutzt? In der Bewirtschaftung von Leder und

Schuhwerk war während des Krieges tatsächlich ein Ansatz zur Durchorganisation eines Wirtschaftszweiges geschaffen worden. Gewiß, der Schleichhandel wußte immer noch diese organisierte Wirtschaft zu fördern, aber Tatsache ist doch, daß sich an der Spitze der Schuhindustrie ein Ueberwachungs-ausschuß befand, der die Industrie trustartig nach Wissells Wünschen zusammenfaßte; die kleinen rückständigen Betriebe waren durch ihn stillgelegt, eine Typisierung der Herstellung durchgeführt, die Verteilung der Fertigfabrikate geschah durch eine Zentralstelle. Warum wurden diese Ansätze zu einer Planwirtschaft wieder aufgelöst? Die Folgen waren unheilvoll. Denn das Ergebnis war jene ungeheure Steigerung der Preise auf dem Leder- und Schuhmarkt, die wir erlebt haben. Unheilvoll war es auch, daß im März 1919 jene Plakate angeschlagen wurden, in denen verkündet wurde, die Sozialisierung marschiere, ja, sei schon da. Das mußte eine ganz falsche Vorstellung von unseren Zielen erwecken. Wissell mag persönlich keine Verantwortung dafür tragen, aber da zu jener Zeit Wirtschaftssminister war, fällt das doch auf sein Konto. So ließe sich noch an manchem Kritik üben. Ich hätte allerdings gewünscht, daß die Genossen Schmidt und Wissell sich nicht nur gegenseitig Vorwürfe gemacht hätten, sondern daß jeder auch zugegeben hätte, daß er selbst Fehler gemacht habe. (Sehr richtig!)

Wichtiger als Kritik scheint mir jedoch, daß wir uns darüber klar werden, was in Zukunft geschehen soll. Ich habe viel Sympathie für die Gedanken Wissells einer Durchorganisation der Wirtschaft, wie er sie in seinem Aufsatz zum Programmbuch der Partei niedergelegt hat. Aber wo wir die Vollsozialisierung sofort durchführen können, muß das geschehen. Vielleicht wären Wirtschaftskörperschaften, wie sie Wissell vorschlägt, auch zu gebrauchen, um die Steuern auf deren Mitglieder zu verteilen oder zum wenigsten, um Bürger-schaften für die richtige Steuerzahlung ihrer Angehörigen zu leisten. Bei den Abzügen bei den Arbeitern und Angestellten handelt es sich ja auch nur um Vorschüsse. Was die Arbeiter so erbittert hat, ist nicht der Abzug an sich, vielmehr, daß man den Kapitalisten lange Zeit ließ und damit die Möglichkeit, große Hinterziehungen zu machen. (Sehr richtig!) Eine Eingiehung bestimmter Vorschüsse noch vor Fertigstellung der endgültigen Einschätzung usw. auch bei den Kapitalisten würde sehr vorteilhaft sein. Im übrigen muß aber festgestellt werden: Die Durchführung einer Planwirtschaft nach den Wissellschen Wünschen wäre genau so eine Nachfrage wie die Vollsozialisierung da, wo sie möglich ist. Daß diese unser wichtigstes Ziel ist, das sollte auch hier in einer Resolution festgelegt werden. Und bei der Sozialisierung gilt es zu beachten: Auf keinen Fall darf eine Entschädigung bewilligt werden, wie sie etwa bei der Abfindung Wilhelms II. geplant war (Heiterkeit), und diese Entschädigung darf nur gezahlt werden auf Kosten der Kapitalisten, die sie durch Steuern aufzubringen haben.

Wir brauchen den Unabhängigen jetzt nicht nachlaufen, wenn sie sich spalten. Aber wir müssen uns bemühen, die Stimmungen zu verstehen, aus denen so mancher Arbeiter in das radikale Lager gegangen ist. Gerade die wirtschaftlichen Momente spielen da eine große Rolle. Mitunter habe ich selbst Verständnis für jene Leute, die am liebsten alles zerfallen würden. Wenn man sich vorstellt, wie in Berlin in so vielen Restaurants und Lagers-bars die vornehme Welt ihre Nächte verbringt und dann des Morgens steht, wie vor der Markthalle die Kinder in den Abfall- und Kleinhändlertischen wühlen, um faulige Reste für die Küche daheim herauszusuchen, dann werden solche Bestrebungen verständlich. Hier muß Hilfe geschaffen werden. Man berufe sich nicht immer auf den Friedensvertrag von Versailles! Der Rahmen, den er uns gibt, ist immer noch weit genug, daß wir ganz andere Verhältnisse

schaffen können als heute. Und so wollen wir auch heute und an dieser Stelle unseren Willen betonen, mit aller Energie proletarische Klassenpolitik zu treiben und vorwärts zu schreiten auf dem Wege zur wirklichen Sozialisierung der Wirtschaft. (Beifall.)

Heilmann: Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit zunächst auf den Antrag 320 richten. Am 2. Dezember 1919 hat die Preussische Landesversammlung mit den Stimmen aller Arbeiterabgeordneten, auch derjenigen aus dem bürgerlichen Lager, einen Gesetzentwurf über die Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke angenommen. Dieser Gesetzentwurf bedarf zu seiner Gültigkeit der Zustimmung des Reiches. Er ist infolgedessen an das Reichsministerium des Innern mit der Bitte Preußens geleitet worden, den Gesetzentwurf dem Reichstage vorzulegen. Seit dem 2. Dezember vorigen Jahres hat das Reichsministerium des Innern diesen Gesetzentwurf bei sich liegen lassen. (Hört! Hört!) Wir fordern, daß unsere Reichstagsfraktion nun endlich darauf dringt, daß dieser von Preußen angenommene Gesetzentwurf durch die Bestätigung des Reiches Gesetzeskraft erhält. (Sehr richtig!)

Dann zu dem Antrag 331, der die Fraktion auffordert, dem Reichsernährungsminister Dr. Hermes ihr Mißtrauen auszusprechen. Es handelt sich dabei nicht um den Kampf zwischen Zwangswirtschaft und freier Wirtschaft. Für beide sprechen Argumente, für beide haben sich Genossen je nach der gegebenen Lage erklärt. Es handelt sich vielmehr darum, daß der Ernährungsminister Dr. Hermes sein Amt in leichtfertiger und gewissenloser Weise dazu mißbraucht, um das deutsche Volk aufs schwerste zu schädigen. Dafür lassen Sie mich ein paar Beispiele geben. Die anderen Beispiele finden Sie vollständig zusammengestellt in zwei Artikeln des „Berliner Tageblatts“ vom 1. und 2. Oktober: „Die Ironie der Ernährungspolitik“ von Dr. Franz Silberstein. Im Mai hat der Ernährungsminister Dr. Hermes der Reichsfettstelle und dem Reichsausschuß für Öle und Fette verboten, weitere Einkäufe zu machen, weil er die freie Wirtschaft, die freie Einfuhr für Öle und Fette herstellen wollte. Dann ist in den Monaten Juni, Juli und August nichts geschehen. Im September kam Dr. Hermes zu der Erkenntnis, daß sein Plan nicht durchführbar sei und gab den genannten Stellen die Anweisung, wieder einzukaufen. Inzwischen war der Preis aller Fettstoffe bedeutend gestiegen und der Stand der deutschen Mark bedeutend gefallen. Die Öle, die für die Margarinebereitung jetzt eingekauft werden, kosten 22 Mk. das Kilo statt 11 Mk. Anfang Juni. Der Schaden für das deutsche Volk beträgt bei den eingekauften Mengen allein an Öl zur Margarinebereitung 900 Millionen. (Bewegung.) Hätte Hermes den Reichsausschuß einkaufen lassen, als er einkaufen wollte, wäre die Margarine heute um fast die Hälfte billiger herzustellen. Der „Vorwärts“ meldete gestern, daß der Preis der Margarine für den Verkauf von 12,50 auf 14,50 Mk. hinaufgesetzt sei wegen der unünftigen Einkäufe durch Hermes. Diese Angabe ist irrig; Würde der Preis so heraufgesetzt, wie er in Wahrheit den Einkaufspreisen entspricht, dann müßte der Preis 20 Mk. übersteigen. (Hört! hört!) Am 1. August hat Ernährungsminister Dr. Hermes die deutsche Cefsruchternte freigegeben, nachdem sie bereits zu einem Drittel abgeliefert war, obwohl kein Interessent, kein Landwirt die Freigabe gefordert hatte. (Anhaltende Bewegung.) Die Folge war, daß der Preis für die Tonne Raps von 2500 auf 7500 Mk. stieg. (Hört! Hört!) Den Landwirten, die bereits abgeliefert hatten, wurden 2000 Mark pro Tonne nachgezahlt. (Große Bewegung.) Diese Nachzahlungen und Mehrzahlungen haben das deutsche Volk mit 315 Millionen Mark belastet. Genau so liegt es bei der Einfuhr von Schmalz. Auch hier hat der Ernährungs-

minister verboten, daß rechtzeitig eingekauft wurde. Schmalz, das im Frühjahr das Kilo zu 17 Mk. zu kaufen war, wird jetzt mit 35 Mk. vom Deutschen Reich eingekauft. Genossinnen und Genossen, was das bedeutet, wird Ihnen klar werden, wenn Sie sich den mindesten Einfuhrbedarf des deutschen Volkes vergegenwärtigen. Wir brauchen in den nächsten Monaten 2 Millionen Tonnen Getreide für 13 Milliarden Mark, wir brauchen Öle und Fettstoffe für die Margarinebereitung, 200 000 Tonnen für 4 Milliarden, wir brauchen 30 000 Tonnen Schmalz für zwei Milliarden, 100 000 Tonnen Fleisch und Speck für drei Milliarden Mark. Das sind allein für die nächsten Monate an Einfuhrbedarf 22 Milliarden Mark. Aber Genossinnen und Genossen, diese Summe ist berechnet zu einer Zeit, wo der Dollar auf 60 Mk. stand, während er heute bereits auf 67 Mk. steht. Und jede drei Mark, die der Dollar im Werte steigt, bedeuten eine Milliarde Mark Ausgaben für Deutschland mehr. Jetzt können Sie sich vergegenwärtigen, wie sich in den nächsten Monaten die deutsche Wäuta und die Deckung unseres Ernährungsbedarfes gestalten wird.

Dazu kommt, was Hermes in der Getreidewirtschaft getan hat. Durch die Freigabe der Fleischwirtschaft ist die Erfassung des Getreides unmöglich geworden. Soweit wir aber einführen müssen, hat Hermes verboten, daß die Reichsgetreidestelle selbst einkauft. Der Einkauf geschieht in der Weise, daß ausländische Importeure dem Getreidehändler den Vertrag geben, und daß dieser, wenn die Reichsgetreidestelle ihn akzeptiert, mit dem deutschen Getreidehändler den Vertrag abschließt und sich für diese Arbeit 1,5 Proz. Provision berechnet. (Hört! Hört!) Hunderte von Millionen werden auf diese Weise sinnlos herausgeworfen, um ein paar hundert Getreidehändler maßlos zu bereichern.

Was diesen Maßnahmen namentlich auch bei der Fetteinfuhr einen außerordentlich gefährlichen Charakter gibt, ist, daß der holländische Margarinekonzern, insbesondere der von Jürgens, die Einfuhrpolitik des Dr. Hermes benutzt, um außerordentlich hohe Profite einzubeimfen, weil der Konzern sich rechtzeitig eindeckte, und der Einkauf nach den Vorschriften des Deutschen Margarineverbandes erfolgt, wo die ausländischen Firmen die Mehrheit haben, so daß sie dem deutschen Volke diktieren, in welchem Maße sie es ausweichen wollen. Jürgens ist überdies einer der opferwilligsten Spender für die Parteikasse des Zentrums.

Bei den Kartoffeln hat Hermes erklärt, daß die feineren festgesetzten 25 Mk. Höchstpreis seien. Um Schaden abzuwenden, werde er den Kartoffelhandel konfessionieren. Er weiß also nicht einmal, daß dieser Handel bereits seit 1916 konfessioniert ist, ohne daß dadurch das Geringste gebessert worden wäre.

Unbeschadet der Stellung zu den übrigen Ministern und um den Streit über Zwangswirtschaft oder freie Wirtschaft scheint es mir notwendig, diesen Mann, der das Leben des deutschen Volkes im kommenden Winter gefährdet, sofort aus seinem Amt zu entfernen. (Lebhafter Beifall.) Der Reichspräsident hätte alle Ursache, seine Verfassungsrechte zu benutzen, diesen Schädling zu beseitigen. (Sehr gut!) Die Massen sind wegen der Ernährungspolitik des Dr. Hermes in Bewegung geraten, sie werden ihn stürzen, entweder ohne uns oder mit uns. Unsere Pflicht ist es, uns an die Spitze dieser Bewegung zu stellen. Ich bitte den Parteitag, den vorliegenden Antrag ohne weiteres anzunehmen, damit die Fraktion eine klare Richtlinie hat: Fort mit diesem Volkschädling! (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende Müller teilt mit, daß in der Resolution 367 im viertesten Absatz Zeile 2 hinter „das Privateigentum“ einzuschalten ist: „an Produktionsmitteln“.

Hoch: So dankbar es im Augenblicke sein mag, gegen einzelne Personen der Regierung loszugreifen, so erreichen wir doch damit nichts. Wenn wir den Dr. Hermes beseitigen und die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse bleiben wie sie sind, so bekommen wir eben einen anderen Dr. Hermes. Ob er besser ist, ist eine andere Frage. (Sehr richtig!)

Mit allgemeinen Ausführungen und persönlichen Angriffen kommen wir nicht vorwärts. Die Not ist so groß, daß gehandelt werden muß. Jede Kritik ist zu begrüßen, wenn sie darauf hinausgeht, uns zu sagen, was wir im Augenblick tun können. Wiffell hat aber in seinen in vielen Punkten durchaus dankenswerten Ausführungen nicht mitgeteilt, was jetzt geschehen muß. Darum allein aber handelt es sich.

Vor allem handelt es sich dabei um die Frage der Sozialisierung der Kohlenbergwerke. Wir müssen uns darüber einig sein, welchen Weg wir da zu beschreiten haben. Entschieden müssen wir uns gegen den zweiten Sozialisierungs-vorschlag wenden, der die Enteignung der Kohlengruben auf 30 Jahre hinauschieben will, so daß die Gegner der sozialistischen Wirtschaft Gelegenheit haben, zu sabotieren, was in Angriff genommen werden soll. Wir müssen uns auf den Boden sofortiger Enteignung und Sozialisierung der Kohlenförderung und Kohlenverteilung stellen. Die Frage der Verstaatlichung der Kohlenbergwerke ist nicht nur eine rein technische, sondern die entscheidende politische Frage des Augenblicks.

Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß wir im jetzigen Reichstage keine Mehrheit für eine wirkliche Sozialisierung der Kohlengruben bekommen. Auf Zeitungsnachrichten, die besagen, die Regierung arbeite schon einen entsprechenden Entwurf aus, darf man nicht hineinfallen. Wenn einer ausgearbeitet wird, so wird er durchaus das Gegenteil von dem sein, was wir verlangen. Deshalb müssen wir den Weg des Volksbegehrens betreten, den uns die Verfassung an die Hand gibt. (Weifall.) Von einer Reichstagsauflösung verspreche ich mir in diesem Augenblicke so gut wie nichts. Der neue Reichstag würde nicht wesentlich anders als der jetzige zusammengesetzt sein. Wir sollen immer für den Wahlkampf gerüstet sein, aber es ist falsch, die ganze Aufmerksamkeit auf die Auflösung des Reichstages zu lenken. Der jetzige Reichstag muß vor die einzelnen Fragen gestellt werden. Wenn wir den Weg des Volksbegehrens beschreiten, und den auf Grund des ersten Entwurfes des Sozialisierungsausschusses ausgearbeiteten Gesetzentwurf, wenn er vom Reichstag abgelehnt wird, der Öffentlichkeit vorlegen und sie zum Kampf gegen den Kohlenwucher aufrufen, dann bekommen wir eine Mehrheit. (Sehr richtig!)

Ich beantrage, dem vorletzten Absatz der Resolution Nr. 367 hinzuzufügen:

Sollte für die sofortige Enteignung und Sozialisierung der Kohlenförderung und der Kohlenverteilung keine Mehrheit im Reichstag oder im Reichsrat vorhanden sein, dann ist das Volksbegehren durchzuführen.

Ich bitte, diesem Antrage zuzustimmen. (Weifall.)

Bauer: Genosse Wiffell nimmt, seitdem er wegen Meinungsverschiedenheiten im Juli vorigen Jahres aus der Regierung ausgeschieden ist, eine sonderbare Stellung ein. Anstatt im Rahmen derjenigen Körperschaften, die dazu berufen sind, seine Ideen zu vertreten, greift er seine Kollegen in der Regierung, die Fraktion und den Parteivorstand in einer Weise an, die nicht parteifördernd ist. (Sehr richtig!) Wohin soll es führen, wenn sozialdemokratische Minister Wiffells Beispiel nachahmen wollten? Wir würden uns geradezu lächerlich machen und die Partei in Grund und Boden ruinieren. (Sehr richtig!) Ich habe zu Wiffells Angriffen bisher nie Stellung genommen.

weil ich es verabscheue, solche Dinge, die einen mehr persönlichen Charakter tragen, in aller Öffentlichkeit auszusprechen. Ich sagte mir: Wiffell wird sich beruhigen, er ist jetzt etwas erregt und seine Nerven haben stark gelitten. Aber in dieser Erwartung habe ich mich leider getäuscht. Wiffell hat sich mehr und mehr zum Propheten und Fanatiker einer abstrakten Idee entwickelt. Er glaubt, daß nur die restlose Durchführung dieser Idee uns das wirtschaftliche Heil bringen kann.

Wiffell behauptete, daß das Programm, das ich namens des Koalitions-kabinetts am 28. Juli 1919 in der Nationalversammlung entwickelt habe, nicht verwirklicht sei. Er rief patheistisch aus: Nichts, gar nichts von alledem ist durchgeführt! Diese Art der Kritik geht über das parteigenössliche Zulässige weit hinaus. Wiffell bläst hier vollkommen in das Horn der Rechtsparteien. Kritik ist nötig und, wenn sie sachlich begründet ist, auch heilsam; sie muß sich aber im Rahmen des parteigenösslichen Interesses halten. Hier wird aber Kritik in der Hauptsache aus Nechthaberei und Fanatismus für eine bestimmte Theorie geübt. Wiffell erkennt selbst an, daß die Regierung in praxi gemäß seinen Ideen verfahren hat, und sagt: früher habt Ihr es abgelehnt, später ist Euch aber die Erkenntnis gekommen, da habt Ihr, wenn auch unvollständig, durchführen müssen, was ich seinerzeit vorgeschlagen habe. Die Behauptung Wiffells, daß dreimal nichts geschehen sei, ist nicht nur parteischädlich, sondern vollkommen falsch. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung haben in vollem Maße ihre Schuldigkeit getan. Die alte Koalitionsregierung unter Führung der Sozialdemokraten hat so gewaltige Fortschritte auf dem Wege der Besserung unseres Wirtschaftslebens erzielt, wie man sie vor Jahresfrist noch nicht für möglich hielt.

Wiffell war seinerzeit Volksbeauftragter, also aktives Mitglied der Regierung. Vom Februar 1919 an übernahm er die Führung des Wirtschaftsministeriums. Er hätte uns doch sagen sollen, was er in den fünf Monaten seiner Minister Tätigkeit geleistet hat oder nicht hat leisten können, weil er Widerstand bei seinen Parteigenossen oder der Gesamtregierung gefunden hat. Seine Ausführungen erweckten den Eindruck, als ob er gehindert worden sei, seine Kraft zu entfalten. Nichts von alledem ist wahr. Wiffell hat dem Kabinett während seiner Minister Tätigkeit keine einzige Vorlage unterbreitet, die abgelehnt worden wäre. (Hört! Hört!) Sachliche Differenzen sind kaum vorgekommen. Wiffell hatte nur mit dem damaligen Reichschatzminister Gothein häufig Zusammenstöße, weil Gothein Beschwerden über die Art erhob, wie das Wirtschaftsministerium die Ein- und Ausfuhrfragen erledigte und dem freien Handel oder doch der Lockerung der Zwangswirtschaft das Wort redete. Die Beschwerden, die damals gegen die Art der Ein- und Ausfuhr erhoben wurden, waren berechtigt. Anträge auf Ausführgenehmigung blieben manchmal monatelang unerledigt.

Um den Differenzen ein Ende zu machen, kam das Kabinett etwa im Mai vorigen Jahres zu dem Ergebnis, sich diktatorischen Ausschuß einzusetzen, dem Wiffell, Robert Schmidt und Gothein angehörten. Diese drei sollten über die wichtigen Ein- und Ausfuhranträge kurzerhand entscheiden. Wiffell ist lediglich an der unsachlichen Art gescheitert, wie er seine Ideen vertreten hat. Seine ganze Kraft konzentrierte er auf Denkschriften über die Planwirtschaft.

Nun wird immer der Eindruck hervorgerufen, als ob Wiffell allein für eine planmäßige Regelung unserer Wirtschaft im gemeinnützigen Sinne kämpfte und wir Anhänger der freien Wirtschaft seien. Davon ist gar keine Rede. Von sämtlichen sozialdemokratischen Ministerkollegen hat niemand auf dem Standpunkt der unbedingten freien Wirtschaft gestanden, sondern auch wir hielten eine planmäßige Regelung der Wirtschaft für unbedingt nötig, damit das privat-

kapitalistische, Interesse zurückgedrängt würde und gemeinwirtschaftliche Gesichtspunkte in den Vordergrund kämen. Die Hauptarbeit Wissells bestand in Ausarbeitung von Denkschriften und wunderbaren Zeichnungen über die Organisation der Planwirtschaft. Wenn man sich eine solche Zeichnung ansah, wurde einem ganz wirr im Kopf. Wenn wir eine solche Ueberorganisation geschaffen hätten, hätten wir Jahre gebraucht, um die Dinge geordentlich zu fixieren, und weitere Jahre, um die Organisationen aus dem Boden emporzuwachsen zu lassen. Es waren abstrakte Ideen, die Aufstellung eines Systems, das uns in neue Verhältnisse führen sollte, ohne daß wir zur Sozialisierung zu kommen brauchen. Wissell hat mir gegenüber mehr als einmal erklärt: die Sozialisierung ist vorläufig nicht durchführbar, wir wollen zunächst einmal meine Planwirtschaft durchführen.

Diese Planwirtschaft ist gar kein eigenes geistiges Produkt Wissells, sondern das Produkt seines Unterstaatssekretärs von Möllendorff, der diese Planwirtschaft bereits unter der Ministerschaft unseres Genossen Dr. August Müller vertreten hat und sie damals bereits den Volksbeauftragten eingehend vortrug.

Anfang Mai überreichte mir als Arbeitsminister Wissell eine sehr umfangreiche Denkschrift mit Zeichnungen, die die Gliederung der Planwirtschaftsorganisation zeigten. Er wünschte, daß ich diese Denkschrift, die ans Kabinett gerichtet war, mit unterzeichnen sollte. Ich mußte es bei meiner Ueberlastung ablehnen, die Denkschrift bis zum nächsten Tage durchzugehen und hat mir drei Tage Zeit aus. Ich sah dann an einem Sonntag die Denkschrift durch und besprach die Sache am Montag mit Wissell. Ich erklärte ihm: Du wirst mir doch nicht zumuten, daß ich eine Denkschrift unterschreibe, in der ungläubliche Angriffe gegen die Regierung, der ich angehöre, und insbesondere auch gegen mich selbst erhoben werden. (Seiterkeit.) Da sagte Wissell: den Passus, der Dich angreift, gebe ich ohne weiteres preis. Ich habe ihn dann gebeten, daß wir am nächsten Tage die einzelnen Punkte durchsprechen, und ihm erklärte: im großen Ganzen bin ich durchaus mit dem, was Du erstrebst, einverstanden, nur die Art, wie die ganze Sache gemacht werden soll, und die gegen die Regierung erhobenen Angriffe müssen wir noch einmal besprechen. Da stand er hibzig auf — er war damals schon mit seinen Nerven außerordentlich herunter — und sagte: entweder unterschreibst Du, oder ich mache die Sache allein. Ich erklärte dann: Bitte, reiche Deine Denkschrift allein ein.

Das hat er getan. Zur Erörterung der Denkschrift sind wir in den nächsten Wochen nicht gekommen, weil damals die Beratungen über die Friedensverhandlungen das Kabinett fast ausschließlich in Anspruch nahmen. Am dritten Pfingstfeiertag begann der Parteitag in Weimar. Wissell verlangte von dem damaligen Ministerpräsidenten Scheidemann, daß noch vor dem Parteitag die Entscheidung über sein Wirtschaftsprogramm getroffen werde. Am Sonnabend tagte von 4 Uhr an eine Konferenz, die sich mit den Friedensverhandlungen beschäftigte. Am Nachmittag um 2 Uhr wurde, da Wissell erklärte, es sei ein Ultimatum, und er würde demissionieren, eine Sitzung anberaumt. Wissell hatte niemals im Kabinett darüber gesprochen, welche Wirtschaftspolitik er vertritt. Ich erhob deshalb als einer der ersten gegen diese Art Widerspruch und verlangte erst Unterlagen. Auch andere Redner sprachen in diesem Sinne. Wissell erklärte sich darauf mit einer vierzehntägigen Vertagung der Entscheidung über seine Wirtschaftspolitik einverstanden. Man hätte glauben sollen, daß damit die Sache einstweilen ruhte und die Frage zunächst innerhalb des Kabinetts und der Reichstagsfraktion zur Entscheidung gebracht werden sollte. Statt dessen ging Wissell von der Kabinettsitzung zur Bahn, fuhr mit einer fertigen Anklagerede nach Weimar und erhob schon in Weimar die schärf-

sten Vorwürfe gegen die Regierungspolitik und gegen das Verhalten seiner Parteigenossen.

Die Denkschrift, die vertraulich sein sollte, wurde mit all den Angriffen und Vorwürfen gegen die eigenen Parteigenossen in der Regierung veröffentlicht. Möllendorff hat die Denkschrift in die „Völkische Zeitung“ lanziert. So wurde der Kampf geführt. Sie werden mir zugeben, daß das unkollegial und nicht parteigenösslich ist, und daß eine solche Art des Zusammenarbeitens einfach zur Schädigung der Partei führen muß. (Sehr richtig!) Solange ich mit anderen Genossen zusammen auf einen Posten gestellt bin, habe ich mich im Rahmen dieser Körperschaft zu bewegen. Wenn ich mit meinen Kollegen nicht einig werde, gehe ich an die Fraktion, und dann hat schließlich erst der Parteitag zu sprechen. Statt dessen ging Wissell dazu über, die ganze Oessentlichkeit der Partei zu mobilisieren, um sich durchzusetzen. Eine Entscheidung über die Wirtschaftspolitik konnte damals nicht innerhalb vierzehn Tagen herbeigeführt werden, weil inzwischen der Friedensvertrag in unseren Besitz gelangte und sich dann ausschließlich unsere Tätigkeit auf diesen Friedensvertrag konzentrierte. Es kam infolge des Friedensvertrages in der Woche vom 15. bis 22. Juni zur Krise und niemand wußte, ob wir in die Lage kommen würden, eine Regierung zustande zu bringen. Ich wurde damals gegen meinen Willen gezwungen, die Ministerpräsidentenschaft zu übernehmen und den schwersten Gang meines Lebens anzutreten, nämlich in der Nationalversammlung die Annahme des Vertrages von Versailles zu empfehlen. Wissell verlangte dann von mir eine Entscheidung über seine Planwirtschaft. Er kam zu mir und verwies auf einen Parteitagsbeschuß, indem er behauptete, eine Ablehnung seiner Planwirtschaft verstoße gegen den Weimarer Parteitagsbeschuß. Ich war im ersten Augenblick verblüfft, habe mir dann den Parteitagsbeschuß angesehen und festgestellt, daß die Behauptung Wissells doch eine etwas fähne Schlussfolgerung ist. Ich stehe durchaus auf dem Boden dieses Beschlusses und habe auch mit allen Kräften darauf hingearbeitet, diesen Beschuß zur Durchführung zu bringen. Kein einsichtiger Mensch wird aber glauben, daß die volle Umgestaltung unserer Wirtschaft sich etwa in Monaten bewerkstelligen läßt. Das wird die Aufgabe von Jahren sein. (Lebhafte Zustimmung.) Eine Regierung muß erst einmal Zeit haben, um die Dinge vorzubereiten; auf dem Boden dieser Resolution stehen wir alle. Es wäre nicht nötig gewesen, daß Wissell seinen Abschied nahm, wenn er nicht mit dem ihm eigentümlichen Eigensinn die wörtliche Annahme des Möllendorffschen Schemas vom Kabinett verlangt hätte. Diese Annahme wurde mit allen Stimmen gegen die Wissellsche abgelehnt, und er wandte sich dann an die Fraktion. Die Fraktion hat in Weimar über die Dinge verhandelt, und sie hat mit allen gegen drei oder vier Stimmen meine Haltung gebilligt und Wissell Unrecht gegeben. (Zustimmung.) Gegenüber einer solchen Entscheidung hätte Wissell doch nun jowiel Selbsterziehung und Parteidisziplin besitzen müssen, daß er nicht in die Oessentlichkeit ging und nun die Genossen in der Regierung angriff. Denn damit hat er eine eminent parteischädigende Tätigkeit vollführt. (Lebhafte Zustimmung.) Wissell nahm, nachdem die Partei gegen ihn entschieden hatte, seinen Abschied und der damalige Ernährungsminister, Robert Schmidt, übernahm auch das Wirtschaftsministerium. Erst von da ab begann eine fruchtbringende und praktische Arbeit für den Wiederaufbau unseres daniederliegenden Wirtschaftslebens, und von da ab kamen wir erst aus den doktrinären Erörterungen zu praktischer Arbeit.

Was ist nun von dem Programm vom 23. Juli 1919 durchgeführt worden? Wissell sagt ja befanntlich: nichts! Zunächst einmal wurde das Programm von allen Seiten in der Partei gebilligt. Wir sind davon ausgegangen, daß in

erster Linie die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit, eine Stabilisierung der Staatsmacht erforderlich war, weiterhin Maßnahmen zur Wiederaufnahme der Produktion. Dazu gehört in erster Linie eine Steigerung der Kohlenförderung und eine Besserung der Ernährung. Im Jahre 1919 war die Kohlenförderung auf ein Minimum heruntergegangen. Kommunistische Kreise unterbrachen alle vier Wochen die Produktion, und Kommunisten und Unabhängige erklärten offen, daß sie unser Wirtschaftsleben zugrunde richten wollten, um zum Bolschewismus zu gelangen, und sie brachten die Vergleute durch eine geschickte Agitation zu einem Ausstand unter der Parole des Sechsstundentages. Der Ausstand begann Anfang April. Verhandlungen, die ich als Arbeitsminister mit den Führern der Bergarbeiter in Weimar hatte, führten zu dem Ergebnis, daß es unmöglich sei, den Sechsstundentag zur Durchführung zu bringen. Aber angesichts der Vorgänge im Ruhrgebiet wurden unsere erprobtesten Gewerkschaftsführer wandend; sie teilten mit, der Sechsstundentag ließe sich nicht abwenden. Der Sechsstundentag wäre aber unser Verderben gewesen, denn dann wäre die Kohlenförderung noch um ein weiteres Siebentel zurückgegangen. Ich ging also nach Essen und habe dort gemeinsam mit dem Kollegen Severing alle Maßnahmen getroffen, um den Streit zum Scheitern zu bringen. Das ist uns auch gelungen. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen, nachdem mit den Gewerkschaftsführern eine Vereinbarung getroffen war, wonach die Arbeitszeit von $7\frac{1}{2}$ Stunden auf 7 Stunden verkürzt werden sollte. Dann begann eine planmäßige Arbeit, um die Kohlenförderung zu steigern. Es war auch keine leichte Sache, 130 000 neue Arbeitskräfte in das Ruhrgebiet zu führen und sie bei dem Wohnungsmangel zu bewegen, in Baracken zu wohnen. Die Kohlenförderung stieg. Bereits bei den Verhandlungen in Essen habe ich den Gewerkschaftsführern gesagt, die Bergarbeiter könnten den Sechsstundentag nicht bekommen, sie müßten sich vielmehr in absehbarer Zeit auf Ueberstunden gefaßt machen, wenn nicht unsere Wirtschaft zugrunde gehen sollte. Trotz der Widerstände habe ich immer und immer wieder mit Zähigkeit auf diese Notwendigkeit hingewiesen, bis es dann im Winter dieses Jahres gelang, das Ueberstundenabkommen im Kohlenbergbau zum Abschluß zu bringen und damit die erste Voraussetzung für eine aufsteigende wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen. Alles das sollte doch dem Genossen Wiffell die Unrichtigkeit seiner Behauptung vor Augen führen, daß wir nichts geleistet hätten. Gerade durch die Steigerung der Kohlenproduktion, die ein Werk der alten Koalition und in erster Linie der sozialdemokratischen Minister ist, haben wir die Möglichkeit einer aufsteigenden wirtschaftlichen Entwicklung geschaffen und damit auch die Möglichkeit der Erfüllung des Abkommens von Spa. Der jetzigen Regierung ist damit überhaupt erst die Erfüllung ermöglicht worden. Im Winter 1919 hatten wir mit der Demobilisierung alle Hände voll zu tun; die Kriegsbetriebe mußten umgestellt werden, die Arbeitslosigkeit war ungeheuer, und da, wo noch Arbeit vorhanden war, fehlte Kohle. Im Herbst 1919 steigerte sich die Kohlenproduktion, Aufträge gingen ein, und die Arbeitslosigkeit ging von Monat zu Monat zurück. Es kam soweit, daß einzelne Industrien sogar überbeschäftigt waren. Nun muß man bedenken, daß unsere ganze Tätigkeit damals dadurch ungeheuer erschwert wurde, daß wir noch unter dem Waffenstillstand lebten, der erst am 10. Januar dieses Jahres sein Ende erreicht hat. Bei jeder neuen Verlängerung des Waffenstillstandes kamen neue expressivische Forderungen der Entente, die immer wieder unser ganzes Wirtschaftsleben aufs schwerste erschütterten. Durch den Waffenstillstand und durch die inneren Verhältnisse Deutschlands sank das Vertrauen zur deutschen Wirtschaftskraft im Auslande immer mehr und insfolgedessen auch unsere Valuta, deren Sinken der Genosse Wiffell meiner Regierung zum Vorwurf macht, ob-

schon doch unter seiner Ministerschaft ebenso ein Sinken der Valuta zu verzeichnen war. Nur hielt diese Entwicklung, als er ausschied, nicht sofort an, sondern die Valuta ging weiter rapide, infolge der außen- und innenpolitischen Verhältnisse, herunter. Unser Bestreben war es, Festigkeit in unsere Wirtschaft zu bringen. Wir wurden dabei aber, wie Genosse Schmidt schon ausgeführt hat, durch das Loch im Westen gehindert. Solange der Waffenstillstand bestand, weigerte sich die Entente beharrlich, uns die Möglichkeit zu geben, dieses Loch im Westen zu schließen. Nach dem Friedensvertrag gelang es, die Entente davon zu überzeugen, daß die Schließung dieses Loches auch in ihrem Interesse läge. Die Regierung hat in durchaus klarer Weise ihr Programm durchgeführt. Sie hat Ein- und Ausfuhrstellen von langer Hand vorbereitet und organisiert. Unter Mitwirkung der Industrie und der Arbeitnehmerschaft wurden Selbstverwaltungsorgane geschaffen, die die Kontrolle der Ein- und Ausfuhr ausüben hatten. Es ist durchaus falsch, wenn Wiffell die Behauptung aufstellt, daß Leinen und Militäruniformstoffe ausgeführt werden durften. Für solche Dinge hat ständig ein Ausfuhrverbot bestanden. Wenn solche Dinge ausgeführt worden sind, dann ist es durch das Loch im Westen geschehen.

Die allerlebhafte Sorge für uns war es, unserem hungernden Volke Lebensmittel zu verschaffen. Zahlungsmittel dazu hatten wir nicht. Wir mußten insfolgedessen dazu übergehen, unseren Goldbestand anzugreifen und Goldreserven in das Ausland zu bringen, damit uns Kredite gewährt wurden. In den Sitzungen, in denen wir uns mit dieser Frage beschäftigten, hat Wiffell gemeinsam mit dem Präsidenten der Reichsbank auf das heftigste diese Lebensmittelversorgungspolitik bekämpft, weil er immer nur durch die Brille der Planwirtschaft diese ganzen Dinge ansah und verlangte, daß das Gold mindestens zur Hälfte für den Einkauf von Rohstoffen reserviert blieb. Wir haben gesagt: was nützen uns die Rohstoffe, wenn unser Volk vor Hunger zusammenbricht? Erst müssen wir die Ernährungsbasis schaffen. Wiffell hand auch hier mit seiner Auffassung allein. Jetzt kommt er und erhebt gegen uns den Vorwurf, das wir zu viel eingeführt und dadurch die Valuta und unsere Wirtschaft geschädigt hätten. Ich glaube, das deutsche Volk hat nichts davon gemerkt, daß wir zu viel an Lebensmitteln eingeführt haben. Es war immer noch ein ungeheures Defizit vorhanden. Ebenso macht uns Wiffell einen Vorwurf daraus, daß damals die Ausmaßung des Wehls verbessert wurde. Im Sommer 1919 war es dringend notwendig, dem Volke, das körperlich und seelisch vollkommen herunter war, eine etwas bessere Nahrung zu bieten. Es ist ja auch daraufhin mehr und mehr Beruhigung eingetreten, trotzdem nur kleine Verbesserungen auf dem Gebiete der Ernährung durchgeführt werden konnten. Die Rohstoffe sind dann auch ins Land gekommen, und die Arbeitslosigkeit konnte auf ein Mindestmaß zurückgeführt werden. Die Ausfuhr stieg, das Vertrauen des Auslandes wuchs und infolge dieser durchaus programmatischen und planvollen Wirtschaftspolitik hat sich auch die Valuta von Woche zu Woche gebessert. Ich habe kein Material zur Verfügung, weil ich auf derartige Ausführungen nicht vorbereitet war; aber meiner Erinnerung nach kosteten beispielsweise 100 Schweizer Franken, die im Dezember 1919 circa 2000 Mk. gekostet hatten, im Mai 1920 nur noch 660 Mk. Infolgedessen begann das Vertrauen im Auslande sich zu heben und die Preise gingen an, zu sinken. Wenn wir unsere Politik und unsere Wirtschaftspolitik in Ruhe hätten fortführen können, wenn nicht Kapp-Putsch und Wahlen gekommen wären, dann wären die Auswirkungen dieser Entwicklung im Herbst voll in die Erscheinung getreten. Diese Ergebnisse sind ein glänzender Erfolg der mühevollen und planmäßigen Arbeit der alten Koalition unter Führung der Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung.) Die Deutsche Volkspartei, die

Partei des Wiederaufbaues hat uns, bevor sie in die Regierung eintrat, alles Mögliche an Beihilfung der Nahrungsmittel und der Bedarfsgegenstände versprochen. Seitdem wir aber eine rein bürgerliche Regierung unter Mitwirkung der Volkspartei haben, haben wir ein ständiges Sinken der Wälua und eine immer weitere Preissteigerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel, natürlich auch der Rohstoffe, zu verzeichnen. Das ist die Folge der neuen Wirtschaftspolitik und der Tätigkeit der Fachmänner aus der Deutschen Volkspartei.

Wissell fragt nun: hat etwa der Punkt des Programms, der von der Sicherung des Bedarfs der Minderbemittelten an Kleidung und Nahrung, Erfüllung gefunden? Das ist denn doch eine etwas demagogische Fragestellung. Im Sinne der Vollerfüllung hat diese Buzage keine Erfüllung gefunden, aber wir haben das Beste getan, was in unseren Kräften stand.

Bezüglich der Sozialisierung soll nach der Behauptung des Genossen Wissell nichts geleistet worden sein. Wir haben damals erklärt: alle Kraftquellen, die Kohle, die Erze und die Elektrizität wollen wir in das Gemeineigentum überführen, wir wollen die Reichseisenbahnen schaffen. Die Sozialisierung der Kohle konnte nicht erfolgen, weil zunächst einmal das Verhältnis der Entente in bezug auf die Wiedergutmachungsfrage abgewartet werden mußte. Nach den Verhandlungen in Spa sollte das Gesetz über die Sozialisierung der Kohlenproduktion vorgelegt werden. Ein Vorwurf ist also unberechtigt. Was die Verreichlichung der Erzschätze anbelangt, so hat das Kabinett seinem Versprechen gemäß einen Gesetzentwurf über die Ueberführung der Hfeder Gütte in Reichseigentum vorgelegt. Im Laufe der Verhandlungen hat Minister Meyer einen überaus günstigen Vertrag mit den Besitzern der Hfeder Gütte abgeschlossen. Die Fraktion hatte zu entscheiden, ob sie dem zustimmen wollte. Ich habe mich dagegen gewandt, weil ich verlangte, daß das Versprechen, die Hfeder Gütte zu sozialisieren, durchgeführt würde. Die Fraktion hat nach den Ausführungen des Genossen Que beinahe einstimmig gegen mich entschieden und sich auf den Boden des Vertrages gestellt, den Minister Meyer abgeschlossen hatte. Kann Wissell insolgebeßer mir oder den sozialistischen Mitgliedern der Regierung einen Vorwurf machen? Man sieht also, in welcher illohalen Weise Wissell seinen Kampf führt.

Bezüglich des Elektrizitätsgesetzes sagt Wissell, dieses Gesetz stamme von einem bürgerlichen Minister und seine Ausführung sei in die Hände eines bürgerlichen Ministers gelegt, es sei nichts anderes als eine Fiskalisierung. In dem Entwurf, der von einem Kabinett vorgelegt worden wäre, in dem in der Mehrzahl Parteigenossen saßen, sei nicht mit einem Wort von dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter die Rede. Sowie! Worte, sowie! Unsinn. Wir waren doch eine Koalitionsregierung, und welcher Minister eine Aufgabe auszuführen hat, hängt von der Ressortzuständigkeit ab. Wir haben im Kabinett die Einbringung des Elektrizitätsgesetzes einmütig beschlossen, und der Minister Meyer hat die Vorlage in durchaus ehelicher und sachkundiger Weise eingebracht. Natürlich muß in einem Koalitionskabinett auch ein bürgerlicher Minister solche Gesetze durchführen. Der Vorwurf, daß das Gesetz nur eine Fiskalisierung sei, ist der alte Vorwurf der Kommunisten, die immer davon ausgehen, daß die Arbeiter den Betrieb, in dem sie sich befinden, selbst verwalten sollen. Das lehnen wir ab. (Sehr richtig!)

Betriebe, die in den Besitz der Gesamtheit übergehen, werden von den Beauftragten der Gesamtheit geleitet und nicht von Beauftragten der Arbeiter des Betriebes. (Lebhafte Zustimmung.) Wissell sagt weiter, wir hätten nicht mit einem Wort das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter geregelt. Das ist offensichtlich nicht geschehen. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter kann nicht in

jedem Sozialisierungsgesetz geregelt werden, sondern es wird für die Gesamtwirtschaft geregelt. In einem Staatsbetrieb soll der Einfluß der Arbeiter kein anderer sein wie im Privatbetrieb, er soll im Gegenteil im Privatbetrieb größer sein als in einem Betrieb, der der Gesamtheit gehört.

Ich meine also: alle Vorwürfe Wissells fallen in sich zusammen. Wissell hat sich genau wie der Genosse Cohen in seiner Kontinentalpolitik ein Rezept, das er Planwirtschaft nennt, zurechtgemacht. Wissell sieht alles nur vom Gesichtspunkt der Müllendorffschen Planwirtschaft aus. Ich könnte Ihnen noch eine ganze Reihe von Vorgängen aus unserer Regierungszeit vor Augen führen. Ich will, aber darauf verzichten. Ich glaube, daß die große Mehrheit des Parteitagcs sich nach dem Ergebnis der Debatte ein Urteil bilden wird, das nicht zugunsten des Kollegen Wissell ausfällt. Der Parteitag und mit ihm die gesamte Partei wird meiner Auffassung nach die Ueberzeugung gewinnen, daß die Männer, die die Fraktion auf verantwortliche Posten in der Regierung gestellt hat, nach bestem Wissen und Gewissen ihre Pflicht erfüllt haben, daß die Arbeit, die sie im Interesse des Volkes geleistet haben, fruchtbringend gewesen ist, und daß der Fonds, den wir der neuen Regierung übergeben haben, nunmehr in verantwortungsloser Weise verwirtschaftet wird. (Lebh. Beifall.)

Dr. Landauer: Es ist vielleicht begreiflich, wenn sich auf dem Parteitag das Gefühl regt: es ist genug gesprochen über Wissell. Aber seien wir uns darüber klar: wenn wir nicht die Grenzen der Berechtigung der Wissellschen Ideen klar auf dem Parteitag setzen, wird diese Frage noch lange aufwühlend und gestörend in der Partei fortwirken. In allererster Linie wichtig ist es, daß wir sehen, wo die Streitpunkte in der Debatte nicht liegen. Der Streitpunkt liegt nicht in der Frage des Ziels. Wir alle wollen eine geordnete Wirtschaft, die durch die Allgemeinheit betrieben wird. Wir wollen also den Besitz der Allgemeinheit an den Produktionsmitteln und weiterhin die planmäßige Ordnung. Und die Hauptfrage ist die: wo soll begonnen werden, bei der Ueberführung des Besitzes in den der Allgemeinheit, oder soll die planmäßige Ordnung schon eintreten, wo wir sie durchführen können und wo wir noch nicht in der Lage sind, die Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit zu überführen? Kein Problem ist es, ob zur Zeit schon in den noch nicht sozialisierbaren Betrieben ordnende Eingriffe geschehen sollen. Denn dafür sind wir unbedingt. Aber auch die Gegner Wissells sehen in den ordnenden Eingriffen keine Maßnahme zur Sozialisierung, sondern nur zur Abstellung der schwersten Mißgriffe, die uns durch die Not aufgedrängt sind. Von Fall zu Fall wird man zu prüfen haben, ob sie notwendig sind. Das ist keine Gelegenheitsmacherei. Dieser Ausspruch Wissells — er möge mir verzeihen — ist nur ein Schlagwort, das ganz und gar nicht paßt. Unter den gegenwärtigen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen erfahren wir täglich, daß jede wirtschaftliche Maßnahme ihre ungünstigen Seitenwirkungen hat und es ist die Frage jedes einzelnen Falles, ob diese unangenehmen Seitenwirkungen größer oder kleiner sind als der Nutzen der Maßnahme. Selbstverständlich kann es gar nicht darauf ankommen, ob sich bei dem einen oder anderen System der Sozialisierung zunächst ein Fehlschlag herausgestellt. War denn die Kalinwirtschaft, die nach dem System Wissells aufgebaut ist, kein Fehlschlag? Genosse Wissell hat in seinen mehr als 1½ stündigen Ausführungen nur mit einem einzigen nichtschlagenden Satz das Hauptbedenken gegen seine Vorschläge gestreift, daß ordnende Eingriffe eine Zwangshyndizierung der Betriebe voraussetzen und daß in diesen sich regelmäßig eine Stärkung der Macht des Großunternehmertums ergibt. Das haben wir am deutlichsten in der Kalinwirtschaft gesehen. Genosse Wissell behauptet in seiner Programmschrift, das sei eine Zufälligkeit gewesen.

daß dies sich in allen Wirtschaftszweigen gezeigt hat, die nach dem System der Planwirtschaft aufgebaut sind. Alle anderen Wirtschaftspolitikern betrachten das nicht als Zufall. Wir glauben, daß die Planwirtschaft, wie sie Genosse Wissell durchführen will, eine Verstärkung der zum Kapitalismus drängenden Bestrebungen bedeutet, einen Schritt vom Sozialismus weg, weil sie die Kraft des Kapitalismus so stärkt, daß es unmöglich wird, die Sozialisierung durchzuführen. Genosse Wissell hat mit Recht die große Bedeutung der führenden Persönlichkeiten für das Wirtschaftsleben hervorgehoben, und da möchte ich fragen, spielen diese Persönlichkeiten in der Planwirtschaft nicht eine ausschlaggebende Rolle, nehmen sie nicht in den Selbstverwaltungskörpern naturgemäß eine führende Stellung ein und glaubt er denn, daß diese, die an dem Kapitalismus direkt oder indirekt interessiert sind, sich dazu hergeben würden, wenn sie glauben, daß dadurch der Sozialismus verstärkt wird? Die große Anziehungskraft des Wissellschen Systems beruht zweifellos darin, daß er sofort ein Aktionsprogramm für die Sozialisierung aufstellt. Wir haben dasselbe bei dem System Dr. Neurath in Bayern gesehen. Damit können wir allerdings nicht aufwarten. Wir sind zu den Grundgedanken bekennt, die Schmidt in seiner Programmschrift ausgeführt hat, wird darauf verzichtet müssen, ein Aktionsprogramm für die gesamte Wirtschaft sofort aufzustellen. Damit ist nicht gesagt, daß wir uns heute schon intensiv die Köpfe zerbrechen, wie der nächste und überkürste Schritt aussehen soll. Wir brauchen uns heute noch nicht auf die Sozialisierung des Kohlenbergbaues festzulegen. Können wir den Massen einen ungefähren Ausblick auf den weiteren Weg nicht geben, so werden solche Gedanken wie diejenigen Wissells immer wieder auftauchen und zu einem Schaden für die Partei werden. In den Mittelpunkt unseres Sozialisierungsprogramms muß der Gedanke treten: Nationalisierung der Staats- und Gemeindebetriebe. Kein Satz in der Programmschrift des Genossen Schmidt ist so wichtig wie der, daß der Staatsbetrieb die vollkommenste Form der Sozialisierung ist. Das mag als eine Selbstverständlichkeit erscheinen. Wer aber die Erörterungen innerhalb der Partei in der Sozialisierungsfrage kennt, wird es zum mindesten nicht als eine Ueberflüssigkeit betrachten. Der Gedanke, der seitens der bürgerlichen Politiker immer wieder vertreten und in verschleierte Form auch in sozialistischen Kreisen Eingang gefunden hat, daß der Staatsbetrieb nicht wettbewerbsfähig ist, ist ein Vorurteil und kommt mir vor wie die Haltung der französischen Regierung zu Anfang des vorigen Jahrhunderts, als sie die Einführung des elektrischen Telegraphen ablehnte mit dem Hinweis auf den optischen Telegraphen, der vorzüglich sei. Allerdings ist der Staatsbetrieb in der heutigen Form in keiner Weise wettbewerbsfähig, aber er ist der Vervollkommnung fähig, und es sind noch nicht einmal die ersten Schritte getan, um seine Rationalisierung auszuprobieren. Da müssen wir einsehen. Mit einem Satz Schmidts kann ich mich allerdings nicht einverstanden erklären, daß wir nämlich nicht experimentieren dürfen. Ich gebe die politische Schattenseite jedes Experiments in der Sozialisierungsfrage rückhaltlos zu. Trotzdem sage ich, es ist unmöglich, eine neue Wirtschaftsordnung nach völlig neuen Grundsätzen aufzubauen, wenn man nicht experimentiert. Wir brauchen Versuchsbetriebe im Besitz der Allgemeinheit, wo ausprobiert wird, in welcher Form es möglich ist, die wirtschaftlichen Betriebe herauszulösen aus der bürokratischen Verwaltungsmaschine und die Interessen der darin Arbeitenden mit den Interessen der Allgemeinheit zu verknüpfen. Da möchte ich nun die Bitte ganz besonders an die Reichstagsfraktion richten: es wäre mir, und ich glaube auch vielen Parteigenossen, sehr wertvoll, etwas zu erfahren, wie es mit den reichseigenen Betrieben steht, insbesondere mit den ehemaligen Seereisbetrieben. Hier wird

es notwendig sein, daß wir mit allen Mitteln dafür sorgen, die Rationalisierung durchzuführen. Dann haben wir nicht nur theoretisch das Problem der Sozialisierung gelöst, sondern auch praktisch das Problem der politischen Macht. Denn in diesem Augenblick sprengen wir die bürgerlichen Parteien. Mein Schlagwort ist in politischer Beziehung für uns schlimmer als das sich immer wiederholende Schlagwort, daß ja der Staatsbetrieb niemals wettbewerbsfähig sein kann mit dem Privatbetrieb. (Lebhafte Weisall.)

Bernag: Keiner von uns verkennet wohl die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich in der Zeit, wo unsere Genossen in der Regierung waren, der Sozialisierung entgegenstellten. Ich nehme den Reingekausaustausch Wissells und Robert Schmidts nicht tragisch, auch nicht, daß sie der Lösung unserer Schwierigkeiten nicht Herr geworden sind. Uns zieht das Bleigewicht unserer Verschuldung in die Tiefe. Eines Tages wird auch der letzte Halm unsern Fingern entgleiten, wenn wir uns an die alten Formen halten. Auch eine geregelte Wirtschaft wird uns nichts nützen. Zu der Verschuldung kommt noch die Entwertung unseres Geldes, das heißt, unserer deutschen Arbeit. Wenn der Schweizer Arbeiter 200 Mk. verdient am Tag, so kann er damit die vielfache Arbeit des Deutschen einkaufen. Diesen Vorsprung können wir niemals einholen. Auch die Angleichung an die Weltmarktpreise nützt uns nichts. Das hätte die völlige Entwertung unseres Geldes zur Folge, wie es überhaupt keinen Wert mehr hat. 84 Milliarden Papiergeld schwirren bei uns oder im Ausland herum. Ein Drittel ist im Ausland fest investiert und ein Drittel befindet sich in den Händen der Schieber, der Lastträger des deutschen Volkes. Sie können nicht zur Besteuerung herangezogen werden, sie treten aber jedesmal unheilvoll in Erscheinung bei jeder wirtschaftlichen Maßnahme. Eine Zwangsanleihe würde die Verschuldung nicht aufheben, sie würde aber eine Festigung des bürgerlichen Systems bedeuten. Wenn dieses nichts taugt, dann soll es sobald wie möglich verschwinden. Wollen wir auf einen Gott warten, der vom Himmel erscheint? Wir müssen einmal selbst Gott sein, wir müssen den Mut aufbringen zur Tat! Ich muß es einmal aussprechen, daß ich auf einen Minister warte, der den Mut hat, sich zur Klarheit und Wahrheit durchzuringen und in einer starken glücklichen Inspiration vielleicht einen Strich macht durch die Schuldneckschaft des Krieges. Ich weiß nicht, wie wir sonst aus der Not herauskommen wollen. Immer weiter, immer tiefer stricken wir uns in die Verschuldung hinein. Ich rede natürlich nicht von der Nichteinhaltung der Friedensbedingungen von Versailles; wir müssen suchen, diese Friedensbedingungen einzufallen. Ob es uns gelingt, weiß der Himmel oder auch der weiß es nicht. Aber diesen Bedingungen können wir besser nachkommen, wenn wir uns endlich freigemacht haben von der Nutznießung dieser Lastträger des Krieges an unserer Wirtschaft. Die Folge wäre natürlich eine Erschütterung des ganzen Staates, aber sind die gegenwärtigen Erschütterungen nicht auch groß genug? Wir müssen herauskommen aus der Wirtschaftsordnung, unter deren Trümmern wir sonst noch begraben werden. Die Angst vor dem Auslande ist natürlich nicht ganz unberechtigt. Ich weiß, daß wir in diesem Augenblick vom Auslande abgegrenzt werden, ich weiß, daß wir auf uns selbst gestellt uns nicht ernähren könnten, aber ich glaube, daß ein neues Reich, ein neues Deutschland, das auf neuer Grundlage anfangen wollte, mindestens dieselbe Kreditfähigkeit bei dem ersten Auslande haben würde, wie das verschuldete und verrottete Wirtschaftssystem von heute. Ein irischer Zug von Produktions- und Arbeitsfreudigkeit würde wieder im deutschen Volke aufklammen und selbst, wenn wir unsere eigenen Schätze und Museen verpfänden müßten, um eine Anleihe zur Ernährung zu bekommen, würde ich nicht davor zurückschrecken. Aber auf

der alten zerfallenen Grundlage weiter zu wirtschaften, erscheint mir als ein gefährliches Experiment und auf keinen Fall dürfen unsere Genossen sich an der Fortführung einer solchen Wirtschaftsordnung durch Anteilnahme an der Regierung beteiligen. Unsere Genossen im Lande richten ihre Blicke auf diese Tagung, sogar die Augen ganz Deutschlands sind in diesen Tagen nach Kassel gerichtet und erwarten von ihr ein klares Ziel, wofin wir in Zukunft steuern sollen. Ein fester unbeirrter Wille und ein klares Ziel sind heute mehr notwendig als je. Und wenn wir dieses Ziel finden und den unbeirrten Willen bekunden, reihen wir die Massen wieder mit zu dem gemeinsamen Ziel, das uns vor Augen schwebt. Dann wird es uns gelingen, ein Haus aufzubauen, wo das deutsche Volk auch für die Dauer in freier Gemeinschaft eine freie und würdige Wohnstätte findet.

Eberhard: Wer den Genossen Wissell reden hört, gewinnt den Eindruck, daß er von der Unhaltbarkeit seiner Ideen überzeugt ist. Das ist seine Stärke, weil er suggestiv auf die Zuhörer wirkt, das ist auch seine Schwäche, weil es ihn zum Eiferer macht. Wie kann ein Wirtschaftspolitiker den Satz aussprechen, daß wir frei sind in unseren wirtschaftlichen Entscheidungen. Wir sind so frei, wie etwa der Arbeiter die Freiheit hat, Fleisch in den Fleischläden zu kaufen. Wie hier die Mittel der Arbeiterbevölkerung entzogen sind, um etwas zu kaufen, so sind von den Gegnern Deutschland die Mittel zum Wiederaufbau entzogen. Die Kohle ist das Blut im deutschen Wirtschaftskörper. Wenn wir ihm das Blut entziehen, muß er krank werden. Wenn unsere Genossen in der Regierung alles getan haben, um die Kohlenförderung zu heben, haben sie damit den Anfang des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft in die Hand genommen. Unsere Arbeitslosigkeit ist nur deshalb so groß, weil dieses Blut im Wirtschaftskörper fehlt. Ich siehe mitten im tätigen Wirtschaftsleben. Auf die Glas- und Porzellanindustrie ist bereits hingewiesen worden. Dort könnten wir Hunderttausende exportieren, wenn wir nur produzieren könnten. Ebenso ist es in der mit nahestehenden chemischen Industrie. Ich erinnere an Wasserglas, Natriatron und Soda, für deren Herstellung wir die besten Einrichtungen besitzen, die wir aber nicht ausnützen können, so daß wir Soda einführen müssen. (Hört! Hört!) Die deutsche Soda kostet 100 Mark je 100 Kilo, die eingeführte aber 400 Mk. (Hört! Hört!) Die Frage der Kohlenbeschaffung ist zweifellos die Hauptfrage, wenn das deutsche Wirtschaftsleben überhaupt wieder in Gang gebracht werden soll.

Mit Recht ist gesagt worden, daß die Idee Wissells nicht neu ist. Ich erinnere mich, daß ich in der Sozialisierungskommission der bayerischen Abgeordnetenkammer gegen dieselben Ideen, die Professor Neurath aufgestellt hatte, zu kämpfen hatte. Große Pläne wurden entworfen, aber die Arbeiterschaft verlangte, daß einmal praktisch etwas geschieht. Wir haben alle Veranlassung, keine neuen Enttäuschungen in die Arbeitermassen hineinzutragen. Die Vorgänge in Halle werden eine weitere Bereicherung der Arbeiterschaft bringen. Ein großer Teil derjenigen, die ihre Hoffnung auf die Unabhängigen gesetzt haben, werden zum Indifferentismus zurückkehren und schwer wieder zu gewinnen sein. (Sehr richtig!) Deshalb meine ich, je mehr wir uns auf den Boden der realen Wirklichkeit stellen, desto sicherer werden wir zu einer Neugestaltung unserer Wirtschaftsweise kommen.

Dr. Adolf Braun: Wir betrachten unsern Freund Wissell als einen der tüchtigsten Parteigenossen, von dem wir noch viel für die Partei erhoffen. Er macht uns aber die allergrößten Schwierigkeiten, sicher nicht aus bösem Willen, sondern weil er sich in eine Sackgasse verannt hat. Er glaubt, den Stein der Weisen gefunden zu haben. Viktor Hugo hat einmal gesagt: Ich

bräuche nur einen schönen Titel, das andere findet sich von selbst. Für einen französischen Roman mag das genügen; aber was wir wollen, darf nicht Phantasia sein, sondern muß aus der Wirklichkeit herauswachsen. Mögen andere Staatsromane schreiben, wir müssen mit der Zwangsmöglichkeit unserer Wirtschaft rechnen, die uns nicht die Freiheiten des Handels gewährt, mit denen Wissell rechnet. Er unterzählet die Wirkungen des Versailler Friedens. Wenn man schöne Pläne aufstellt und dann unsere Dieselmotore zerstört und Mischkühe an die Entente abgeliefert werden sollen, dann wird einem das Konzept zu oft gerissen.

Ich will keine Wibe über die schönen Zeichnungen Wissells machen. Er hat Sinn für Architektur. Aber bei der Architektur, die nicht nur Zeichnung ist, ist alles in Statik und Dynamik bis aufs Kleinste ausgerechnet; wenn man einen Stein herausnimmt, bricht das Ganze zusammen. Diese Steine reißt aber die Entente täglich aus unserem Wirtschaftsleben heraus. Wie bei v. d. Lenen Ersindern ist bei Wissells Plänen Fanatismus vorhanden. Ich hoffe, daß Wissell nach diesem Parteitag von dieser Ersinderkrankheit geheilt wird. Sie tritt bei ihm noch in ganz annehmbaren Formen auf, bei Möllendorff aber tritt sie in brutalen, rücksichtslosen Formen in die Erscheinung. Möllendorff hat in Heidelberg in so absprechender Weise über alles, was mit der Sozialdemokratie in Zusammenhang steht, gesprochen, daß Wissell mit aller Entschiedenheit in der Öffentlichkeit von ihm abtücken müßte. Wissell ist aus der Metallindustrie hervorgegangen. Er kennt den Schraubstock und weiß, was man in den Schraubstock hineingewängen kann. Aber mit Quecksilber kann man am Schraubstock nichts machen. Unsere ganze Wirtschaft ist aber ein Quecksilber; mit den unsichtbaren Faktoren unseres Wirtschaftslebens kann man in der „Planwirtschaft“ nichts anfangen. Anläßlich habe ich einmal gelesen: Feuer kann man nicht in Holz fangen und aufheben. Im Vergleich zu dem Feuer, das unsere Wirtschaft ununterbrochen verzehrt, sind alle diese Pläne nichts als hölzerne Gefäße. Wir können nicht so planmäßig arbeiten, weil wir nicht Herren unserer Wirtschaft sind, sondern eine Oberherrschaft über uns besteht. Wir dürfen die Niesenhaftigkeit des Problems nicht unterschätzen. Je klarer wir über die Kompliziertheit der Verhältnisse sind, desto mehr werden wir erkennen, daß es kein medizinisches Heilmittel für unsere Wirtschaft gibt.

Über die Mängel der Resolution 367 bin ich durchaus im Klaren. Aber sie erklären sich aus der Zweckbestimmung. Die Resolution soll eine ganze Anzahl anderer Anträge überflüssig machen. Einer meiner Freunde hat die Resolution abfällig beurteilt und erklärt, sie verlange, der liebe Gott solle die Kartoffeln billiger machen. Das ist durchaus unbegründet. Wir wenden uns nicht an den lieben Gott, sondern wir weisen auf die ungeheuren Schwierigkeiten der Wirtschaft hin und zählen im einzelnen die Mittel auf, die zu ihrer Behebung dienen können.

Wir begreifen durchaus den Antrag des Genossen Heilmann, dem Landwirtschaftsminister Vermes ein Mißtrauensvotum zu erteilen. Aber man soll die Arbeit im Parlament nicht unterschätzen. Sie dürfen uns nicht solche bindenden Aufträge geben, sondern müssen Vertrauen zu uns haben. Ich bitte, den Antrag an die Fraktion zu überweisen, nicht aber als Anweisung an die Fraktion zu betrachten.

Mit allen Abänderungsvorschlägen der Resolution, so mit der Bergesellschaftung der Erzbergwerke, bin ich durchaus einverstanden, auch damit, daß wir zum ersten Male den Volksentscheid bei dem Problem der Sozialisierung anwenden, wenn unsere Sozialisierungsvorschläge im Reichstage und bei der Regierung unüberwindlichen Widerstand finden. Dann werden wir der Ar-

beiterklasse ganz Deutschlands beweisen, daß wir in der Sozialisierungsfrage die Führung haben.

Wissell hat dadurch, daß er sich in der Sozialisierungskommission in Gegensatz zu uns gestellt und mit Rathenau, von Siemens und Vatocki dem Vorschlag II zugestimmt hat, uns eine schwere Niederlage beigebracht. Wenn er mit uns gestimmt hätte, hätten wir die Mehrheit für den Vorschlag I gehabt. (Hört! Hört!) In dem Wissell für den Antrag II gestimmt hat, hat er seine Planwirtschaft einfach als antisozialistisch verurteilt. (Beifall.)

Der Vorsitzende Scheidemann teilt mit, daß mehrere genügend unterstützte Anträge auf Schluß der Debatte vorliegen.

Gegen den Schlußantrag führt Jellisch-Chemnitz aus, daß die Debatte beständig habe, daß der gestrige Antrag der Chemnitzer Genossen, abwechselnd einen Redner für und gegen die Planwirtschaft sprechen zu lassen, berechtigt gewesen sei. Die Debatte habe einen einseitigen Verlauf genommen, es müßten noch einige Redner zu Worte kommen, die dem Vorschlage Wissells sympathischer als die bisherigen Redner gegenüberstehen.

Der Vorsitzende Scheidemann widerspricht der Auffassung, daß die Debatte sich hauptsächlich um die Planwirtschaft gedreht habe.

Der Schluß der Debatte wird darauf mit großer Mehrheit beschlossen.

Der Parteitag gibt seine Zustimmung, daß die Genossen Wissell und Robert Schmidt noch Gelegenheit erhalten, vor dem Schlußwort des Referenten sich zu äußern.

Wissell: Wenn ich die Gedanken der Planwirtschaft in meinen ersten Ausführungen nicht so behandelt habe, wie es einige Redner gewünscht hätten, so deswegen, weil ich annahm, daß nach dem letzten Parteitage, der eine im wesentlichen von mir stammende Resolution angenommen hat, und meinem Beitrag in der Programmbroschüre, die Mehrzahl der Parteigenossen über die Idee der Planwirtschaft unterrichtet war. Aus den Ausführungen des Genossen Schmidt habe ich allerdings entnommen, daß er noch nicht begriffen hat, worum es sich handelt. Es kam mir gerade so vor, als ob ich ein Loch neben ihm vorbei in die Wand rede.

Genosse Schmidt hat gesagt: Nicht auf die Organisation kommt es an, sondern im wesentlichen auf die Steigerung der Produktion. Will ich denn unsere Wirtschaft organisieren aus Freude am Organisieren, oder halte ich nicht die Organisation unserer Wirtschaft nur deshalb für nötig, weil nur bei einer organisierten Wirtschaft das Höchstmaß an Gütern erzeugt wird, das überhaupt erzeugt werden kann. Nur um die Produktion zu steigern, halte ich eine Organisation der Wirtschaft für nötig. In einer tausendfältig gespalteneren Wirtschaft, in der einer gegen den anderen arbeitet und nur auf seinen Profit sieht, ist es unmöglich, die Produktion so zu steigern, wie es notwendig ist.

Sie haben die wahnsinnig hohen Zahlen gehört, die Ihnen Genosse Heilmann vorgetragen hat. Was wir zum Leben notwendig haben und was wir ins Land hereinbringen müssen, müssen wir doch bezahlen; dauernd auf Kredit können wir nicht leben, denn das führt zu einer weiteren Verschlechterung des Wertes der deutschen Mark. Da wir kein Gold haben, können wir doch nur mit dem international anerkannten Zahlungsmittel, mit Waren, bezahlen. Um diese Waren in den Mengen, die erforderlich sind, zu erzeugen, versuche ich, in das Gegeneinander unserer Wirtschaft Ordnung zu bringen, mit dem Ziel, das Höchstmaß von Waren herzustellen.

Schmidt hat mir den Vorwurf gemacht, ich hätte bewußt die Unwahrheit gesagt, als ich auf die Verhältnisse der Ein- und Ausfuhr und auf die Grund-

sätze, die dafür im Wirtschaftsministerium obwalteten, eingegangen bin. Ich habe ausdrücklich gesagt, das Wirtschaftsministerium hat Grundätze aufgestellt, die im wesentlichen auf Einfuhrfreiheit für Rohstoffe und Ausfuhrfreiheit für Fertigfabrikate gingen. Ich füge jetzt hinzu: das hat bewirkt, daß Seiden-geispinn und Rohseide ohne Kontrolle eingeführt werden konnten, wo wir Seide nur zu einem kleinen Prozentsatz für unsere Industrie gebrauchen; und die Ausfuhrfreiheit für Fertigfabrikate hat, wie ich nochmals ausdrücklich betone, dazu geführt, daß Bettwäsche und Leibwäsche, mit Ausnahme der aus Leinen beigegebenen, und daß Militärmäntel in ungezählter Menge ohne Kontrolle im reellen Handel ins Ausland gingen. Das ging bis in den Dezember 1919 hinein.

Genosse Schmidt hat weiter gesagt, ich hätte eine Angleichung des Weltmarktpreises erstrebt, und zwar zu einer Zeit, als in Deutschland der Brotgetreidepreis 700 Mark und der Weltmarktpreis 12 000 Mark betrug. Er hat dabei einen Satz aus meiner Denkschrift, die das Datum vom 7. Mai 1919 trägt, verliehen. Genosse Schmidt, der doch die Preise für die nächste Ernte festgesetzt hat, weiß nicht einmal, daß einschließlich der Prämien, die den Landwirten im letzten Dezember zugebilligt waren, und die einen so großen Sturm der Entrüstung bei den Parteigenossen erregten, im Dezember 1919 erst der Preis von 700 Mk. erreicht worden ist, und er weiß nicht, daß im Januar und Februar dieses Jahres, wo wir für 100 Gulden 3980 Mark zahlen mußten, der Weltmarktpreis für Getreide ungefähr 11 000 Mark betrug. Im Mai, als ich die Denkschrift schrieb, zahlten wir für 100 Franken 233 Mark und für 100 Gulden 446 Mark.

Wenn ich mir diese Sätze noch einmal ansehe, so muß ich sagen: sie sind richtig. Ich schrieb Anfang Mai:

Eine Erhöhung des Brotpreises ist schon jetzt notwendig geworden. Mit dem Einsetzen der neuen Ernte wird sie unvermeidlich werden. Der Getreidepreis ist während des Krieges künstlich niedergehalten worden. Seine Annäherung an den Weltmarktpreis wird schon aus dem Grunde notwendig, da sonst an den Grenzen große Mengen auf Schmuggelwegen an das besserzahlende Ausland gehen. Schon jetzt macht sich dieser Schmuggel geltend.

Ich habe gesagt, das sei notwendig, weil wir unter den Verhältnissen, wie sie damals standen, schon in unserer Getreidewirtschaft ein Defizit von einer Dreiviertelmillion zu verzeichnen hatten. Das Defizit, das mir damals ungeheuerlich erschien, ist im Laufe der Zeit auf rund 10 Milliarden durch die wahnsinnige Entwertung der Valuta gestiegen. Diese Entwertung ist im hohen Grade durch die zu große Einfuhr von Waren bedingt, die nicht absolut geboten war. Wir haben einen Einfuhrüberschuß von über 27 Milliarden Mark und dabei ist diese Rechnung künstlich frisiert.

Genosse Schmidt hat weiter gesagt, ich hätte die Industrie subventionieren wollen. Was ich darüber geschrieben habe, halte ich wörtlich aufrecht:

Das Reich stellt zu dem Zwecke, die deutsche Gütererzeugung insbesondere durch Erteilung von Aufträgen zu fördern und dadurch die Beschäftigung der deutschen Arbeiterschaft zu ermöglichen, einen Reichsfonds von mehreren Milliarden Mark zur Verfügung, deren hanfmäßige Verwaltung einer Reichsvermögensbank zuteil werden würde. Die Gewinne der aus diesem Fonds mit Aufträgen bedachten Betriebe sollen dahin begrenzt werden, daß Gewinne, die über den Satz von 5 Prozent des Stammkapitals, einschließlich des ausgewiesenen Reservefonds erzielt werden, zu drei Vierteln an einen

Reichsfonds abgeliefert sind, von dem zwei Drittel zur Förderung der Güter-
erzeugung und ein Drittel zur Förderung sozialer Aufgaben, z. B. Erhöhung
der Invalidenrenten, verwendet werden.

Schmidt sagte, wir hätten für das zurückflutende Millionenheer Arbeit
schaffen müssen zu einer Zeit, wo unsere Industrie aller Rohstoffe bar war.
Ja, zu dieser Zeit wurde der Gedanke des Reichsfonds geboren, ein Gedanke,
der jetzt durch die Subventionierung der Betriebe, die sich nicht aufrechterhalten
können, der Verwirklichung in anderen Formen entgegensteht.

Schmidt sagt, im Kohlenbergbau hätte ich nichts getan. Ich stelle fest, daß
ich in meiner Denkschrift schon darauf hingewiesen habe, daß der Kohlenbergbau
ein Siedlungsproblem ist und wir mindestens 700 Millionen Mark dazu
brauchten. Im Kabinett wurde gesagt, daß gegen derartige Forderungen die
Entente sofort Einspruch erheben würde.

Schmidt und Braun haben dann auf meine Stellung in der Sozialisie-
rungskommission hingewiesen. Sie wissen nichts von den Sondervoten Vatockis
oder von Siemens', nichts davon, daß fünf der Arbeitermitglieder, die den Vor-
schlag I unterzeichnet haben, sich bereit erklärt haben, falls ihre Vorschläge
nicht zu verwirklichen sind, auch für den Vorschlag II zu stimmen. Ich lasse
mir nicht in meine Tätigkeit in einer Kommission wissenschaftlicher Art hinein-
reden, in der die einzelnen Mitglieder nur nach ihrer Ueberzeugung und nicht
nach den Parteidoctrinen urteilen. Würde bei solchen wissenschaftlichen Un-
tersuchungen die Parteidoctrin ausschlaggebend sein, dann würde jede wissen-
schaftliche Forschung geradezu unterbunden.

Genosse Bauer sagt, ich sei im Lande herumgereist und hätte gegen die
Regierung und gegen die Fraktion gehebt. In diesem Saale sitzen viele Ge-
nossen, die mich in den letzten Jahren haben reden hören, und sie wissen, daß
ich die Schuld an den Verhältnissen in erster Linie der Arbeiterschaft zuge-
schoben habe, weil sie den Blick nur auf den einzelnen Betrieb gerichtet hat
und den Einblick in die Wirtschaftsdinge vermissen ließ. (Sehr richtig!)

Bauer und Schmidt haben gesagt, durch die Organisierung unserer Wirt-
schaft würde eine wesentliche Stärkung des Unternehmereinflusses erreicht.
Diese Stärkung wird kommen, wenn wir nicht die Wege gehen, die wir gehen
müssen. Ich will den Einfluß der Arbeiter einschalten, die mir die Gewähr
bieten, daß diese organisatorische Zusammenfassung die allgemeinen Inter-
essen wahre. Das, was ich gewollt habe, setzt sich durch, und dieser Parteitag
ist ein Beweis dafür, daß unsere Parteigenossen schon in hohem Maße wirt-
schaftliche Erkenntnis erfaßt hat. (Lebhafter Beifall.) Der Redner muß einer
körperlichen Indisposition wegen vorzeitig abbrechen.

Robert Schmidt: Die Ablehnung der von Wiffell nach einer bestimmten
Schablone aufgestellten Planwirtschaft schließt nicht zugleich die Folgerung in
sich, jede Organisation des Wirtschaftslebens abzulehnen. Im Gegenteil war
es unsere Aufgabe und sie wird es auch in Zukunft sein, je nach den Umständen
Organisationen durchzuführen, die im Interesse des Wirtschaftslebens not-
wendig sind. Dringender als je ist es aber notwendig, die Partei vor Illu-
sionen zu bewahren, nicht den Glauben zu stärken, als ob irgendeine Organi-
sation gegenüber den enormen Schwierigkeiten, die unser Wirtschaftsleben dem
Wiederaufbau bietet, das alleinige Hilfsmittel sei, das uns retten kann. Wiffell
hat sich darauf berufen, daß der letzte Parteitag die Resolution angenommen
habe, die von ihm herrühre. Wir haben auf dem letzten Parteitage nicht so
eingehend über die Planwirtschaft gesprochen, daß wir sagen können: es ist mit
Sicherheit anzunehmen; in der Beschlußfassung des Parteitages wäre zugleich
zum Ausdruck gebracht, daß wir für alle Wiffellschen Anregungen sind. Er hat

sich darauf berufen, daß ich gesagt habe: nicht die Organisation ist das Ent-
scheidende, sondern die Produktion.

Das hat er so ausgelegt, als ob er glaubt, gerade durch seine Organisation
würde die Produktion die richtige Grundlage erhalten und die beste Förderung.
Gegen das Kohlenwirtschaftsgesetz habe ich grundsätzlich durchaus nichts ein-
zuwenden, aber es wäre das Törichteste, bei der Arbeiterschaft den Glauben
zu erwecken, daß die Organisation, die wir beim Kohlenwirtschaftsgesetz haben,
die Ursache der Steigerung der Produktion gewesen ist. Die Ursache der Steige-
rung der Produktion in der Kohlenförderung ist unsere Verhandlung mit den
Bergarbeitern gewesen. Der Kohlenwirtschaftsrat hätte das nie erreicht. Der
Einfluß ist von den Gewerkschaften, von den Arbeitern aus anderen Berufen
ausgegangen, die immer wieder den Bergarbeitern vorgehalten haben, wie
gerade der Mangel an Kohlen eine ungünstige Rückwirkung auf die Produktion
in anderen Berufen ausübt. Das schien mir auch das Richtige zu sein, deshalb
mein Ausdruck: die Kohlenproduktion muß zunächst in ihrer Grundlage ge-
festigt werden, um von da aus die übrigen Produktionszweige zu befruchten.
Ich stelle das immer wieder fest, woran Wiffell vorübergeht, daß die Industrie
die vielen Aufträge nicht zur Ausführung bringen konnte, weil keine Kohle
vorhanden war. Jeden Tag sind zu mir Arbeiter gekommen und haben mir das
vor Augen geführt. Wiffell hat sich in die Idee verrannt, daß mit der Plan-
wirtschaft überall geholfen werden könnte. Ich bin aber zu dem Ergebnis
gekommen, daß die Kohlenförderung, die den lebenspendenden Faktor unserer
gesamten Industrie darstellt, gesteigert werden muß. Unsere Kohlenproduktion
war vor dem Kriege 190 Millionen Tonnen, sie ist auf 107 Millionen Tonnen
im Jahre 1919, also nahezu auf die Hälfte herabgegangen; dazu kommen
die 24 Millionen Tonnen, die wir an die Entente abliefern müssen. Da hilft
uns keine Organisation, es hilft uns nur der gute Wille, der Eifer und die
Erkenntnis unserer Bergarbeiter. So hart die Anforderung ist, die wir an
die Bergarbeiter stellen müssen, wir können nicht anders, sonst geht unsere
Wirtschaft zugrunde.

Im Gegensatz zu Wiffell habe ich mich immer im Interesse unserer Ge-
samtwirtschaft auf den Standpunkt gestellt, daß wir so viel als möglich aus
Deutschland ausführen sollen. Ich bestreite aber mit aller Entschiedenheit,
daß wir, wie Wiffell behauptet hat, Wäsche und Militärmäntel frei heraus-
gelassen haben.

Dann hat Wiffell den Standpunkt vertreten, wir müssen an die Weltmark-
tpreise herankommen. Die Konsequenz wäre gewesen, daß wir, wenn wir bei
den Lebensmitteln an die Weltmarktpreise herangekommen wären, daselbe auch
bei der Kohle und den anderen Industriezweigen hätte eintreten müssen. Das
ist die törichte Wirtschaftstheorie, die Herr Gothein vertreten hat, die wir aber
als Sozialisten nicht vertreten können. (Sehr richtig!) Wenn Wiffell glaubt,
das mit dem Industriefonds erreichen zu können, was er uns hier vorgeführt
hat, so täuscht er sich, wenn er der Auffassung ist, daß die Industrie die Ge-
winne abführen würde, daß sie ihre Bilanzen nicht verschleiern dürfe. (Sehr
richtig!) Ich bin fest überzeugt, wir hätten heute die heftigsten Vorwürfe aus
der gesamten Arbeiterschaft zu hören, wenn wir Wiffell gefolgt wären.

Ueber dieses Kapitel ließe sich ja noch sehr vieles sagen. Das ist wieder-
holt mit Recht erhoben worden. Wir leiden unter den Nachwirkungen eines
unglückseligen Krieges. Die Aufgabe, die uns gestellt ist, ist schwierig, aber
wir müssen aus diesen traurigen und üblen Verhältnissen herauszukommen
suchen. Besser wird es nicht dadurch, daß der eine gegen den andern Vorwürfe
erhebt. (Beifall.) Erst dann wird es besser werden, wenn wir gemeinsam zu-
sammenarbeiten, um den besten Weg zu finden. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende **Scheidemann** gibt bekannt, daß von den Hamburger Delegierten folgende Erklärung eingegangen ist:

In dem Redebuell **Wissell** gegen **Schmidt** ist auf einen Beschluß des Hamburger Senats hingewiesen worden, der angeblich die Aufhebung der Außenhandelsstellen gefordert haben soll. Es handelt sich hier um einen Irrtum; nicht der Hamburger Senat, sondern das Hamburger Parlament, die Bürgerschaft, hat den fraglichen Beschluß gefaßt, und der Beschluß lautet nicht dahin, daß die Außenhandelsstellen sofort aufgehoben werden sollen — das verlangte die demokratische Fraktion auf Drängen des Großhandels —, sondern die Hamburger Bürgerschaft, in der unsere Partei die Mehrheit hat, ersuchte in ihrem Beschluß die Reichsregierung um eine Prüfung der Frage, ob die Handelsstellen aufgehoben werden könnten. Zu diesem Beschluß ist sie gelangt auf Grund der vielfach zu schärfster Kritik herausfordernden Geschäftsführung dieser Reichswirtschaftsstelle.

Darauf erhält das **Schlußwort**

Silbenbrand: Ich möchte zunächst die Stellung des Parteivorstandes zu den einzelnen zum Fraktionsbericht vorliegenden Anträgen kurz erläutern, und zwar möchte ich Ihnen den Vorschlag machen, sämtliche Anträge, die zur Sozialversicherung gestellt worden sind, durch Annahme der Resolution 362 für erledigt zu erklären. Durch die Annahme dieser Resolution wird allen Wünschen Rechnung getragen.

Den Antrag **Hamburg 174**, der verlangt, daß die baldige Herausgabe eines zeitgemäßen Gesetzes für die schiffahrtreibende Bevölkerung in Angriff genommen wird, da die jetzigen Bestimmungen veraltet sind, möchten wir Sie bitten, der Fraktion zu überweisen. Die Fraktion wird in diesem Sinne alles tun, was in ihren Kräften steht, um die bestehenden Bestimmungen durch andere zu ersetzen.

Den Antrag **346** für die Reichsjugendgesetzgebung, der von der Frauenkonferenz dem Parteitag vorgelegt wurde, bitten wir anzunehmen, weil wir auch der Meinung sind, daß in diesem Sinne gewirkt werden muß. Wenn wir ihn annehmen, erledigen sich dadurch die Anträge 351 und 355. Wir schlagen Ihnen vor, die Anträge betreffend **Kindarbeit**, **Jugend- und Frauenarbeit** der Fraktion zu überweisen, ebenso alle Anträge zum **Betriebsrätegesetz**. Die vielfachen Anträge, ein **Tarifgesetz** für die **Landarbeiter** zu schaffen, die Anträge zur **Ausgestaltung der Vergesetze**, sollten nach unserem Vorschlage ebenfalls der Fraktion überwiesen werden. Eine große Reihe Anträge sind gestellt zur **Steuerfrage**; wir schlagen Ihnen vor, alle diese Anträge durch Annahme des Vorschlages 368 als erledigt zu erklären. **Genosse Quard** hat zu diesem Antrag einen Zusatzantrag gestellt, der eben erst verteilt worden ist. Diesen bitten wir nicht anzunehmen, sondern der Fraktion zu überweisen, weil es nach unserer Meinung nicht angängig ist, ohne nähere Prüfung des Zusammenhanges und der Möglichkeiten schon einen bestimmten Prozentsatz vorzuschlagen. Ich kann hinzufügen, daß anzunehmen ist, daß die Regierung beim Zusammentritt des Reichstages vorschlagen wird, daß ein Teil des **Notopfers** sofort eingezahlt werden muß. Diese Vorlage wird den Wünschen des **Genossen Quard** wesentlich entgegenkommen. Dann ist ein Antrag 131 gestellt, betreffend die **Regelung der Grundsteuer in Preußen**. Da der Parteitag der preußischen Fraktion keine Anweisung geben kann, schlagen wir Ihnen vor, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen, der sich mit der Fraktion in Verbindung setzen wird. Bei dem Antrag, der den **Anschluß an Rußland** verlangt, gehen wir davon aus, daß die Antragsteller nicht

einen einseitigen Anschluß an Rußland wollen und andere politische Kombinationen dadurch gewissermaßen unmöglich machen wollen. Wir glauben, wir tun gut, den Antrag 169 der Fraktion zu überweisen. Denselben Vorschlag möchte ich für alle Vorschläge betreffend das **Beamten- und Militärrecht**, das **Entwaffnungsgesetz**, zum **Volksentscheid**, über die **Gemeindevertretung**, **Wahlkreisänderung** und alle zur Staatsangehörigkeit vorliegenden Anträge machen. **Antrag 130**, der die **Ministerpensionen** regeln will, sollte nach unserer Meinung nicht angenommen werden, weil er für das Reich nicht in Frage kommt und wir nicht übersehen können, wie die **Verhältnisse** in den einzelnen Ländern sich gestalten. Wir beantragen ebenfalls **Überweisung** an die Fraktion. Alle Anträge betreffend ein **Siedlungsgesetz** und **Straf- und Zivilrecht**, möchte ich ebenfalls vorschlagen, der Fraktion zu überweisen. **Antrag 163 — Mannheim** —, der verlangt, daß das **Verfahren** gegen die **Kapp-Putschisten** durch ein **Sondergericht** wieder aufgenommen werden soll, können wir nicht empfehlen, weil es nicht angängig ist, nach erfolgter **Amnestie** eine **Wiederaufnahme** der **Einzelverfahren** ins Werk zu setzen. Wir können den Antrag unmöglich annehmen. **Antrag 171**, der ein **Vordellverbot** ausspricht, 168 über die **Stellenvermittlung**, bitten wir ebenfalls der Fraktion zu überweisen. Alle **Schlussanträge**, die gestellt worden sind, schlagen wir vor, durch die **Annahme** der **Resolution Pfülf (371)** für erledigt zu betrachten. **Antrag 325**, der die **Durchführung** der **Einheitsrepublik** in **Deutschland** will, bitten wir anzunehmen, weil er einer **allgemeinen Überzeugung** der Partei entspricht, die eigentlich von niemand bestritten wird, weil er ferner auch mit den **Erklärungen** der **Bayerischen** und **preussischen Parteigenossen** im **Einklang** steht. Den **Antrag**, der den **Anschluß** **Waldeck** an ein **größeres Staatsgebiet** fordert, ebenso **Antrag 340**, der für die **Befreiung** der **russischen Kriegsgefangenen Forderungen** aufstellt, bitten wir, der Fraktion zu überweisen. Den **Antrag 342**, **Kabruken** und **Genossen**, der das **Verfahren** bei der **Kapp-Amnestie** bespricht, bitten wir anzunehmen, um deutlich unsere **Stellung** gegen dieses **unverständliche Verfahren** zum **Ausdruck** zu bringen. Anzunehmen bitten wir den **Antrag 361**, der die **obererschleische Frage** behandelt; 357, der das **besezte Gebiet** betrifft, und 366, der die **Verhältnisse** im **Saargebiet** betrifft, bitten wir mit dem **Antrag 370**, der die **Stipendien** behandelt, an die Fraktion zu überweisen. Die **Anträge** zur **Ernährung**, die in **großer Zahl** gestellt worden sind, werden in der **Hauptache** wohl erledigt werden können durch **Annahme** des **Antrages** **Otto Braun 359**, der ja im **speziellen** die **Sozialisierung** der **Düngemittel** verlangt und von uns zur **Annahme** vorgeschlagen wird. Der **Antrag 331**, bezüglich der **Stellungnahme** gegen den **Ernährungsminister Hermes**, bitten wir dringend, der Fraktion zu überweisen. Es ist nach unserer Meinung nicht empfehlenswert, hier diesen **Antrag** in der **Form**, in der er gestellt wird, anzunehmen. Die Fraktion muß erst **Gelegenheit** haben, das **tatsächliche Material** zu prüfen und zu **untersuchen**, wie weit sich ein **derartiges Vorgehen** als **dringend** notwendig erweist. Alle **Sozialisierungsanträge** — und sie sind ja in **großer Zahl** gestellt — möchten wir **vorschlagen**, durch die **Annahme** des **Antrages** 367 und des **dazu** gestellten **Zusatzantrages** zu erledigen. An die Fraktion zu überweisen schlagen wir vor den **Antrag 182**, der die **Sozialisierung** der **Apotheken** im **besonderen** fordert, 195, der die **Sozialisierung** des **Seeffischfangs** betrifft, 329, der die Fraktion auffordert, das im **preussischen Landtage** angenommene **Gesetz** über die **Sozialisierung** der **Charlottenburger Wasserwerke** im **Reichstag** zu **beschleunigen**. **Antrag 116 — Groß-Berlin** —, der verlangt, daß die **Abgeordneten** der Partei in den **Parlamenten** mindestens bei **wichtigen Bestimmungen** **unbedingt** anwesend zu sein haben, bitten wir natürlich anzunehmen. Er enthält

eine Selbstverständlichkeit und die Fraktion gibt sich alle Mühe, eine möglichst starke Frequenz aufrechtzuerhalten. Aber schon im vorigen Jahre auf dem Parteitag in Weimar hat Genosse Roede auf die vielen Schwierigkeiten bei der Erreichung dieses Zieles hingewiesen. Jedenfalls ist aber die Annahme des Antrages eine Stärkung für den Fraktionsvorstand, der dadurch einen größeren Druck auf die Parteigenossen ausüben kann. Den Antrag 377, der zum so und soviellen Male die Doppelmandate verwirft, bitten wir abzulehnen, weil auf diesem Gebiet der stetige Tropfen den Stein bereits erheblich ausgehöhlt hat. Fast allenthalben sind die Doppelmandate beseitigt, jedenfalls liegt es aber in der Hand der Parteigenossen selbst, sie zu beseitigen (Sehr richtig!) und eine Annahme auf dem Parteitag ist in der Tat nicht notwendig, weil Sie ja doch nicht alle Ausnahmen verhindern können, deren Zulassung eben auch wieder Sache der beteiligten Parteinstanzen sein und bleiben muß. Antrag 298 bitten wir der Fraktion zu überweisen.

Parteigenossen! So ist das umfangreiche Material nach verschiedenen Materien geordnet, und wenn Sie so verfahren, wie wir es Ihnen vorschlagen, dann bin ich überzeugt, daß den Wünschen der Parteigenossen, die sich in den Parteiverfammlungen so große Mühe gegeben haben, alle Materien von Grund aus zu regeln, am besten entsprochen wird.

Ich kann mich bei meinem Schlußwort, soweit der Bericht der Fraktion in Betracht kommt, kurz fassen. Eigentliche Anklagen gegen das Verhalten der Fraktion sind ja nicht erhoben worden und die vielen wertvollen Anregungen, die gegeben worden sind, können die Fraktion nur veranlassen, darauf einzugehen und darauf zu drängen, daß diese Anregungen auch erfüllt werden. Zur Wirtschaftspolitik noch mehr zu sagen, als ich in dem Bericht schon ausgeführt habe, halte ich nach dieser umfangreichen wissenschaftlichen, jedenfalls die Frage klärenden Diskussion wirklich nicht für nötig. Aber das eine darf ich wohl sagen: der Parteitag ist sicher in seiner großen Mehrheit der Meinung, daß Wissells Planwirtschaft nichts gemein hat mit einer sozialistischen Wirtschaft. Wir brauchen allerdings einen Plan in unserer Wirtschaftspolitik, aber Schemata aufzustellen ist nicht ratsam bei den täglich wechselnden Verhältnissen in der Wirtschaftspolitik. Der Parteitag ist auch zweifellos, das hat die Diskussion ergeben, unabweisbar für die Vollsozialisierung, er will nichts wissen von Halbsozialen Halbbheiten, die uns in der Tat auf dem Wege zur Sozialisierung hemmen, nicht fördern können.

Die Anregungen des Genossen Große-Hamburg auf Hebung der Mängel der Unfallversicherung kommen den Bemühungen der Fraktion entgegen. In der Fraktion besteht keinerlei Zweifel darüber, daß die Zeit gekommen ist, in der Frage der sozialen Versicherungsgefeßgebung, wie es Genosse Graf hier verlangt hat, möglichst rasch zu einer Vereinheitlichung zu kommen. Daß das natürlich eine ungeheure und bei den Parteiverhältnissen im Parlament schwierige Aufgabe ist, wird jeder, der sich einmal mit dieser Materie beschäftigt hat, zugeben. Aber gemacht muß es unter allen Umständen werden. Auf die Anfrage des Genossen Landauer über die Ausgestaltung der Reichswerke möchte ich sagen, daß die Uebernahme der verschiedenartigen großen und während des Krieges aufgeblühten Militärwerkstätten und Staats- bzw. Reichsbetriebe außerordentlich schwierig war, daß es ein sehr gewagtes Experiment ist und daß es alle Kräfte braucht, um diese Betriebe konkurrenzfähig mit der Privatproduktion zu erhalten, wird ebenfalls von keiner Seite bestritten werden. Diese Aufgabe ist deshalb so groß, weil die Arbeiter in diesen Betrieben noch nicht begreifen haben, daß sie der Beweis für die Tüchtigkeit dieser Betriebe zu liefern haben. Die Arbeiter in diesen Betrieben sind und waren wenigstens

vielefach der Meinung, daß, weil sie während des Krieges in diesen Betrieben beschäftigt worden sind, sie auch ein absolutes Anrecht haben, dort dauernd beschäftigt zu bleiben, ohne Rücksicht, ob diese Betriebe vom Staate rentabel oder auch nur erhaltend bewirtschaftet werden könnten. Ich möchte den Arbeitern in diesen Werken zurufen, zu bedenken, daß es in ihrer Hand liegt, bei diesem Experiment den Nachweis zu liefern, daß diese Werke konkurrenzfähig sind. Wenn uns das nicht gelingt bei diesem ersten Experiment, dann sind die Arbeiter die Geschädigten, nicht nur die Arbeiter in diesen Betrieben, sondern die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit. Daß wir dieses Experiment mit Aufmerksamkeit verfolgen müssen und verfolgen können, das ist dadurch garantiert, daß an der Verwaltung dieser Betriebe unjere Parteigenosse Fernide beteiligt ist und im Aufsichtsrat der Reichswerke die Genossen Wissell, Regien und Stahl beteiligt sind. Weil unsere Partei durch diese Personen gewissermaßen die Verantwortung mitträgt, feigert sich auch die Verantwortlichkeit der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter.

Es ist in der Debatte und in mancherlei Anträgen der Wunsch ausgesprochen worden, die Berichterstattung über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion besser auszugestalten. Vom Sekretariat der Fraktion ist beabsichtigt, einen neuen Weg zur Vermittlung des Materials einzuschlagen, damit die Arbeit der Fraktion schneller und besser zur Grundlage der Agitation im Lande gemacht werden kann.

Ich glaube damit zum Schluß kommen zu können und kann, indem ich dem Parteitag danke für die günstige Beurteilung unserer Tätigkeit, nur noch im Namen der Fraktion die Versicherung aussprechen, daß wir auch in Zukunft nichts anderes sein wollen als die Beauftragten der Partei, deren Willen und Absichten durchzuführen wir ernstlich bestrebt sein werden. (Lebhafter Beifall.)

Schluß der Sitzung 1 Uhr 5 Minuten.

Nachmittagsitzung.

Vorsitzender Müller: Der Parteitag kommt zur Abstimmung über die zum Punkt 3 der Tagesordnung gestellten Anträge.

Der Antrag Nr. 362, betr. Sozialversicherung, wird gemäß dem Antrage des Berichterstatters angenommen.

Der Antrag 174, der ein verbessertes Gesetz für die im Schiffahrtsgewerbe Beschäftigten verlangt, wird an die Reichstagsfraktion überwiesen.

Der Vorsitzende stellt fest, daß die übrigen zur Sozialversicherung gestellten Anträge durch die Annahme des Antrages 362 erledigt sind.

Die Anträge 92, 95, 124 Abs. 1, 138 Abs. 4 und 148, betreffend das Reichsversorgungsgesetz, werden der Fraktion überwiesen.

Der Antrag 346, betr. Vorlage eines Gesetzes über die Jugendwohlfahrtspflege, wird angenommen; die übrigen zu dieser Frage vorliegenden Anträge — 154 und 155 — werden als erledigt erklärt.

Die Anträge 85 und 351, betreffend den Kinderbesch, Antrag 347, betreffend Frauenarbeit, Antrag 348, betreffend das Frauenwahlrecht für die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Antrag 358, betreffend den Schutz der umeheiligen Mütter, die Beamtinnen sind, der dazu gestellte Zusatzantrag 369a, der Antrag 377, betreffend die Krankenschwestern, und der Antrag 165, betreffend Arbeiterjugend, werden der Fraktion überwiesen.

Die Anträge 84, 90, 119, 136, 310 und 372, die sich die Verbesserung des Betriebsrätegesetzes zum Ziel setzen, werden der Fraktion überwiesen.

Die Anträge 102 und 109 über die Tarifgesetzgebung für Landarbeiter sowie der Antrag 144, Ziffer 1, betreffend die Berggesetzgebung, werden ebenfalls der Fraktion überwiesen.

Zu den Anträgen, die sich mit den Steuern und dem Steuerabzug befassen, beantragt der Berichterstatter Hildenbrand, den Antrag 368 anzunehmen und den dazu gestellten Zusatzantrag 379 der Fraktion zu überweisen, den Antrag 330 dem Parteivorstand zwecks Weitergabe an die Fraktion der Preussischen Landesversammlung zu überweisen und die übrigen zur Steuergesetzgebung vorliegenden Anträge für erledigt zu erklären. — Der Parteitag beschließt demgemäß.

Der Antrag 169, betreffend die wirtschaftliche Anlehnung an Rußland, wird entsprechend der Erklärung des Berichterstatters Hildenbrand, daß der Antrag nicht so aufgefaßt werden dürfe, als ob es sich um eine ausschließliche Anlehnung an Rußland handle, der Fraktion überwiesen.

Von den zur Beamtengesetzgebung und Beamtenbesoldung vorliegenden Anträgen ist Antrag 117 zurückgezogen. Die übrigen dazu vorliegenden Anträge werden an die Fraktion überwiesen.

Die zur Militärgesetzgebung gestellten Anträge 97, 98, 99, 100, 188, 191 und 296 werden der Fraktion überwiesen.

Die Anträge 159 und 183 über das Entwaffnungsgesetz und die Militärgebäude werden an die Fraktion überwiesen.

Zu den Anträgen 96, 309 und 330, betreffend den Volksentscheid, wird Ueberweisung an die Fraktion beschloffen.

Die Anträge 104 und 127, betreffend die Gemeindeverfassung, werden ebenfalls der Fraktion überwiesen.

Der Antrag 128 über die Wahlkreiseinteilung wird der Fraktion überwiesen.

Antrag 149, betreffend das Staatsangehörigkeitsgesetz, wird der Fraktion überwiesen.

Der Antrag 130 über die Ministerpensionen wird der Fraktion überwiesen.

Zu den Anträgen 105, 108, 114, 122 und 334, die das Siedlungsgesetz betreffen, wird Ueberweisung an die Fraktion beschloffen.

Die Anträge 129 Abs. 3, und 170, betreffend das Straf- und Zivilrecht, 345, betreffend das Eherecht, 350, betreffend den Strafvollzug für Jugendliche, und 356, betreffend die Beteiligung der Frauen an der Rechtspflege, werden der Fraktion überwiesen.

Zum Antrag 163, betreffend Sondergerichte für Kappisten, ist vom Berichterstatter Ablehnung beantragt worden, mit der Begründung, daß das Amnestiegesetz schon erst erlassen sei. Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages 163. Der Vorsitzende Müller erklärt hierauf, daß nunmehr die Fraktion entscheiden müsse, was mit dem Antrag anzufangen sei. (Seiterkeit.) Er halte es für unmöglich, daß die Fraktion, nachdem sie eben erst ein Amnestiegesetz verlangt habe, wieder mit derartigen Anträgen komme. (Lebhafte Ausrufe: Abstimmung wiederholen! Die Fragestellung war unklar! — Gegenrufe: Wir protestieren dagegen!)

Mit großer Mehrheit wird beschloffen, die Abstimmung zu wiederholen, da ein großer Teil der Delegierten die zur Abstimmung gestellte Frage mißverstanden habe.

In der wiederholten Abstimmung wird darauf der Antrag 163, entsprechend dem Antrage des Berichterstatters, abgelehnt.

Der Antrag 171, betreffend das Verbot der Worbelle, wird an die Fraktion überwiesen.

Dem Antrage auf Ueberweisung des Antrages 168, betreffend die Stellenvermittlung, wird zugestimmt.

Die Anträge 110 und 143, betreffend den Maifeiertag, 111 und 193, betreffend Erklärung des 9. November zum Feiertag, 363, betreffend Erklärung des Versammlungstages zum Nationalfeiertag, werden der Fraktion überwiesen.

Der Antrag 371, betreffend die weltliche Schule und die Schulgesetzgebung, wird einstimmig angenommen. Die übrigen zur Schulgesetzgebung gestellten Anträge werden durch diese Abstimmung für erledigt erklärt.

Der Antrag 325, betreffend eine einheitliche, unteilbare Republik, wird einstimmig angenommen. Das Abstimmungsergebnis wird mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Antrag 323, betreffend den Anschluß von Waldeck, wird der Fraktion überwiesen.

Antrag 340, betreffend die Kriegsgefangenen, wird einstimmig angenommen. Der Vorsitzende Müller bemerkt dazu, daß es sich um die Rückbeförderung der in Sibirien befindlichen Kriegsgefangenen handle, daß aber in Teilen von Sibirien die russische Regierung nichts zu sagen habe und der Antrag nur mit dieser Einschränkung gelten könne.

Antrag 342, Radbruch und Genossen, betreffend die Ausführung des Amnestiegesetzes, wird einstimmig angenommen.

Die Entschließung 361, betr. Oberschlesien, wird einstimmig vom Parteitage angenommen.

Antrag 357 über die Verhältnisse in den besetzten Gebieten wird ebenfalls einstimmig angenommen.

Antrag 365, betreffend die Bevölkerung des Saargebiets, wird der Reichstagsfraktion überwiesen.

Antrag 370, betreffend Ostpreußen, wird der Reichstagsfraktion überwiesen.

Der Antrag 359, betreffend die Sozialisierung der Düngemittel, wird einstimmig angenommen.

Antrag 328, der die Leitung des Parteitages beauftragt, für einen Aufruf an die Landwirtschaft in der Ernährungsfrage zu sorgen, wird bei geringer Beteiligung der Delegierten an der Abstimmung dem Parteivorstand zur Erlebigung überwiesen.

Zu Antrag 331, betreffend das Mißtrauensvotum für den Landwirtschaftsminister Hermes, stellt der Vorsitzende Müller unter Zustimmung der Versammlung fest, daß der Parteitag mit der Tendenz des Antrages einverstanden sei, und daß die Fraktion alles tun müsse, die Nachprüfung der auf dem Parteitage vorgetragenen Angaben vorzunehmen und dafür zu sorgen, daß in der Ernährungswirtschaft andere Wege eingeschlagen werden müssen. Bei Annahme des Antrages müsse die Fraktion bezüglich der Form des Vorgehens gegen den Landwirtschaftsminister und in bezug auf den Zeitpunkt das Entscheidungsrecht behalten. — Der Antrag wird darauf mit 138 gegen 137 Stimmen angenommen.

Die übrigen zur Ernährungsfrage vorliegenden Anträge werden der Fraktion überwiesen.

Von den die allgemeine Wirtschaftspolitik und die Sozialisierung betreffenden Anträgen wird Antrag 367 mit dem Zusatzantrag 378 unter großem Beifall einstimmig angenommen; die Anträge 182, betreffend Sozialisierung der Apotheken, 195, betreffend Sozialisierung des Seefischanges, 312, betreffend Sozialisierung der Eisenbahnwagen- und Lokomotivfabriken, und 329, betreffend die Charlottenburger Wasserwerke, werden der Fraktion überwiesen;

die übrigen zur Wirtschaftspolitik und Sozialisierung gestellten Anträge werden als erledigt erklärt.

Antrag 76, der eine Zusammenstellung der Beschlüsse der Fraktion betrifft, wird an die Fraktion überwiesen, Antrag 116 wird angenommen, Antrag 131 wird der Fraktion überwiesen.

Die Anträge 177, 178, 299 und 300, die die Frage der Doppelmandate betreffen, werden gemäß dem Vorschlage des Referenten unter Billigung der Tendenz der Anträge abgelehnt, da sie nicht restlos durchgeführt werden können.

Antrag 298 wird an die Fraktion und den Parteivorstand überwiesen.

Es folgt Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht vom internationalen Sozialistenkongress in Genf.

Berichterstatter Meerfeld: Die alte Internationale, die so mächtig schien, die scheinbar von der Klassenolidarität der Arbeiter aller Kulturländer getragen war, und die uns mit weltbürgerlichem Bewußtsein erfüllte, lag im August 1914 scheinbar ohnmächtig am Boden, fürchtbar getroffen von den Schlägen, die der Wahnsinn des Krieges ihr veretzt hatte. Die Kleingläubigen unter uns hielten sie damals für immer vernichtet und aus den bürgerlichen Kreisen wurde diese scheinbare Vernichtung mit Hohn und Spott begleitet. Wir standen damals vor der erschütternden Tatsache, daß die internationale Solidariät die ernste Probe nicht bestanden habe und wir empfanden schmerzvoll die Lücke, die zwischen Wollen und Vollbringen klaffte. Der tragische Niederbruch der Internationale im Jahre 1914 hatte in unseren Reihen Kleinmütigkeit und Verzagttheit zur Folge. Dennoch war die Idee der Internationale nicht tot, im Gegenteil, je länger der Krieg dauerte, desto stärker wuchs in den besten Köpfen allenthalben die Ueberzeugung, daß die Menschheit nur auf der Grundlage internationaler Solidariät gesund werden könnte, daß eine neue Geistigkeit, ein neues weltbürgerliches Bewußtsein die Menschheit durchbringen müsse, daß der Imperialismus, diese letzte Form kapitalistischer Expansion, zu weichen habe. Schon während des Krieges ist namentlich auf deutscher Seite für diese Idee mit größtem Eifer gearbeitet worden. Ich darf auf die Bereitwilligkeit unserer Partei hinweisen, an Konferenzen in Amsterdam und in Stockholm mitzuwirken. Nach Beendigung des Krieges ist sofort versucht worden, die zerissenen Fäden aufs neue zu knüpfen. Die Konferenzen von Bern im Februar 1919, von Luzern im August 1919 dienten diesem Zwecke. Die Luzerner Konferenz beschloß die Einberufung eines Kongresses nach Genf, der Ende Juli 1920 zusammentrat. Dort haben die von Ihnen entsandten deutschen Delegierten fünf Tage lang versucht, gemeinsam mit den Genossen der anderen Länder die internationalen Beziehungen erneut zu knüpfen. In Genf waren 16 Nationen vertreten. England, Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Rußland, Dänemark, Schweden, Holland, Polen, die Schweiz, Litauen, Estland, Neu-Seeland, Nordeithien und Georgien. Es war schmerzhaft, daß Länder wie Oesterreich und die Tschechoslowakei nicht vertreten waren, was aber nur darauf zurückzuführen war, daß die Parteien dort eine Verschärfung der inneren Streitigkeiten fürchteten, wenn sie zunächst zu den internationalen Fragen Stellung nähmen. Andere Länder waren nur durch Teile vertreten, so beispielsweise Italien, Frankreich und die Schweiz nur durch kleine Teile. Angemeldet waren insgesamt 118 Delegierte, dazu eine Anzahl von Gästen, darunter Renaudel, der dem Kongress mit großer Teilnahme folgte.

Im Mittelpunkt der Genfer Verhandlungen standen drei große Fragen: die Kriegsschuldfrage, mit der zusammen die Völkerbündnisfrage verhandelt wurde, dann die Frage der Sozialisierung und schließlich die Frage der politischen Methoden des Sozialismus. Bei der Frage der Kriegsschuld drohte so-

gleich ein leidiger Konflikt namentlich zwischen Deutschland und einer Anzahl der übrigen Länder auszubrechen, der zunächst nicht beileggbar erschien. Der Präsident des Kongresses, der Engländer Shaw, der mit großem Geschick seines Amtes waltete und der überall bemüht war, Gegenfälle auszugleichen, wollte die Kriegsschuldfrage überhaupt nicht behandeln wissen. Aber andere Länder verlangten das, nicht zum mindesten deshalb, weil sie glaubten, eine Klärung dieser Frage den Arbeitermassen schuldig zu sein. Es wurde zunächst eine äußerst mühsame Arbeit in der zuständigen Kommission geleistet, der unter anderem die Denkschrift über die Kriegspolitik der deutschen Sozialdemokratie vorlag, die den Titel trug: „Zur Frage der Verantwortung am Weltkriege“, und in der dargelegt wurde, daß die kapitalistisch-imperialistischen Wurzeln die tiefsten Ursachen des Krieges seien und in der daran antnüpfend die Kriegspolitik unserer Partei begründet und gerechtfertigt wurde. Freimütig — das waren wir dem Kongress und der Geschichte schuldig — wurde in dieser Denkschrift bekannt, daß wir deutschen Sozialdemokraten, namentlich in der Auslandspolitik und gegenüber der Agitation der Alldeutschen, die tatsächlichen Gefahren etwas gar zu spät erkannt hätten. Ferner wurde ausgesprochen, daß zum Unglück Europas und der ganzen Welt die deutsche Revolution fünf Jahre zu spät gekommen sei. Freilich — so wurde gleich hinzugefügt — gewisse Revolutionen werden nicht gemacht, sie können nicht gemacht werden; wenn sie ausbrechen sollen, müssen sich erst die geschichtlichen, sozialen, wirtschaftlichen Voraussetzungen entwickeln. Wörtlich hieß es dann in dieser deutschen Denkschrift:

Lagen die tieferen Ursachen des Weltkrieges in den imperialistischen Strömungen aller Länder und in der unglücklichen Mächtekonstellation, so lag sein unmittelbarer Anlaß hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich, bei der mit Kopfschütteln gepaarten Gewissenlosigkeit der jetzt gestürzten deutschen und österreichischen Mächthaber.

Aber die deutsche Sozialdemokratie ist auch noch heute den Ueberzeugung, daß die Grundlinien ihres Verhaltens durch die Ereignisse selbst vorgeschrieben waren, und sie kann sich auch heute noch keinen Vorwurf daraus machen, daß sie bestrebt war, den Sieg eines feindlichen Imperialismus über ihr eigenes Volk zu verhindern.

Nun versuchte ein Teil der Delegierten, namentlich der französische Teil, einzelne Sätze aus dieser Denkschrift herauszugreifen und in der Schulbeschlussung zu verwenden. Die ganzen Verhandlungen in der Kommission haben uns abermals gezeigt, daß noch eine starke Einseitigkeit vorhanden ist und daß es sehr schwer war, die Kriegspolitik der deutschen sozialdemokratischen Partei, die namentlich durch die Agitation der U. S. B. in eine ganz falsche Beleuchtung gerückt worden war, dem Verständnis der früheren feindlichen Länder und sogar einem Teil der neutralen Genossen näherzubringen. Der erste Entwurf einer Resolution wurde von uns als unannehmbar verworfen. Man setzte sich abermals zusammen, um den Entwurf in unserem Sinne zu verbessern. Auch die Verbesserung genügte uns durchaus noch nicht; wir hätten eine etwas gerechtere Fassung, eine stärkere Berücksichtigung unserer zwingenden Gründe für unsere Kriegspolitik gewünscht. Aber die Sache schien uns doch letzten Endes des Scheitens nicht wert, der dahin auszumünden drohte, daß der ganze Kongress ergebnislos auseinanderging. Die deutsche Delegation stand vor der Frage, ob nicht weit höher als eine Entschliebung, deren Internationaler man ja sehr verschieden einschätzen kann, die Tatsache stand, daß sich die Internationale wieder zusammensand. Das letztere war für uns in Genf ausschlaggebend. Der Wortlaut der Entschliebung hat niemand von uns restlos befriedigt, aber wir gaben um des höheren Zieles willen nach. Wir können auch den Inhalt